Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

29. Jahrgang, Nr. 343 November 2026

RotFuchs

Tribüne für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke

Jugendrevolte

In zahlreichen Ländern der EU protestierten am 18. Oktober vor allem junge Menschen gegen ihre Lage. Allein in Frankreich demonstrierten nach Angaben der Gewerkschaft CGT mehr als 800 000 Menschen gegen hohe Energie- und Lebensmittelpreise. In Lissabon gingen mehrere Zehntausend gegen Mietwucher auf die Straße. In belgischen Städten wandten sich Schüler und Studenten gegen die Bildungsmisere. In Italien richteten sich die Proteste in mehreren Großstädten gegen die Bildungs- und Rüstungspolitik der auch von Faschisten getragenen Regierung von Giorgia Meloni. Um bessere Bildungsbedingungen und lähmende Korruption im Staat ging es bei den anhaltenden Studentenprotesten in Albaniens Hauptstadt Tirana. Fast überall schritt die Polizei mit brutaler Gewalt ein. In Frankreich kam es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen – Brandstiftungen, Plünderungen und Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften.

Revolten sind keine Revolutionen. Sie bringen Unmut über konkrete Mißstände zum Ausdruck, richten sich aber nicht gegen die Eigentums- und Machtverhältnisse. Rechte Demagogen kochen auf ihnen ihr Süppchen und möchten weismachen: Hinter Gewalt stecken immer Migranten. Alice „Hitler war Kommunist“ Weidel drehte ihre Gebetsmühle: Die „Ausschreitungen“ seien ein „Angriff migrantischer Mobs und linksextremer Einpeitscher auf die westliche Zivilisation“, ihre Ursache: „offene Grenzen und Massenmigration“. Donald Trump steuerte ähnliches bei.

Das Aufbegehren in Frankreich war aber nicht auf diesen Tag beschränkt, sondern ist von Dauer. Seit dem 17. September blockierten Schüler und Studenten landesweit den Zugang zu vielen Bildungseinrichtungen. Sie fordern mehr Lehrer, kleinere Klassen, kürzere Schultage und eine bessere Ausstattung der Schulen. Der lange Atem besagt: Ihre Wut hat tiefliegende Ursachen. Diese Jugend sieht keine Zukunft für sich – außer der Perspektive Kanonenfutter.

Zu landesweiter Meuterei kommt es in Deutschland noch nicht, aber auch hier sind die ein Jahr andauernden Schülerproteste gegen die Wehrpflicht etwas Neues. Die Schulstreiks mobilisieren jeweils an die 50 000 Jugendliche, zuletzt am 25. September – eine von den Bürgermedien weitgehend ignorierte Bewegung. Sie erinnert an Lenins Äußerung über revoltierende Studenten als den „am feinsten reagierenden Teil der Intelligenz“.

Wut und Zorn breiter Bevölkerungsschichten über die herrschende Politik, insbesondere Kriegstreiberei und Kürzungen bei Sozial- und medizinischen Leistungen, drücken sich in der Bundesrepublik gegenwärtig vor allem in der Zustimmung zur AfD aus. Diese Partei, in der Faschisten und NATO-Generäle gern gesehen sind, gibt sich als Friedens- und Arbeiterpartei. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 6. September erreichte sie fast die absolute Mehrheit der Mandate, bundesweit liegt sie in Umfragen mit 30 Prozent etwa zehn Punkte vor CDU und CSU.

Im Magdeburger Landtag führten AfD und CDU bereits vor, daß sie einen gemeinsamen Weg nach dem Vorbild und den Vorgaben Donald Trumps einschlagen: Der Landtagspräsident und einer seiner Stellvertreter, beide aus der AfD, wurden mit CDU-Stimmen gewählt. Die BSW-Fraktion verweigerte letzterem ihre Stimmen, wegen seiner Unterstützung für eine israelische Waffenfabrik in Sangerhausen sowie seines Plädoyers für deutsche Waffenexporte in die ganze Welt. Die BSW-Außenpolitikerin Sevim Dagdelen warnte, ein „Kuschelkurs“ des BSW mit der AfD stärke allein „die transatlantische Rechte“ aus AfD und CDU. Das gefährde die politische Existenz des BSW. Der gemeinsame Antrag, den AfD und BSW am 14. Oktober unter dem Titel „Friedensgespräche statt Ausweitung des Krieges in der Ukraine“ im Landesparlament durchsetzten, bestätigt das. Eine Verurteilung US-amerikanischer und israelischer Kriege findet sich darin nicht. Gegen Israels Völkermord in Gaza oder Trumps und Netanjahus Angriffskrieg gegen den Iran haben deren AfD-Fans nichts.

Die länderübergreifende Jugendrevolte vom 18. Oktober und die lebendigen Schulstreiks gegen Wehrpflicht in Deutschland sind Anzeichen dafür, daß viele junge Leute spüren, was auf sie zukommen soll: Trump möchte in wichtigen Ländern Westeuropas eine Rechte im Schlepptau der USA nach dem Modell Italien an der Regierung sehen. Auch in Magdeburg waren seine Berater bereits. Aufrüstung und Krieg, wenn er möglich ist, gehören dazu.

Wir werden im „RotFuchs“ mithelfen, darüber Klarheit zu schaffen.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt

Rede zum Antikriegstag am 1. September von Werner Rügemer	2
Zweimal vierzig Jahre - Kommentar zum 1. September	4
Gedanken zu den Demos am 3. Oktober	5
Die Mörder sind wieder unter uns	6
Warnsignale Rußlands ernstnehmen“	7
Die Feindstaatenklausel	8
Kriegsdienstverweigerung 2026	9
Vom Umgang mit Friedensnobelpreisen	9
Kriegsvorbereitung auf Hochtouren	10
Der Kapitalismus zeigt sein wahres Gesicht	11
Wahlnachlese	13
Enteignungen	14
Was ist „rechts“?	15
Zu viel Eskalation und kaum echte Friedensbemühungen	16
Zur Rolle der „radikalen Nationalisten“ in der Ukraine	18
Israel: Vorposten des Westens	19
BRICS-Staaten: Eine Gruppe von Erbauern, nicht von Zerstörern	20
25 Jahre Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit	23
Extreme Rechte in Lateinamerika	24
Remigration	25
Lage in Polen	26
Für die „Militaristen“ hat Japan den Krieg nie verloren	26
„Israel: Genozid in Gaza“ (Rezension)	27
Medizin unterm Hakenkreuz	28
Antifaschistischer Kampf in Oberhausen	30
RF-Archiv: Inszenierungen in russischen Theatern	31

„Wir sind auf dem Weg, und wir gehen weiter!“

*Der Philosoph und Publizist **Dr. Werner Rügemer hat** aus Anlaß des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September bei Verdi in Hamburg eine bemerkenswerte Rede gehalten. Wir dokumentieren Auszüge.*

Ich bringe Euch Grüße aus Köln, aus der Stadt, aus der ich komme: Da steht der große christliche Kölner Dom, weltberühmt. Aber die vorletzten Gläubigen treten aus der Kirche aus, zahlen keine Kirchensteuer mehr – wie sich auch in ganz Deutschland die Kirchen leeren. Deshalb kostet jetzt der Eintritt in den Dom zwölf Euro, weil der Dom sich nur noch als Touristen-Attraktion lohnt. Aber die Kirchenbeamten und der im Generalsrang bezahlte Erzbischof von Köln zum Beispiel, der zum sexuellen Mißbrauch gelogen hat, müssen doch trotzdem weiter bezahlt werden.
Schließlich muß auch die Hetze gegen Rußland und die Aufrüstung und der damit verbundene Abbau des Sozialstaats abgesegnet werden. Und auch die Senkung der Löhne und Renten muß abgesegnet werden – politisch durchgeführt von der christlichen Partei des Bundeskanzlers, der auch die Mitglieder und Wähler weglaufen. Merz hat gerade noch 13 Prozent Wählerzustimmung.
Die beiden absteigenden christlichen Kirchen mußten die Absegnung der Aufrüstung gegen Rußland, wie Ihr ja wißt, sowieso nicht neu erfinden. Das haben sie früher schon mal gemacht, für den früheren Krieg gegen das verteufelte Rußland. Und sie schweigen zu den Kriegen im Nahen Osten, zum Völkermord gegen die Palästinenser, zur Hinrichtung von Führungspersonen des Irans durch den Krieg der USA und Israels, schweigen sogar zur Zerstörung christlicher Kirchen in Palästina, im Libanon und in Syrien.

Grüße aus dem friedlichen Köln: Aufruf70plus

Ich bringe Grüße von der Kölner Friedensbewegung, insbesondere von der Initiative Aufruf70plus. Diese Initiative haben letztes Jahr hundert Kölner und Kölnerinnen aller Geschlechter gegründet, die über 70 Jahre alt sind. Wir unterstützen die Schüler und Jugendlichen bei der Wehrdienstverweigerung. Inzwischen sind wir viele hundert Mitglieder. Wir haben fünf Stadtteilgruppen gegründet. Wir verteilen unseren Flyer vor Schulen, bei Veranstaltungen von Kirchengemeinden, Gewerkschaften und Parteien. Wir organisieren in den Stadtteilen nachmittägliche Infostände. Und heute, am 1. September, organisiert die Initiative Aufruf70plus in einem Bürgerpark in Köln mit anderen Initiativen ein Friedensfest.

BlackRock oben, mit Merz – keine Krise

Den deutschen Bundeskanzler interessiert weder der sexuelle Mißbrauch seiner christlichen Mittäter noch die Lage der abhängig Beschäftigten noch der Rentner. Dieser unchristliche BlackRock-Kanzler



Werner Rügemer

fördert die großen Konzerne im DAX: Dort sind sein Ex-Arbeitgeber BlackRock und weitere solche Großkapital-Organisatoren aus den USA inzwischen die größten Aktionäre: Zum Beispiel im gewinngeil mit dem Ukraine-Krieg aufsteigenden Rüstungskonzern Rheinmetall. Und BlackRock ist auch der größte Aktionär in den drei größten Wohnungskonzernen Deutschlands, in Vonovia, Deutsche Wohnen und LEG: Sie dürfen gewinngeil die Mieten und Nebenkosten erhöhen, an jedem Mietspiegel vorbei. Da sprudeln die Gewinne. Die Aktienwerte sind so hoch wie nie, der DAX pendelt spekulationsoffen um seinen historisch höchsten Stand um die 26 000. Auch die Boni für die Vorstandsmitglieder sprudeln, und sie können im zarten Alter von 60 Jahren mit Millionen-Pensionen in die Frührente gehen.

Dauer-Krise unten: Beschäftigte, Rentner, Mittelstand

Aber gleichzeitig und genau deswegen geht es dem viel größeren „Rest“ der Volkswirtschaft so schlecht wie nie: jeden Monat Tausende Pleiten von Mittelständlern und Zulieferern, mit Abbau von Arbeitsplätzen. Gleichzeitig werden die leistungslosen Gewinne der Superreichen immer weniger besteuert, der Staat verarmt und überschuldet sich, zusätzlich durch immer höhere Zinsen.
Deshalb hat der unchristliche BlackRock-Diener erklärt: Der Sozialstaat ist überholt, nicht mehr finanzierbar. Deshalb soll die Arbeit noch flexibler werden, der Acht-Stunden-Tag soll weg, die abhängig Beschäftigten sollen mehr und länger arbeiten. Aber: Es gibt doch immer weniger Arbeitsplätze! Also, wie soll das gehen: Mehr arbeiten – während das verfügbare Arbeitsvolumen weiter geschrumpft wird?

Mehr arbeiten und Abbau des Sozialstaats

Die „Lösung“ unseres Reichtumskanzlers besteht darin: Das immer kleinere Arbeitsvolumen wird auf noch mehr abhängig Beschäftigte verteilt als bisher schon, verteilt auf noch mehr Minijobs, auf noch mehr Nebenjobs, auf noch mehr befristete Jobs und Teilzeitjobs und noch mehr Leiharbeit, und auch auf immer mehr unbezahlte Überstunden – seit langem werden pro Jahr etwa eine Milliarde unbezahlte Überstunden geleistet, mit Homeoffice noch mehr. Für viele Beschäftigte gibt es die Arbeitslosigkeit zwischendurch und für immer mehr auch die jahrelange und dauerhafte Arbeitslosigkeit.
Das heißt auch: Die gesetzlichen Renten werden noch weiter abgesenkt. Die durchschnittlich ausgezahlte Rente liegt jetzt schon unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, vor allem für viele Millionen Frauen. Übrigens: Die im Durchschnitt dreimal höheren Beamten-Pensionen werden nicht abgesenkt, im Gegenteil. Die Beamten, unter ihnen die Militärgeistlichen und Bundeswehroffiziere, sollen weiter gut alimentiert der Aufrüstung dienen.
Den arbeitslosen Hartz-IV-Empfängern wurde schon unter der CDU-Kanzlerin Merkel der Beitrag für die Rente gestrichen. Das machte die damalige Arbeitsministerin: Die hieß übrigens Ursula von der Leyen. Sie stieg nach dieser asozialen Tat weiter auf. Zuerst wurde sie „Verteidigungs“ministerin. Dann wurde sie Präsidentin der Europäischen Kommission und organisiert die Aufrüstung der EU-Staaten. Gleichzeitig organisiert die

EU auch die Verarmung der abhängig Beschäftigten, auch der Billig,- Wander- und Saisonarbeiter. Die werden inzwischen nicht nur aus den verarmten EU-Staaten Osteuropas und aus der Ukraine beschafft, sondern aus allen Kontinenten.

Verarmung: Erst der Osten – dann auch der Westen

Ein kurzer Rückblick: Diese Entwicklung begann 1990. Da begann der Ausverkauf der DDR. Ostdeutschland wurde verarmt, bis heute, zugunsten westdeutscher Banken und Unternehmer. Das zog die von der CDU geführte Regierung durch, unter Kanzler Helmut Kohl, mit der anderen Unternehmerpartei FDP.

Dann, ab 2000, wurde *West*deutschland ausverkauft und verarmt, diesmal zugunsten US-amerikanischer Heuschrecken-Investoren. Die verwerteten Tausende Mittelständler. Gleichzeitig wurden für ihre Gewinne mit den vier Hartz-Gesetzen die Arbeitseinkommen gesenkt – und damit auch schon die Renten. Das zog die SPD-geführte Regierung durch unter Kanzler Gerhard Schröder – mit den Grünen.

Das wurde dann noch verschärft unter der CDU-Kanzlerin Angela Merkel, mal mit FDP, mal mit SPD und mithilfe des hochbezahlten BlackRock-Funktionärs Friedrich Merz – der blieb damals noch unsichtbar. So entstand die gespaltene Wirtschaft: leistungslose Gewinne oben und Verarmung unten. Der dann zum CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler aufgestiegene Friedrich Merz, der Multimillionär mit den zwei Privatjets und der Nebenvilla am Tegernsee, versteckt nicht nur seinen eigenen Reichtum. Er versteckt vor allem den noch viel größeren Reichtum seiner ehemaligen Auftraggeber. Sie darf er nicht beim Namen nennen, nicht im Parlament, nicht in Interviews, und schon gar nicht bei Wahlkämpfen. Und die staatlichen wie privaten Leitmedien schweigen auch: Ihr politischer Liebling soll ja möglichst nicht noch mehr Wählerstimmen verlieren.

Gleichzeitig wurden durch diese Politik die Mieten und Nebenkosten erhöht, auch die Preise für Eigentumswohnungen, durch den Ausverkauf der Sozial- und Betriebswohnungen. Mit weiteren Privatisierungen wurden bisherige Leistungen teurer und zugleich schlechter: bei der Deutschen Bahn, im öffentlichen Nahverkehr der Kommunen, für Kindergärten, für Nachmittagsbetreuung in den Schulen, fürs Studium, mit Zuzahlungen für Zahnbehandlungen, Medikamente und Gesundheitstests und in den privatisierten Kliniken und Altenheimen.

Ausweg: Hetze, Lügen und Krieg

Diese Politik sieht den Ausweg in der Aufrüstung gegen das wieder verhetzte Rußland. Der bisherige Stellvertreter-Krieger gegen Rußland, die Ukraine, ist ausgeplündert. Jetzt wollen die asozialen, kriegstreiberischen Transatlantiker der europäischen NATO-Staaten die Ukraine ersetzen.

Das sind die Merz, Klingbeil & Co. in Deutschland, die Macron & Co. in Frankreich, die von der Leyen & Co. in Brüssel und auch der ausgewechselte Regierungschef in England und so weiter: Sie prangern heuchlerisch die neuen Rechtskräfte in ihren Ländern an. Aber gleichzeitig sind sie die dienerischen Befehlsempfänger des weltweit mächtigsten Rechtsradikalen, des US-Präsidenten Trump. Auf dessen Kommando erhöhen sie die Rüstungsbudgets auf fünf Prozent, zahlen Zölle auf europäische Produkte, kaufen das teure und umweltschädliche US-Frackinggas, bezahlen US-Rüstungsgüter für die Ukraine und bauen den Sozialstaat ab, wie Trump in den USA.



New Yorks Bürgermeister Zohran Mamdani feiert das chinesische Neujahrsfest

Deshalb brauchen wir einen vielgestaltigen neuen Anlauf des friedlichen und demokratischen Widerstands, auch innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften. Das ist ein langer Weg, dessen müssen wir uns bewußt sein.

Die Friedensbewegung erweitern!

Deshalb: Die Friedensbewegung muß alle Betroffenen einbeziehen, die Noch-Beschäftigten und die Arbeitslosen, die Rentner, die Mieter, überlastete Pfleger in Altenheimen und Krankenhäusern, überlastete Lehrer und Lokführer und so weiter, auch die vertragslosen Plattform-Beschäftigten, etwa bei den Essenslieferanten Wolt und Deliveroo und beim größten Taxi- und Transportunternehmen Uber.

Auch die Umweltbewegung, denn das Militär ist mit Produktion, Stützpunkten und Kriegen der größte Umweltzerstörer! Die Frauenbewegungen, die gegen sexuelle Gewalt vorgehen, sollten auch gegen die ökonomische, kapitalistische, ausbeuterische Gewalt vorgehen, der Millionen Frauen als Niedriglöhnerinnen ausgesetzt sind, in den USA, in der EU und in den armen Staaten Asiens und Afrikas!

In die Friedensbewegung gehören aber auch Mittelständler und Öko-Bauern – und die überschuldeten und überforderten Kommunen. Auch sie alle werden von den gewinngeilen Aufrüstern geschädigt. Vielfach sind schon neue Ansätze für Initiativen und Bündnisse da, aber wir müssen sie suchen, mit Hilfe alternativer Medien, erweitern, vernetzen – so, wie bei Schülern gegen die Wehrpflicht in kurzer Zeit neue Organisationsformen entstanden sind und weitergehen.

Nur in dieser Breite und Tiefe wird etwas draus: friedensaktiv statt kriegstüchtig!

Gerade wir in Deutschland müssen uns mehr als bisher international vernetzen, innerhalb Europas, wo es teilweise viel mehr Widerstand gibt, so in Frankreich, Spanien, England, Belgien und Irland, mit großen internationalen Kundgebungen etwa in Brüssel und London, mit den Hafenarbeitern in Italien, die US-Kriegstransporte nach Israel und gegen den Iran blockieren – und nicht zuletzt in den USA: Dort haben Friedensbündnisse und alternative Medien einen Aufschwung, auch die Stop the War Coalition.

Und der junge Bürgermeister Zohran Mamdani in New York City: Er forderte die Erhöhung des Mindestlohns, neue Sozialwohnungen und verurteilte den Völkermord Israels an den Palästinensern – damit wurde er gewählt, in der größten Stadt der USA, und gegen die Kandidaten der beiden etablierten Altparteien, die aufrüsten, den Sozialstaat abbauen und nur noch Minderheiten hinter sich haben, wie in Deutschland.

Grüße in die USA: Ihr seid mit Eurem Trumpel nicht allein!

So rufe ich dem wachsenden demokratischen Widerstand transatlantisch zu: Liebe US-Amerikaner, Ihr seid mit Eurem Trumpel nicht allein! Und laßt uns stärker zusammenarbeiten als bisher, auf der Grundlage des Völkerrechts und der Menschenrechte, in Europa und mit dem sich neu organisierenden, viel größeren „Rest“ der Welt! Also: Grüße aus Hamburg nach Gotha und Aachen, nach Brüssel, London, Madrid, Kapstadt, Moskau, Shanghai und so weiter – und nach New York! Friedensaktiv statt kriegstüchtig! Wir sind auf dem Weg, und wir gehen weiter!

Quelle: NachDenkSeiten, 5.9.2026

Zweimal vierzig Jahre

Gedanken zum 1. September 2026

Anläßlich einer Einschulungsfeier, an einem schönen Sommertag, war ich zu Gast bei einer Feier für ABC-Schützen. Mit Eltern, Geschwistern und Großeltern, mit ihren künftigen Lehrerinnen, mit ihren Klassenkameraden, der Schulsozialarbeiterin und der Gesundheitspflegerin, haben sie ihre Einschulung gefeiert. Die „Kleinen" der ersten Klasse wurden mit ihren Familien von den „Großen" der zweiten Klasse am Eingang zur Festhalle begrüßt; die der vierten hießen sie mit einem freundschaftlich heiteren Lied in der Schar der Lernenden willkommen, und die der dritten Klasse werden sie auf ihrem Weg durchs erste Schuljahr als Paten begleiten. Manche Schultüte der jungen Himmelsstürmer war mit Sternenbildern, Flugbahnen und Raketenstrahl geschmückt, gefüllt mit Süßigkeiten, Büchern, Stiften, Spielen, mit allem, was man braucht auf seinem Flug zum ABC-Stern. Wie heiter und friedlich sie sind, die „Großen" und die „Kleinen". Wieviele Menschen sie um sich haben, deren ganze Konzentration und Anstrengung auf ihr menschliches Wachsen und Gedeihen gerichtet ist. In dieser schönen Stunde erinnerte ich mich daran, von wem diese Gesellschaft geführt wird, in der sich „Große" wie „Kleine" so viel Mühe geben, und welchen Zwecken ihr Streben und Können nutzbar gemacht werden soll? – Denn in dem, was sie sind: friedlich, und mit dem, was sie brauchen: den Frieden, und mit dem, was sie wollen: den Frieden, werden sie von der politischen Führung ihres eigenen Landes, auf den Friedhof verwiesen: „Frieden gibts auf jedem Friedhof", spricht der Kanzler und erhebt die Tüchtigkeit zum Kriege zum Maß aller gesellschaftlichen Bestrebungen. In solcher Tüchtigkeit erfüllt sich der politischen Führung unseres Landes Freiheit. Unseren Frieden, den werden wir dann auf dem Friedhof haben! Im 40. Jahr seiner „Einheit", im Jahre 2030, sollen das Land und seine Bewohner kriegstüchtig sein. Es ist das Jahr, in dem die ABC-Schützen von heute auf eine höhere Schule gehen werden. Sie werden noch zu klein sein, um zu tun, wozu sie von der Führung dieses Landes gedrängt werden: „Den Krieg nach Rußland zu tragen", um „Rußland zu ruinieren". Wozu lernen sie Lesen, Schreiben, Rechnen? Um in den Ruinen des eigenen Landes nach der Möglichkeit des eigenen Lebens zu suchen? Dem ersten Tag dieser „Einheit", die uns in ihrem 40. Jahr kriegsbereit haben will, ging das Ende der DDR, des in seinem 40. Jahr existierenden antifaschistischen deutschen Staates voraus, der– auferstanden aus den Ruinen des II. Weltkriegs – von seinen Feinden ungeliebt und viel gescholten als sozialistisches Gemeinwesen am Ende wie am Anfang vor allem eins war: friedlich. Mit ihm ging in deutschen Landen der Frieden zu Ende und darin die Freiheit, im Menschen das Menschliche, begriffen als gesellschaftliches, zu befördern. „Die BRD", schreibt Jens Mehrle im Nachwort zur erneut veröffentlichten Festansprache Walter Ulbrichts zum 20. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 21. April 1966, „übernahm mit dem Anschluß der DDR auch 40 untilgbare Jahre Sozialismus, dessen Hinterlassenschaft, wenngleich von einem antikommunistischen Dornenwald umgeben, verschiedenste Zugänge gewährt, wie dieser Text (Ulbrichts – D.H.). 35 Jahre nach dem Ende der DDR lohnt deshalb die Mühe, ihn – den Zusammenhang seiner Entstehung und seiner Absichten bedenkend – neu wahrzunehmen und anzueignen, denn 60 Jahre später heißt mitnichten 60 Jahre weiter". *[J. Mehrle, Ulbrichts Plan – ein offener Weg, in: Walter Ulbricht: „Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen", Berlin (Das Neue Berlin) 2026, 75-90, 75 f.].*

Erlernen also auch wir das ABC der Befreiung der Menschheit von Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung, um die Welt auf eine gesellschaftlich-geschichtliche Bahn zu lenken, auf der der Mensch dem Menschen ein Helfer ist.

Daniel Hohnerlein
Saarbrücken

Willenserklärung der Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. (Auszug)

Wir, die Teilnehmer der heutigen Veranstaltung aus Anlass des „77. Jahrestages der Gründung der DDR" haben uns versammelt, um wie seit 36 Jahren gegen die Politik der deutschen Regierung zu protestieren und unser Engagement für Frieden, Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit zu dokumentieren. Im OKV gehört seit seiner Gründung 1994 der Kampf für diese Ziele zu seinen wichtigsten Aufgaben. Mit den Erfahrungen des ersten deutschen Friedensstaates sind wir stolz darauf, seine konsequente Friedenspolitik in die Zukunft zu tragen. Die Entwürdigung und Verächtlichmachung der Lebensleistung der Menschen im Osten ist seit der Vereinnahmung unserer Heimat politisch gewolltes Programm. Das offen von Politik und Medien geschürte Klima einer wütenden Abrechnung mit der sozialistischen DDR und ihren Verantwortlichen flankiert die aberwitzigen Pläne der Bundesregierung, sich mit militärischen Mitteln um die neue Weltordnung und für die Profitsicherung zu engagieren. Zum dritten Mal steht für den deutschen Imperialismus ein Krieg gen Osten auf der Tagesordnung. Der Ausgang der Wahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern beweist erneut die Ablehnung einer Politik der Bundesregierung, die von Sozialabbau, Verteilung des Reichtums für die oberen Schichten, weltweite Beteiligung an Kriegen und der Militarisierung der Gesellschaft geprägt ist. Für die Menschen und insbesondere für große Teile der ostdeutschen Bevölkerung bestimmen seit der staatlichen Vereinigung Arbeitslosigkeit, Repression, Unsicherheit und Teuerung in allen Bereichen das Leben. Wesentliche Verbesserungen ihrer Lebenslage sind nicht eingetreten. Vielmehr ist der Kurs der Regierung auf Kriegsvorbereitung und Hochrüstung mit weiteren tiefen Einschnitten in soziale Sicherungssysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie mit dem Abbau demokratischer Rechte verbunden. Eines der reichsten Länder der Welt hat es nötig, eine steigende Anzahl von Menschen durch Almosen ein Leben am Existenzminimum zu gewährleisten. Die sogenannte Reformpolitik der Herrschenden ist in Wirklichkeit ein reaktionärer Umbau von Staat und Gesellschaft gegen die Interessen der Bevölkerung. Sie verletzt grundlegende Menschenrechte auf Frieden, Wohlstand und Demokratie.

Berlin, 7. Oktober 2026

Jünger, thematisch breiter: Die Friedensbewegung verändert sich

Gedanken zu den Demonstrationen vom 3. Oktober



Foto: Andreas Grünwald

Viele tausend Menschen beteiligten sich am 3. Oktober an den Kundgebungen und Demonstrationen in Berlin und in Stuttgart. „Nein zu Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg! Für Frieden, demokratische Rechte und soziale Sicherheit!!“, so lautete die Losung des gemeinsamen Aufrufes, mit dem der Widerstand gegen den Kriegskurs der deutschen Bundesregierung zum Ausdruck gebracht wurde. Um die 300 Gruppen, Initiativen und Parteien hatten zu den Aktionen aufgerufen. Das ist ein tragfähiges Fundament. Besonders positiv war der hohe Anteil jüngerer Aktivistinnen und Aktivisten. Sie prägten mit ihren Losungen, Transparenten, mit ihrer Aufbruchsstimmung die Demonstrationen, während sich bei den Kundgebungen eher noch traditionelle Muster abbildeten.

Die Friedensbewegung befindet sich in einem strukturellen und politischen Veränderungsprozeß. Das betrifft die altersmäßige Zusammensetzung, das betrifft aber auch inhaltliche Orientierungen. Zu einem immer wichtigeren Thema wird der Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Kriegsvorbereitung einerseits und dem sozialen Kahlschlag im Inneren andererseits.

Dieser Zusammenhang wird auch in Gewerkschaftsbeschlüssen thematisiert. Vielfach durch Druck von unten zustande gekommen, waren sie in ihrer Qualität so noch vor einigen Monaten nicht denkbar gewesen. So etwa der Beschluß der Delegiertenkonferenz der IG Metall Berlin, zur Demo in Berlin mit aufzurufen. Die IG BAU hat auf ihrem Bundeskongreß in einem Beschluß die geplante Ausweitung des Militäretats klar zurückgewiesen: „Jegliche für militärische Aufrüstung geplanten Sondervermögen sollen einer zivilen Verwendung zugeführt werden, u.a. für bezahlbaren Wohnraum“, heißt es in diesem Beschluß. Von zentraler Bedeutung bleibt es, der Bedrohungslüge durch Rußland zu widersprechen. Denn Rußland hat weder die Absicht noch die Fähigkeiten, NATO-Staaten anzugreifen. Es ist vielmehr die deutsche Bundesregierung, die unser Land kriegstüchtig machen will, kriegstüchtig gegen Rußland. Dafür soll Deutschland in Europa militärische Führungsmacht werden. Deshalb soll die Wehrpflicht wieder eingeführt werden. Dafür werden das Gesundheitswesen und die Infrastruktur auf Krieg getrimmt, während die Meinungsfreiheit und demokratische Rechte eingeschränkt werden. Besonders gefährlich sind in diesem Zusammenhang neue deutsche und europäische Erstschlagwaffen mit großer Reichweite, die die Bundeswehr künftig autark nutzen kann.

Aus russischer Sicht entsteht damit ein bedrohliches neues deutsches und westeuropäisches Offensivpotential. Weil damit die Gefahr eines direkten Krieges mit Rußland, sogar eines Atomkrieges, immer größer wird, ist es gut, daß Spaltungsversuche, die es mit Blick auf die Demonstrationen gab, wenig fruchteten. Auch daran hat die neue antimilitaristische Jugendbewegung einen großen Anteil, die sich entsprechenden Instrumentalisierungsversuchen durch klare politische Stellungnahmen entzog.

In Stuttgart kam es nach einem guten Verlauf der Demonstration trotzdem zu einem Zwischenfall, der auf solche Spaltungen zielt. Als eine eingeladene Rednerin aus dem BSW, Sevim Dagdelen, auf die Bühne kam, durchbrachen einige Störer gewaltsam die Ordner-Ketten und versuchten die Bühne zu stürmen. Sie wollten die Rednerin unmittelbar attackieren. Wir verurteilen diesen Angriff scharf. Das war ein Angriff auf die gesamte Friedensbewegung. Gewalt gegen Redner, Rednerinnen, deren Positionen das eigene Umfeld nicht teilt, ist zutiefst antifriedlich und hilft, die Opposition gegen Hochrüstung und Krieg klein zu halten.

Unsere Aktionen in Berlin und Stuttgart waren ein Erfolg. Realistisch müssen wir zugleich einschätzen, daß wir von einer wirkmächtigen Friedensbewegung aber noch weit entfernt sind. Eine große Antikriegsbewegung aufzubauen, in der sich die sozialen und friedenspolitischen Kämpfe verbinden – dafür sind die Voraussetzungen besser geworden.

Andreas Grünwald, Berlin

Andreas Grünwald ist in der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ aktiv.











Fotos: Wolfgang Dockhorn

Die Mörder sind wieder unter uns

Im Mai 1946, nur ein Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, wurde das DEFA-Spielfilm-Studio in Potsdam-Babelsberg gegründet, auf dem Boden des Ufa-Filmstudios. Drei Jahre später gründete sich 1949 die Deutsche Demokratische Republik. Von den 43 Jahren, die das Studio der DDR bestand, war ich 20 Jahre als Autorin für Kinderfilme dabei, von 1970 bis zum krassen Ende 1990. 20 Jahre gute Arbeitsbedingungen, keine Bettelei bei Sponsoren für die Produktion unserer Filme. Das Geld für die Filme wurde jährlich geplant. Freundliche, tolerante, faire Arbeitsbedingungen hatten wir – und tolle Kollegen. Fast alle fest angestellt. Und das Umfeld im Studio war sehr frauenfreundlich, mit Kindergarten, Krippe, Konsum, Fleischer, Schuster, Zahnarzt, Betriebsarzt, Betriebsakademie.

Am 1. Januar 1991, meinem 50. Geburtstag, bekam ich mit circa 2500 anderen Kollegen die Entlassung. Wir waren immer stolz auf „unser Studio“, das insgesamt etwa 700 Spielfilme produziert hatte. Respektabel für so ein kleines Land wie die DDR. Viele Filme wurden vom sozialistischen und kapitalistischen Ausland gekauft, vor allem unsere Kinderfilme waren Markenzeichen der DEFA. Viele Filme bekamen Preise auf internationalen Festivals. Und jetzt sind sie unschätzbare künstlerische Zeitdokumente, von der DEFA-Stiftung bestens bewahrt.

Auf die Frage, welcher der DEFA-Filme mich ganz besonders beeindruckt hat, nenne ich den 1946 von Wolfgang Staudte produzierten Film „Die Mörder sind unter uns“. Ich weiß nicht, warum sich mir dieser Film so in Herz und Hirn eingegraben hat, vermute aber, daß es mit meinen furchtbaren Erlebnissen auf der Flucht von Schlesien nach Thüringen in den letzten Kriegswochen 1945 zu tun hat. Minus 20 Grad Kälte, brennende Züge, von Bomben zerfetzte Menschen, erfrorene Tote auf den Bahnhöfen, die wie Bretter auf Güterzüge geworfen wurden.

Als kleines Kind – ich war fünf Jahre alt – sieht man das Grauen und sucht sich Hilfe in der Fantasie. Also bildete ich mir ein, die Erwachsenen spielen nur ein böses Spiel, und irgendwann wird alles wieder gut und verwandelt sich zurück. Aber warum spielen Erwachsene so böse Spiele? Warum?

Wir Kriegskinder mußten schnell erwachsen werden! In einem kleinen thüringischen Dorf bei Jena erlebte ich den „Landfilm“, der damals in die Dörfer kam. Im Dorftanzsaal auf mitgebrachten Hockern sahen wir sowjetische Filme wie „Panzerkreuzer Potemkin“, „Sturm über Asien“ und viele andere mehr. Die ersten DEFA-Filme waren „Die Mörder sind unter uns“, „Ehe im Schatten“ und „Unser täglich Brot“.

Beim Film „Die Mörder sind unter uns“ spürte man noch den Atem des Krieges hautnah. Der Regisseur Wolfgang Staudte hat den Film in Original-Trümmerlandschaften gedreht und zeigt eine erschütternde Liebesgeschichte zwischen der Fotografin Susanne, gespielt von Hildegard Knef, und dem jungen Arzt Doktor Mertens, der, schuldhaft gesprochen von seinen Kriegserlebnissen in Polen, auf Susanne trifft, die aus langer Haft im Konzentrationslager kommt.

Beide sind auf schlimmste Weise traumatisiert und fühlen sich zueinander hingezogen, aber der Krieg hat erst mal beide völlig abgestumpft. Mertens versinkt im Alkohol, Susanne will ihn retten. Als Mertens in der Stadt zufällig auf einen früheren Vorgesetzten im Krieg, den SS-Offizier, Massenmörder und Großfabrikanten Brückner trifft, der statt Stahlhelme jetzt stolz Kochtöpfe produziert und sich ganz bieder gibt, wacht Mertens auf. Er stürzt sich auf ihn, will ihn töten. Aber Susanne wirft sich dazwischen und überzeugt Mertens, daß solche Kriegsverbrecher vor ein öffentliches Gericht gehören und bestraft werden müssen.

Meine Mutter hat mir erzählt, daß ich nach dem Film bitterlich geweint habe. Wahrscheinlich hat der Film durch die Erschütterung bei mir einen Nerv getroffen und Fragen beantwortet und Zusammenhänge deutlich gemacht über mein eigenes Kriegstrauma.

Den Film habe ich später noch einige Male gesehen und viele Antikriegsfilme, die die DEFA gemacht hatte. Alles in den Menschen schrie damals nach Frieden. Frieden war das wichtigste Wort der Welt. Warum ist dieses kostbare Wort jetzt zum Unwort geworden? Warum?

Wir Kinder in der kleinen DDR sind damals zum Frieden erzogen worden. Eines unserer liebsten Lieder war das von der kleinen weißen Friedenstaube. Regierende sind für diplomatische Lösungen verantwortlich, zum Schutz der Völker. Und vor allem zum Schutz der Kinder, die neben dem Frieden das Kostbarste sind, was eine Gesellschaft besitzt. Denn in ihnen verkörpert sich immer die neue Hoffnung, daß die Welt einmal besser wird. Kinder sind kostbarer als die Millionen und Milliarden, die in den Händen der Reichsten der Welt sind. Aber wir wissen ja, daß der Kapitalismus verstrickt ist mit den zwei K – Krise und Krieg.

Wir leben jetzt in einer Zeit der manipulierten Kriegsbedrohung, die, wieder einmal, angeblich aus dem Osten kommt. Wieder schafft die gigantische Aufrüstung, daß das soziale Gleichgewicht erschüttert ist. Gigantische Sparmaßnahmen in Gesundheit, Bildung und sozialen Bereichen werden zynisch als Reformen verkauft. Das ist nicht demokratisch. Und das ist ein globales Problem. Ich möchte es, im Namen unserer Kinder, in die Welt schreien: Die Mörder sind wieder unter uns.

Christa Kożik
Potsdam

SCHWARZER NOVEMBER

Warten ist eine Wüste von unendlich fließendem
Sand ohne die gläserne Enge der Sanduhr.
Aber es treibt mich mein Herz, diese treue
Leibesuhr täglich voran, geht meistens vor,
denn ich ertrage so schwer seine Abwesenheit.
Nein, im Warten bin ich nicht gut.
Endlos fließen die Wochen, die tausendmal
tausend Minuten gebannter Pflichten und

Nichtigkeiten legen sich wie der Staub
aufs Gesicht des ebenholzfarbenen Buddhas.
Dessen Gesicht strahlt befriedete Ruhe aus,
ist ein Ziffernblatt ewiger Zeitlosigkeit.
Seine geschlossenen Augen mahnen: NICHTS
zu begehren, damit nach Erfüllung der Wünsche
kein Schmerz des Verlustes entsteht.
Aber dies selige NICHTS ist mir nichts.

Täglich bringen die Zeitungen mir die totale Zeit:
Raketenstationen, Sternenkriegsvorbereitung,
Terror, Widerstand, fremder Schmerz,
Welten-Angst ...
Und auch die nicht geringe Hoffnung auf
die Kraft der Vernunft.

Und doch scheint die Welt in Halbschlaf gefallen.
Der November schleppt sich wie eine todmüde
Alte in nassen Kleidern.
Nachts flattern Regen-Engel vor meinem Fenster,
gesichtslos verkündigen sie mir die abgenutzt-
traurige Botschaft, daß mit dem Ende der Welt
auch das Höchste – die LIEBE – vergeht.

Christa Kożik (1985)

Warnsignale Rußlands ernstnehmen!

Der „Welt Trend-Verlag“ hat ein Material dokumentiert, das von der „Nationalen Forschungsuniversität der Hochschule für Ökonomie“ in Moskau erarbeitet wurde. Darin heißt es, daß Rußland von der passiven zur aktiven Abschreckung und damit zu einer neuen Sicherheits- und Geopolitik übergegangen sei.
In den Vorbemerkungen des Verlages zu diesem Dokument werden drei Faktoren genannt, unter welchen Bedingungen Rußland sich veranlaßt sehen würde, nukleare Waffen einzusetzen:

1. im Falle der Bedrohung seiner Existenz,
2. im Falle „einer drohenden Niederlage in einem konventionellen Krieg“ und
3. „insbesondere in dem Falle, wenn die Bundesrepublik Deutschland versuchen sollte, sich direkt oder über die EU in die Verfügungsgewalt von Kernwaffen zu bringen“.

Das gleiche gilt, wenn entgegen der bestehenden internationalen Vereinbarungen die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden erfolgt. In dem Falle würde ab 2026 „Deutschland zu einem prioritären Ziel eines Einsatzes nuklearer Waffensysteme werden“.
Diese russischen Warnsignale sind von so brisanter Bedeutung, daß es höchst unverantwortlich ist, so zu tun, als sei es eine Schwäche Rußlands, damit drohen zu müssen.
Wenn die europäischen imperialistischen Staaten glauben, in der Ukraine über Rußland siegen zu können, so bedeutet das, daß sie den Punkt 2 der russischen Vorbedingung – der drohenden Niederlage Rußlands – nicht ernstnehmen. Dabei muß betont werden, daß Rußland bereits eine akute „reale Bedrohung“, die die Gefährdung der Existenz des Landes zur Folge haben könnte, als Anlaß betrachtet, atomare Waffen einzusetzen.
Diese Aussage darf der deutschen Bevölkerung nicht vorenthalten werden. Wir sollten jedem Versuch, den Ernst des Geschehens der Bevölkerung gegenüber zu verschweigen, entgegentreten.
Unter diesen gegebenen Bedingungen gilt Deutschland als zentraler Austragungsort zwischen den beiden Großmächten. Das Fortbestehen unseres Landes hängt unter diesen Umständen weithin davon ab, ob die USA und Rußland bereit sind, Lösungswege zu wählen, die uns vor einem schlimmen Schicksal bewahren. Die Konditionen, von denen die Partner ausgehen, sowie der Verlauf und das zu erwartende Ergebnis der Verhandlungen, lassen bisher allerdings alle Schlüsse offen.
Wie die jüngste Vergangenheit zeigt, lassen die USA ihre Absichten in der Auseinandersetzung mit Rußland durch eine Stellvertreterrolle der europäischen NATO-Staaten ausüben. Sie sehen ihr Anliegen in Europa weithin als erfüllt an. Aus ihrer Sicht sei es gelungen, Rußlands Einfluß auf die europäischen Staaten stark einzudämmen und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Europäischen Union von den USA hergestellt zu haben. Der bekannte Publizist Patrik Baab, der die Geschehnisse in der Ukraine selbst miterlebt hat, schreibt in seinem Exposé, daß „der Ukraine-Krieg für die USA ein ‚War of choice‘, ein Krieg, den man führen oder lassen kann“, sei. Hintergrund sei, so Baab, daß die USA ihr Interesse gewissermaßen auf andere Kontinente verlagert haben.
Für Rußland dagegen sei es ein „War of decision“ „eine Entscheidungsschlacht, ein existentieller Krieg“, denn, „eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, US-Atomraketen 500 Kilometer vor Moskau wären das Messer am Hals“. Mit der wachsenden Eskalationsbereitschaft der NATO sieht Rußland seine Existenz mit vollem Recht als gefährdet an.
Es trifft daher die Wahl seiner Mittel unter diesem Gesichtspunkt, wenn ihm andere Mittel versagt bleiben. Darin liegt zugleich auch die Gefahr für die Bundesrepublik, die es zu erkennen und durch eine verantwortungsvolle Politik zu unterbinden gilt. Deutschland spielt daher in diesem Geschehen eine zentrale Rolle, die aus seinem Bestreben, die Stellvertreterrolle der USA in Europa übernehmen zu wollen, ergibt. Wie sich gerade in diesen Monaten zeigt, unternehmen die an der zentralgesteuerten Linie gebundenen Propagandisten alles, um die eigentlichen Absichten zu verschleiern und die warnenden Signale Rußlands zu verharmlosen. Daher gilt es, gegen die Mär von der wachsenden Gefahr, von Rußland angegriffen zu werden und daher hochrüsten zu müssen, entschieden aufzutreten. Deutschland hat sich bereits jetzt in eine gefährliche Position manövriert. Wenn nicht aus der Öffentlichkeit ein nachdrückliches „Stopp“ für die sich bisher abzeichnende Entwicklung kommt, ist unser Schicksal vorbestimmt. Wer diese Faktoren nicht beachtet, ist auch nicht in der Lage, das Geschehen um die Ukraine in seinem Gesamtzusammenhang richtig zu beurteilen und die Brisanz dieses Problems zu erkennen. Es wird immer offensichtlicher, daß die Haltung des Westens zu Rußland auch von der Annahme geprägt ist, daß nach 1990 zu viel „sozialistische Strukturen und Strategien“ übriggeblieben sind, die perspektivisch für ihr eigenes Überleben eine Gefährdung sein könnten. Auch darin ist ein Grund für ihr Festhalten an dieser verhängnisvollen Politik zu sehen. Die USA werden je nach der sich entwickelnden Situation das Problem „Ukraine“ fortbestehen lassen und kaum davor zurückschrecken, die von Rußland formulierten Warnungen zum Äußersten zu belasten. Wenn wir die Entscheidung zu solchen politischen Grundfragen, wie der sogenannten Verteidigungsbereitschaft und der fortgesetzten Finanzierung des Ukraine-Krieges, allein den „Politiker-Aktionären“ überlassen, sind wir dieser sich anbahnenden Entscheidungsschlacht nicht gerecht geworden. Allein durch Appelle zur Einhaltung vertraglicher Vereinbarungen würde ein solcher „Stopp“ nicht zu erwarten sein. Unser Schicksal und das der Europäer hängt einerseits davon ab, ob die USA „Hemmungen“ haben, die von den Völkern immer wieder geforderten Friedensforderungen zu negieren und andererseits, ob die Russen in dem Vorgehen der kapitalistischen Staaten eine Bedrohung ihrer Existenz sehen und zu ihrer Absicherung atomare Waffen einsetzen oder nicht. Das ist die Situation, der wir ausgesetzt sind und in der wir uns zu bewähren haben.

Dr. sc. Heinz Günther
Berlin

Dmitrij Trenin, Sergej Awakjanz, Sergej Karaganow: Von der passiven zur aktiven Abschreckung. Russlands neue Sicherheits- und Geopolitik. WeltTrends, Potsdam 2025, 125 Seiten, Digital 10 Euro, Gedruckt 19,50 Euro. ISBN 978-3-949887-39-0

„Ein bißchen Frieden ...“ – ein bißchen Krieg
Bleibt in Ruinen dem Tod der Sieg

In Abwesenheit von Volksvernunft
Sich Böses an der Dummheit freut,
Dem, welchem gilt als Unterkunft,
Politmedial, geschichtsversumpft
Die Lüge, die den Krieg betreut.

„Ein bißchen Frieden“ für Profit
In Rüstung, Krieg und Raub als Punsch,
Verstreut mit sehr viel Lügensplitt,
Gewollt bis hin zum Ostlandritt,
Nährt Großteutschwahn der Letzte Wunsch.

E.Rasmus

Deutschland als Feindstaat nach der UN-Charta

Die Feindstaatenklausel

Um nach den Erfahrungen zweier Weltkriege künftige Bedrohungen des Friedens zu verhindern, beschlossen 1945 – inspiriert von Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ – 51 Staaten die Charta der Vereinten Nationen, die am 24. Oktober 1945 in Kraft trat. Die BRD und die DDR traten der Charta 1973 bei, seit 1990 ist die Bundesrepublik mit der von ihr einverleibten DDR Mitglied der Vereinten Nationen.

In der Charta wird ein Friedensgebot konstituiert, um „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen“. Internationale Auseinandersetzungen oder „Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten“, sollen „durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts“ bereinigt oder beigelegt werden.

Kaum bekannt in der deutschen Öffentlichkeit ist, daß Deutschland nach der sogenannten Feindstaatenklausel in den Artikeln 53 und 107 der Charta gegenüber den Gegnern des Zweiten Weltkriegs immer noch ein Feindstaat ist (Artikel 77, der auf das internationale Treuhandsystem und entsprechende Treuhandgebiete eingeht, ist nach dem Beitritt Deutschlands zur UN gemäß Artikel 78 hinfällig geworden). Die Feindstaatenklausel besagt, daß Zwangsmaßnahmen ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat verhängt werden könnten, falls Deutschland erneut eine aggressive Politik verfolgen würde, was gegebenenfalls militärische Interventionen einschließt.

Artikel 53, Absatz 1 der Charta lautet:

„Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis der Organisation auf Ersuchen der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten.“

Gemäß Absatz 2 bezeichnet der Ausdruck „Feindstaat“ jeden Staat, „der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war“.

Artikel 107 der Charta lautet:

„Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in Bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.“

In diesem Zusammenhang ist noch der Artikel 52 von Bedeutung, der in Absatz 4 auf die Artikel 34 und 35 eingeht, deren Anwendung „nicht beeinträchtigt“ wird. Die Artikel 34 und 35 betreffen den Sicherheitsrat, der bei internationalen Streitigkeiten tätig werden kann. Des weiteren wird auf die Artikel 11 und 12 verwiesen, die wiederum die Befugnisse der Generalversammlung zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit regeln.

Ist die Feindstaatenklausel obsolet?

Diskutiert wird, ob die sich aus den genannten Artikeln ergebende Feindstaaten-Regelung durch die Mitgliedschaft Deutschlands in den Vereinten Nationen obsolet geworden ist. Aber wenn dem so wäre, hätten diese Bestimmungen schon lange gestrichen werden können. Zwar wurde Deutschland im Vereinigungsvertrag von 1990 (Zwei-plus-Vier-Vertrag) „volle Souveränität“ zugesprochen, aber die Vereinbarung wurde durch Zusatzverträge, zum Beispiel über Truppenstationierungen und militärische Zusammenarbeit, wieder relativiert.

Die damaligen Siegermächte, die eine bedingungslose Kapitulation erzwungen hatten, sind immer noch präsent. Die Bundesrepublik Deutschland steht unter Kuratel der USA sowie unter latenter Beobachtung Großbritanniens und Frankreichs, auch wenn das bemäntelt wird und viele es nicht wahrhaben wollen. Wenn man diese Tatsache hinsichtlich der geopolitischen Situation, in der wir uns befinden, bedenkt, wird vieles klarer: Washington hat erhebliche Möglichkeiten, Druck auszuüben und auf Entscheidungen der deutschen Regierung einzuwirken, was ständig zu beobachten ist, zum Beispiel bei der Sprengung der Ostsee-Pipelines, der grenzenlosen Unterstützung der Ukraine und der verheerenden Aggressionspolitik gegenüber Rußland.

Festzustellen ist, daß das Friedensgebot der UN-Charta allgemeine Gültigkeit beansprucht, in den vergangenen Jahren jedoch immer wieder verletzt wurde, insbesondere von den USA, die aufgrund ihrer völkerrechtswidrigen Interventionspolitik schon lange das Recht verwirkt haben, sich auf Menschenrechte und die Verteidigung demokratischer Freiheiten zu berufen.

Es ist davon auszugehen, daß weder die USA noch Großbritannien ein Interesse daran haben, die Feindstaatenklausel der UN-Charta zu annullieren, das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Dasselbe gilt für einen Friedensvertrag (angeblich wären nach einem Friedensvertrag erhebliche Reparationen fällig geworden; das wäre aber wohl kaum ein Hinderungsgrund gewesen, da die Berliner Regierung ohnehin ständig Millionen und Milliarden verteilt und auch verschleudert). Die Gelegenheiten, zukunftsweisende, geordnete Verhältnisse zu schaffen, wurden nicht wahrgenommen.

Nach wie vor im Status der bedingungslosen Kapitulation

Die USA fordern von Deutschland Aufrüstung. Der Militäretat soll auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden. Obwohl es dafür keine Anhaltspunkte gibt, wird behauptet, Rußland bedrohe nicht allein die baltischen Staaten und Polen, sondern ganz Westeuropa.

Deutschland steht seit 1945 unter Kuratel in einem permanenten Ausnahmezustand. Es ist dringend an der Zeit, diese Vormundschaft zu beenden. Die wichtigsten Ziele einer vernünftigen Politik für Deutschland müssen sein:

- Austritt aus der NATO, die schon lange gegen ihre eigenen Statuten verstößt
- Aufkündigung der Stationierungen ausländischen Militärs auf deutschem Territorium
- Einstellung von Waffenlieferungen, insbesondere an Kriegsparteien
- Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Staaten, zu denen das Verhältnis zurzeit gestört ist
- Wiederaufnahme preiswerter Gaslieferungen aus Rußland

Doch die Voraussetzungen, daß diese Ziele umgesetzt werden können, sind nach Antritt der Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz und Vizekanzler Lars Klingbeil bis auf weiteres nicht gegeben.

1990 wurde der Zwei-plus-Vier-Vertrag abgeschlossen, der am 15. März 1991 in Kraft trat. Darin wurde erklärt,

„daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschlands sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar.“

Auch wurde der Verzicht auf atomare Waffen bekräftigt. Sollte das alles Makulatur sein? Spätestens mit der geplanten Stationierung von US-Raketen verstößt Deutschland gegen das Vertragswerk.

Dr. Wolfgang Bittner

Redaktionell gekürzt

Entnommen dem Freidenker-Brief, 10/26

Der Autor ist freier Schriftsteller und lebt in Göttingen. Kürzlich ist sein Buch „Geopolitik im Überblick. Deutschland-USA-EU-Russland“ erschienen.

Kriegsdienstverweigerung übertrifft 2025 schon jetzt um das Dreifache

Bis Ende August haben in Deutschland 12 102 Menschen einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt. Das bestätigte das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben am 6.10. auf Anfrage der Funke Mediengruppe. Nach nur acht Monaten lag die Zahl damit mehr als dreimal so hoch wie im gesamten Jahr 2025, als 3879 Anträge eingingen. Betroffen sind vor allem junge Männer. Seit Jahresbeginn schreibt der Staat jeden kurz nach dem 18. Geburtstag an und fragt das Interesse an einem Dienst in der Truppe ab. Wer den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen ablehnt, beruft sich auf das Grundgesetz.

So rasant steigt die Kriegsdienstverweigerung 2026

Die Entwicklung läßt sich fast Monat für Monat ablesen. Ende Juni zählte das Bundesamt nach eigenen Angaben 5862 Anträge, bis Ende Juli waren es bereits 8302. Allein in diesem einen Monat kamen rund 2400 hinzu.

Schon das erste Quartal 2026 lag mit 2656 Anträgen über dem kompletten Jahr 2024. Selbst der bisherige Höchstwert nach dem Aussetzen der Wehrpflicht – 4348 Anträge im Jahr 2011 – ist damit klar überschritten.

Warum immer mehr junge Männer den Kriegsdienst verweigern

Als Treiber gelten zwei Entwicklungen: die angespannte Sicherheitslage und das neue Wehrdienstgesetz, das am 1. Januar 2026 in Kraft trat. Der zeitliche Zusammenhang ist eng. Mit dem Start der Wehrerfassung aller 18-Jährigen zu Jahresbeginn schnellten die Antragszahlen nach oben. Seit dem 1. Januar erhält jeder junge Mensch kurz nach dem 18. Geburtstag Post. Abgefragt wird, ob ein Dienst in der Truppe infrage kommt. Für Männer ist das Ausfüllen des Fragebogens Pflicht, für Frauen freiwillig. Die Wehrpflicht selbst ist seit 2011 ausgesetzt und gilt nur im Verteidigungsfall. Auf freiwilliger Basis soll die Bundeswehr aber wachsen – von zuletzt 186 000 aktiven Soldatinnen und Soldaten bis 2035 auf 260 000. Gelingt das nicht, hält sich vor allem die Union eine Bedarfswehrpflicht offen.

Kriegsdienstverweigerung beantragen – diese drei Dokumente braucht es

Damit über einen Antrag überhaupt entschieden werden kann, müssen laut Bundesamt drei Unterlagen vorliegen: ein kurzes, unterschriebenes Anschreiben mit Berufung auf das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung, ein vollständiger tabellarischer Lebenslauf, eine ausführliche, persönlich verfaßte Darstellung der Gewissensgründe. Eingereicht wird der Antrag bei den Karrierecentern beziehungsweise beim Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr. Die Entscheidung trifft anschließend das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben in Köln. Eine Sprecherin betonte, das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen nach Artikel 4 Absatz 3 bleibe unabhängig von der ausgesetzten Wehrpflicht bestehen. Nicht nur Verweigerer – manche ziehen ihre Erklärung zurück. Anträge stellen längst nicht nur Ungediente. Laut dem Redaktionsnetzwerk Deutschland verweigern auch Reservisten und aktive Soldaten, Beratungsstellen melden wachsenden Zulauf. Nach einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion entfiel bei den 2024 erfaßten Anträgen der mit Abstand größte Teil auf Ungediente, dazu kamen Reservistinnen und Reservisten, Soldatinnen und Soldaten auf Zeit sowie einige wenige Berufssoldaten. Gleichzeitig gibt es eine Gegenbewegung. Unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nehmen manche ihre einmal erklärte Verweigerung zurück. Nach einem Bericht der Neuen Osnabrücker Zeitung vom April geschah das 2024 in 781 Fällen, im ersten Quartal 2026 bereits 233 Mal. 2021 waren es 304 Rücknahmen.

Eva Maria Braungart
Redaktionell gekürzt
Quelle: Berliner Zeitung, 6.10.2026

Vom Umgang mit Friedensnobelpreisen

Die Preisverleihungen westlicher Staaten, Organisationen und Politiker erinnern stark an das Märchen von „Des Kaisers neue Kleider“ oder einfach daran, daß man den Massen offenbar jede Lüge, jede Dreistigkeit zumuten darf. Dem folgen die Begründungen zur Vergabe des Friedensnobelpreises für die EU und nunmehr des Münsteraner Friedenspreises für die NATO. In exemplarischen Reden im Europäischen Parlament wird der Kriegsertüchtigung das Wort geredet, und im Verlauf der Laudatio in Münster wird ohne Scheu und Skrupel unverhohlenen zur ökonomischen und ganz offen zur militärischen Konfrontation mit Rußland aufgerufen. Der Westen war es, der die Zusage, keine Osterweiterung der NATO, gebrochen hat und deren Truppen heute an der russischen Grenze stehen. Jugoslawien wurde durch das westliche Bündnis überfallen und in einen Bürgerkrieg mit zehntausenden Toten getrieben. Die UNO war außen vor und Deutschland, mit Zustimmung der SPD und der Grünen, wieder im Krieg. Ein weiterer Präzedenzfall wurde mit der Koalition der Willigen in einem über 20 Jahre andauernden menschenmordenden Krieg in Afghanistan geschaffen. Er forderte schätzungsweise 176 000 Menschenleben, darunter über 46 000 Zivilisten.

EU und NATO haben nichts, aber auch gar nichts ernsthaft unternommen, um Konflikte auf diplomatischem Wege zu lösen. Ganz im Gegenteil, faschistische Ausschreitungen, wie die auf dem Maidan und in Odessa in der Ukraine, wurden verbal unterstützt und geschürt sowie personell und materiell auf Teufel komm raus unterstützt. Dafür wurde auch ein vom Bundespräsidenten unterzeichnetes Abkommen innerhalb von 24 Stunden zu den Akten gelegt.

Eine ähnliche kriegsunterstützende Lagebeschreibung für die EU und NATO gilt auch für den Irak, Syrien und Gaza mit hunderttausenden Toten.

Die Kommissionspräsidentin der EU, der NATO-Generalsekretär und auch der Bundeskanzler heizen mit russophoben Erklärungen und der andauernden Ausweitung von Sanktionen die Lage am Rande eines dritten Weltkrieges permanent noch an. Hinzu kommt, daß ein SPD-Kriegsminister eine 5000 Mann starke Panzer-Bundeswehrbrigade in Litauen, an der Grenze zu Rußland, aufgestellt hat. Für die Kriegsrüstung wurde in Deutschland die hochgelobte Schuldenbremse mit einem umstrittenen Beschluß eines bereits abgewählten Parlaments für die Kriegsertüchtigung mit Stimmen der SPD, CDU/CSU und Grünen außer Kraft gesetzt. Hunderte Milliarden EURO fließen aus der EU und NATO zur Unterstützung eines korrupten und demokratiefernen Staates, der auch noch dem Faschisten Bandera und seiner heutigen zahlreichen Ableger, wie Asow-Brigade und einer Traditionspflege für die Galizier-Brigade, öffentlich huldigt und Minderheiten ihrer Rechte beraubt. Im griechischen Parlament wurden die faschistischen Asow-Krieger ohne Scham und Anstand empfangen.

Raimon Brete, Chemnitz

Deutschlands Kriegsvorbereitung läuft auf Hochtouren

Der Operationsplan Deutschland, kurz „OPLAN DEU“, ist der an den von der NATO vorgegebenen Prämissen orientierte militärische Planungsrahmen für den Aufmarsch von Truppen und Gerät quer durch Deutschland an die NATO-Ostflanke. Er soll gewährleisten, daß Deutschland im Kriegsfall bzw. in dessen Vorphase als logistischer Knotenpunkt für die NATO funktionieren kann. Dazu gehört insbesondere, Streitkräfte der NATO-Mitgliedsstaaten aufzunehmen, zu versorgen, zu schützen und durch Deutschland in Richtung der östlichen Bündnisgrenzen weiterzuleiten. Der OPLAN ist damit mehr als nur ein militärischer Marschplan. Er verbindet auf breitest denkbarer Front die militärische Operationsführung mit staatlicher Verwaltung, Verkehrsorganisation, wirtschaftlichen Dienstleistungen, kommunaler Vorsorge und medizinischer Versorgung. Die Bundeswehr allein könnte diese Aufgabe, auch bei dem von der Bundesregierung geplanten Aufwuchs der Truppe durch die Wehrpflicht, nicht allein erfüllen. Sie ist auf Straßen und Schienen, Häfen und Flughäfen, Energieversorgung, Transportkapazitäten, Unterkünfte, Treibstoff, Verpflegung, Instandhaltung und medizinische Einrichtungen angewiesen. Der weitaus größte Teil dieser Leistungen und der Logistik liegt in ziviler Hand. Das Grundprinzip lautet deshalb: Die NATO-Drehscheibe ist in diesem Sinne notwendigerweise als gesamtstaatliche und „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ organisiert. In der Sprache der Planer geht es um das Zusammenwirken von Staat, Streitkräften, Wirtschaft und Gesellschaft. Zivile Einrichtungen und Ressourcen sollen so vorbereitet werden, daß sie im Krisen- und Verteidigungsfall die im OPLAN festgelegten militärischen Bewegungen und Operationen unterstützen können. Der OPLAN ist seit 2024 in einer ersten Fassung mit etwa 1000 Seiten Umfang, inzwischen auf ca. 1400 Seiten angewachsen, Grundlage dieser Planung. Sein vollständiger Text ist als Verschlußsache „GEHEIM“ eingestuft und damit bewußt nicht öffentlich zugänglich. Da der OPLAN aber bereits in Umsetzung ist, läßt sich aus der Einzelsuche in öffentlich zugänglichen Erklärungen, Verwaltungsvereinbarungen, Verträgen, parlamentarischen Antworten und Übungsberichten ausreichend viel an Informationen sammeln, die zu einem Bild zusammengefügt, den aktuellen Stand der Kriegsvorbereitung zu rekonstruieren vermögen.

Wie ist der OPLAN organisiert? Die zentrale militärische Verantwortung zur Durchführung liegt beim Operativen Führungskommando der Bundeswehr. Die Umsetzung setzt jedoch ein weit verzweigtes Netzwerk voraus. Eine Schlüsselrolle kommt den in jedem Bundesland angesiedelten Landeskommandos der Bundeswehr zu. Sie sind die zentralen Ansprechpartner für die Landesregierungen und vermitteln zwischen militärischer Planung und ziviler Verwaltung im Bereich von Infrastruktur, Gesundheitswesen, technischen und Rettungsdiensten und Logistik. Auf Landesebene sind sämtliche zuständigen Ministerien und Behörden einbezogen. Auf regionaler Ebene kommen Bezirks- und Kreisverbindungskommandos hinzu. Über diese Strukturen wird Kontakt zu Landkreisen, kreisfreien Städten und weiteren kommunalen Stellen gehalten. Hinzu treten Polizei, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Katastrophenschutz, Rettungsdienste, Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen und private Dienstleister. Militärische Anforderungen werden in konkrete Zuständigkeiten, Verwaltungsvereinbarungen, Vorsorgeplanungen und in praktische Übungen übersetzt. Die zivilen Beteiligten erhalten dabei gerade nur jene Informationen, die sie unmittelbar zur Erfüllung ihrer konkreten Aufgaben benötigen. Dieses sogenannte „Need-to-know-Prinzip“ bildet die Grundlage des Geheimschutzes. Gerade diese Organisationsform der von Militärseite selektiv und nur kleinteilig weitergegebenen Informationen soll dafür sorgen, daß militärische Gesamtplanung in den Händen der Bundeswehr und NATO bleibt und die zivile Seite gezielt instrumentalisiert und gelenkt werden kann.

Die Entwicklung des OPLAN läßt sich für die Jahre 2024 bis 2026 als Übergang von der konzeptionellen Planung zu einer zunehmend praktisch erprobten Organisation beschreiben. Im Jahr 2024 standen der Aufbau der Planungsstrukturen, die Abstimmung zwischen Bund und Ländern sowie erste Streßtests im Vordergrund. Dabei wurde deutlich, daß die militärische Verteidigungsfähigkeit nicht allein von der Zahl der verfügbaren Soldaten und Waffensysteme abhängt. Entscheidend ist, ob Truppen, Fahrzeuge und Material rechtzeitig durch Deutschland bewegt und währenddessen versorgt werden können. Schließlich geht es um die Zahl von 800 000 Soldaten und 200 000 Fahrzeugen in sechs Monaten. Im Jahr 2025 verdichtete sich die Umsetzung. Vereinbarungen über militärische Straßentransporte, die Zusammenarbeit mit der Autobahn GmbH und Verträge mit privaten Logistikdienstleistern schufen konkrete organisatorische Voraussetzungen. Die Bundeswehr beschrieb zudem Übungen, bei denen zivile Unternehmen Aufgaben der militärischen Marschlogistik übernahmen. Im Jahr 2026 wurde die Zusammenarbeit in weiteren Übungen praktisch erprobt. Dabei rückten nicht nur Transporte, sondern auch die medizinische Versorgung, kommunale Kooperation, Energieversorgung und die Zusammenarbeit verschiedener ziviler Organisationen in den Mittelpunkt. Die hier gewonnenen Ergebnisse sollen wiederum in die Weiterentwicklung des OPLAN einfließen. Damit ändert sich auch der Charakter der Planung. Aus einem militärischen Konzept entsteht schrittweise ein System aus Zuständigkeiten, Verträgen, Infrastrukturvereinbarungen und erprobten Abläufen.

Eine der sichtbarsten Entwicklungen betrifft die Straßeninfrastruktur. Deutschland soll im Bündnisfall große Truppenverbände und umfangreiche Mengen an Material aufnehmen und weiterleiten können. Dafür müssen Verkehrswege nicht nur grundsätzlich vorhanden sein. Sie müssen für die vorgesehenen Transporte geeignet sein und unter Kriegsbedingungen ohne vermeidbare Verzögerungen genutzt werden können. Dazu wurde das kartierte „Militärstraßengrundnetz“ (MSGN) geschaffen. Welche Straße in einer bestimmten Operation zu welchem Zeitpunkt genutzt werden soll, gehört zu den operativen Einzelheiten und ist damit geheim. Aussagekräftig sind aber die Verwaltungsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Ländern. Es bestehen zur Zeit für zehn Länder ausdrücklich benannte Vereinbarungen zur Erleichterung militärischer Straßentransporte. Ein weiterer zentraler Schritt war die Vereinbarung zwischen der Bundeswehr und der Autobahn GmbH des Bundes vom 30. Juni 2025. Sie schafft einheitlichere Rahmenbedingungen für Großraum- und Schwertransporte sowie geschlossene Verbandsfahrten auf dem Autobahnnetz. Die praktische Konsequenz ist eine Beschleunigung militärischer Transporte. Wo zuvor aufwendige Einzelprüfungen erforderlich waren, werden jetzt die Planungen vereinfacht. Die Infrastruktur muß auf ihre Eignung für schwere und umfangreiche Transporte hin gesamtflächig geprüft werden. Tragfähigkeit, Durchfahrtshöhen, Baustellen, Engpässe und die Verfügbarkeit alternativer Strecken sind in den Planungen entscheidend.

Neben einem geeigneten Straßennetz ist die Eisenbahn für den OPLAN von zentraler Bedeutung. Große Mengen an schweren

Fahrzeugen (Panzer und Artillerie) sowie sperriges Material lassen sich nicht über Autobahnen transportieren. Die Bundesregierung benötigt hierfür ein Militäreisenbahngrundnetz. Die Deutsche Bahn und weitere Logistikunternehmen sind eingebunden, Vorhalteverträge und Koordinierungsstrukturen, durch die Transportkapazitäten für militärische Zwecke geschaffen werden sollen, sind in Ausarbeitung. Die Funktionsfähigkeit des Systems hängt auch davon ab, wie militärische Transporte über den regulären Personen- und Güterverkehr gestellt werden und die zivile Versorgung zurückgedreht werden kann.

Ein weiteres Beispiel ist die Militarisierung des Gesundheitswesens. Militärische Anforderungen treffen unmittelbar auf zivile Einrichtungen. Die Bundeswehr verfügt über eigene Sanitätseinrichtungen, die aber z.B. die erwartete Verwundetenversorgung nur für einen Tag bewältigen könnten. Die Länder haben dabei zentrale Aufgaben; Krankenhausträger wirken an Planung und Bedarfsermittlung mit und werden zur Aufstellung von Einsatz- und Alarmplänen verpflichtet werden. Die Übungen des Jahres 2026 zeigen, daß derzeit die medizinische Kette praktisch erprobt wird. Sowohl bei der Übung „Red Storm Charlie 2026" in Hamburg zur praktischen Erprobung zivil-militärischer Abläufe in einer Großstadt (24. bis 26. September 2026), insbesondere aber bei den Übungen „Medic Quadriga", wurde die praktische Umsetzung der Militarisierung des Gesundheitswesens geübt. Medic Quadriga 2026 im März 2026 war mit über 1000 Soldaten und 250 zivilen Teilnehmern die bisher größte und komplexeste Übung des Sanitätsdienstes. An der CIMIC Quadriga 2026 (vom 14. bis 26. Juni 2026) nahmen Streitkräfte aus 28 NATO-Staaten teil und übten gemeinsam mit Polizei, Feuerwehr, THW, DRK, Kommunen, Kliniken, privaten Unternehmen, Energieunternehmen, Flughafen Hannover und regionalen Verkehrsbetrieben die schnelle Verlegung sanitätsdienstlicher Kräfte an die NATO-Ostflanke (Litauen) sowie die Verlegung Verwundeter aus dem Baltikum nach Deutschland.

Die Kriegsvorbereitung wird zur alles beherrschenden Infrastrukturaufgabe.

Dr. Ralf Hohmann

Kanonen statt Butter, private Profite statt sozialer Absicherung:

Der Kapitalismus zeigt sein wahres Gesicht

Worte des Großen Vorsitzenden Friedrich Merz: „Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar."
Falsch, Herr Merz! Die Steuereinnahmen waren 2025 mit fast einer Billion Euro so hoch wie noch nie. Die Knappheit hat einen einfachen Grund: Es wird seit Jahren im großen Stil Geld verschwendet! Und damit das so weitergehen kann, werden herbe Sozialkürzungen ins Auge gefaßt.

1. Geldverschwendung

Ruhegeldschätzung für Politiker: Bundeskanzler, Bundespräsidenten u. Minister a. D. (ca. 150 Personen) inkl. Fahrer und Büroinfrastruktur: ca. **100 Millionen pro Jahr.** Dazu Bundestagsabgeordnete a. D. (ca. 950 Personen): jährlich inkl. Überbrückungsgeld geschätzt über **55 Millionen Euro pro Jahr.**

Für das Programm „Demokratie leben!" zur Meinungslenkung gibt der Bund **im Jahr bis zu 200 Millionen Euro** aus. Größere Mittel fließen dezentral im Verborgenen.

Der Deutsche Bundestag verursacht im Jahr Kosten von rund **1,3 Mrd. Euro** (Bezüge der Abgeordneten, der Apparat der Bundestagsverwaltung, die Mitarbeiter der Parlamentarier, Fraktionsfinanzierung sowie Liegenschaften und Sachmittel).

Das Bundeskanzleramt wird umgebaut. Die Kosten bewegen sich auf die Marke von **einer Milliarde Euro** zu. Auch der Sitz des Bundespräsidenten, das Schloß Bellevue, wird renoviert: Die Gesamtkosten summieren sich inklusive eines Übergangs-Neubaus gleichfalls auf **eine Milliarde Euro**. Der Flughafen BER soll für ca. **2,5 Milliarden Euro** zum Regierungsflughafen umgebaut werden.

Gesundheitsminister Spahn kaufte Corona-Schutzmasken für etwa 5,9 Mrd. Euro. Über die Hälfte davon blieb ungenutzt und mußte vernichtet werden. **Verlust: 3 Mrd. Euro.**

Der Bundesrechnungshof rügt allein für das Jahr 2025 Fehlinvestitionen und Fehlentscheidungen von etwa **4 Mrd**.

Rund **6 Milliarden Euro** von Zahlungen der EU-Kommission wurden vom Europäischen Rechnungshof als „rechtswidrig" eingestuft. Ineffizienz, Intransparenz, Korruption? Deutschland als größter Geldgeber ist jedenfalls unmittelbar betroffen.

Für das Bürgergeld (Grundsicherung für Arbeitsuchende) wendet der Bund **jährlich bis zu 50 Milliarden Euro** auf. Es wird kritisiert, daß zu viele Empfänger trotz Arbeitsfähigkeit dauerhaft im System verbleiben und die Mitwirkungspflichten der Jobcenter nicht konsequent genug erfüllt werden.

Der aktuelle Schuldenstand der EU-Kommission steuert zügig auf eine Billion Euro zu. Pro Jahr ergibt sich daraus bei einem Zinssatz von 3,5 %, wie er derzeit üblich ist, eine Zinsbelastung von 35 Mrd. Euro. Da der Schuldenstand momentan noch nicht ganz so hoch ist, schätzen wir die Gesamtbelastung bis 2030 vorsichtig auf **100 Milliarden Euro**. Deutschland muß als Hauptgeldgeber der EU den höchsten Anteil tragen.

Die Kosten durch die Erzeugung von alternativer Energie (Windkraft, Photovoltaik, Biogas, Wasserkraft etc.) belaufen sich für Ausgaben im Rahmen des EEG-Gesetzes für die Jahre 2022 bis 2030 auf **mindestens 150 Mrd. Euro**. Die Kosten wurden wegen wechselnder Gesetzeslage teils direkt von den Stromkunden, teils vom Klima- und Transformationsfonds über CO_2-Abgaben, teils aus dem Bundeshaushalt getragen. Dazu kommen im gleichen Zeitraum Kosten für Netzengpassmanagement in Höhe von ca. 30 Mrd. Euro. Das ergibt eine Gesamtsumme **nicht weit von 200 Milliarden Euro**.

Die Ausgaben des Bundes für Flucht und Migration belaufen sich nach neuesten Berichten der WELT im Zeitraum von 2016 bis 2025 auf **rund 400 Mrd. Euro**.
Hinzu kommen Ausgaben der Bundesländer und Kommunen (etwa für Bildung und Unterbringung), das bedeutet, daß sich die Gesamtkosten für den Zeitraum seit 2022 auf etwa **200 Milliarden Euro** schätzen lassen.

Schuldendienst: Bund, Länder und Gemeinden zusammen steuern auf jährliche Zinskosten auf von 120 bis 150 Mrd. Euro zu. Die Zinskosten rechnen sich, vorsichtig geschätzt, von 2022 bis 2030 auf **500 Mrd. Euro** zusammen. Bei einem weiteren Anstieg in dieser Höhe könnten die jährlichen Zinszahlungen im Jahr 2050 ein Viertel aller Steuereinnahmen ausmachen. Ein primärer Grund ist die massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben.

Ausgaben für Verteidigung: Deutsche Hilfe für die Ukraine: Bisher **ca. 100 Mrd.** Sonstige Verteidigungsausgaben ab 2022: **über 350 Mrd**. Geplante Verteidigungsausgaben

bis 2030: **gut 600 Mrd. Euro**. Macht für neun Jahre: **Über eine Billion Euro!** Kanonen statt Butter. Merke: Das „Sondervermögen“ kommt noch oben drauf!

Coronahilfen: Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen luden sich durch Beihilfen und Steuerausfälle eine Finanzlast von **bis zu 1,5 Billionen Euro** auf, von denen bestenfalls ein Bruchteil durch Rückzahlungen – und auf die Gefahr von Firmenpleiten – wieder hereinzuholen ist.

Viele dieser Ausgabeposten könnte man ersatzlos streichen, andere erscheinen grotesk überzogen. **Alles in allem wurde eine Summe von mindestens 3 Billionen Euro sinnlos verpulvert!** Die Corona-Hilfen, der Schuldendienst und der Verteidigungsaufwand – diese drei Posten kommen schon alleine so weit. Was könnte man damit nicht alles anfangen. Wenn dieses Geld sinnvoll investiert würde, wäre Deutschland ein soziales Paradies und Weltmeister in Sachen Infrastruktur. Statt dessen fahren sie große Teile des Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrssystems auf Verschleiß und wollen uns die Sozialmaßnahmen so brutal zusammenkürzen, daß viele Menschen ins Elend abgleiten!

Das auf diese Weise verpraßte und den Bürgern entzogene Geld ist aber nicht verschwunden, ganz im Gegenteil. Es hat nur den Besitzer gewechselt und befindet sich jetzt zum größten Teil auf den Konten von Politikern, Banken, Energieerzeugern, Pharma- und Rüstungskonzernen. Wir werden also staunende Zeugen einer gigantischen Umverteilung von öffentlichen Geldern, nämlich Steuern, in private Hände! Der BlackRock-Angestellte im Kanzleramt und seine Gehilfen machen einen hervorragenden Job, und der Kapitalismus zeigt uns ohne Scham seine grinsende Fratze. Wer da nicht auf den Wunsch nach einer nachhaltigen Systemveränderung kommt, dem ist nicht zu helfen.

2. Sozialabbau

Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2027 sind folgende Einsparungen vorgesehen:

• beim Wohngeld **1,5 bis 2 Milliarden Euro,** wo durch die Streichung der Heizkostenpauschale etwa ein Drittel der bisherigen Empfängerhaushalte wegfallen könnte.
• Reformen beim Elterngeld: Einsparung ab 2027 von **gut 400 Mio. Euro** 2027. Das Elterngeld ab Ende 2027 von 14 auf 12 Monate verkürzt.
• Krankenversicherung (GKV): Einsparungen von **knapp 20 Milliarden Euro** (bei Ärzten, Kliniken und der Pharmabranche, gefolgt von höheren Beiträgen und Zuzahlungen der Versicherten).
• Rentenversicherung: **3 bis 4 Mrd.** Einschränkung von Leistungen für Menschen mit Behinderungen, für Kinder und Jugendliche, Einsparvolumen: **etwa 9 Milliarden Euro.**

Folgende Kürzungen sind geplant:

Bildung und Betreuung: Verzögerungen beim Ausbau der Ganztagsbetreuung. Das erschwert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.



Demonstrationsaufruf 2024

Schulbegleitung: Schulbegleiter sollen künftig statt einer persönlichen Assistenz für ein einzelnes Kind (1:1-Betreuung) mehrere Kinder gleichzeitig betreuen. Individuelle Begleitungen soll es nur noch in schweren Ausnahmefällen geben.

Jugendhilfe: Sparmaßnahmen bei Beratungsangeboten und bei Hilfen für junge Volljährige beim Übergang ins eigenständige Leben stehen auf der Streichliste.

Einschränkungen beim Wunsch- und Wahlrecht sowie Kürzungen bei Fahrdiensten und Unterstützungsleistungen im Alltag.

Migrationsberatung: Drastische Mittelkürzungen bei Beratungsstellen für erwachsene Einwanderer schwächen die Integrationsmöglichkeiten.

Unterhaltsvorschuß: Diese Unterstützung bekommen Alleinerziehende, wenn der andere Elternteil keinen Unterhalt zahlt. Das ist eine wesentliche Einkommensquelle für Betroffene. **Einsparungen von 400 Mio. Euro sind vorgesehen**, z. T. durch geänderte Bezugsdauer. Die Altershöchstgrenze von derzeit **18 Jahren wird auf 16 Jahre** abgesenkt.
Erhebliche Einschnitte bei den Jobcentern. Besonders betroffen: Die sogenannten „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“. Hier ist eine Kürzung um **450 Millionen Euro** zu erwarten.

Der Etat für das Ministerium „Forschung und Technologie“ wurde für 2026 um rund **1,1 Milliarden Euro** gekürzt. Die BAföG-Erhöhung hält nicht mit der Inflation Schritt: Verschlechterung!

Überlegungen zu Rentenkürzungen: Diskutiert wird nicht über eine Kürzung der ausgezahlten monatlichen Rente, vielmehr sollen das Eintrittsalter erhöht und Frührenten-Privilegien gestrichen werden, um die Finanzierung zu sichern. Experten empfehlen den Wegfall der abschlagsfreien „Rente mit 63“. Das würde die Staatskasse um rund **9,5 Milliarden Euro** pro Jahrgang entlasten. Politiker empfahlen, das Renten-Eintrittsalter auf 70 Jahre anzuheben. Die Rentenkommission befürwortet die schrittweise Koppelung des Renteneintritts an die steigende Lebenserwartung. Ein Jahr längere Lebenserwartung bedeutet **8 Monate länger** arbeiten und 4 Monate länger Rente beziehen. Dies würde das Rentenalter erst in den 2090er Jahren auf 70 anheben.

Der Entwurf für ein sog. Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG) sieht strengere Hürden zu Pflegegraden und für Neufälle im Pflegegrad 1 Kürzungen bei den Pflegeheimzuschüssen vor, sowie höhere Beiträge, was bis 2030 knapp 11 Milliarden Euro einsparen soll. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus.
Betrachtet man diese Kürzungsabsichten, so erkennt man deren Tragweite für die Betroffenen. In weiten Bereichen des Sozialsystems bleibt kein Stein auf dem anderen.
Vergleicht man die erhofften Einsparungen jedoch mit den überhöhten oder unnötigen Ausgaben, dann sieht man, daß hier mit ganz anderen Summen jongliert wird. Das kann als weiterer Hinweis darauf gewertet werden, wie relativ leicht die bisherigen Sozialausgaben bei vernünftigem Wirtschaften zu finanzieren wären und wie unsinnig die geplanten Kürzungen sind. Bundeskanzler und Bundesminister haben geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren. Ersteres fällt unter den Tisch, letzteres wird auf die ohnehin schon besitzende Klasse beschränkt. Haben wir dieses System gewählt und gewollt?

Klaus Kleinmann, Stralsund

Wahlnachlese nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Meckpom und Berlin

Viel blaue Luft und die Rache der Besiegten

Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, was es im Wortsinn heißt, seine Stimme abzugeben? Insbesondere vor der Wahl in Sachsen-Anhalt gab es mannigfaltige Aufrufe in Presse, Rundfunk, Fernsehen und sogar in einigen sogenannten sozialen Medien, man solle auf jeden Fall seine Stimme abgeben, um „die Demokratie“ zu stärken. Der Grundgedanke, je mehr Menschen wählen gehen, um so mehr kann man die Stimmung im Volk ablesen, ist nicht falsch, was die jüngsten Wahlergebnisse in den drei Bundesländern plastisch demonstrieren.

Man gibt seine Stimme entweder an einen direkten Kandidaten (Erststimme) oder an eine Partei oder Organisation mit parteiähnlichem Charakter (Zweitstimme) ab. Spannenderweise ist die Erststimme die unbedeutendere, denn die Chance, daß der Kandidat, den man selbst präferierte, gewinnt, ist nur wenig größer als die Chance, auf dem Rummel an der Losbude etwas wirklich Sinnvolles zu gewinnen. Oder anders herum: Die Anzahl der Nieten nicht Gewählter, die man zieht, ist größer als die Zahl der Gewählten. Im ersteren Fall verfällt meine Stimme. Im zweiten tut sie das quasi auch, denn ich hatte meine Stimme ja zur Bewältigung all der vielen Probleme an den Gewählten abgegeben. Daraus ergeben sich drei Möglichkeiten. Erstens: „Mein“ Gewählter ist und bleibt ein Hinterbänkler und hat somit wenig Einfluß auf Problemlösungen. Zweitens: Ein Abgeordneter ist mit dem, was er mit seinem Mandat anrichtet, nur seinem Gewissen gegenüber verantwortlich, und in diesem Gewissen kommen Wählerinteressen selten vor. Drittens: Ist er ein „bedeutender“ Abgeordneter, kann man davon ausgehen, daß sein Interesse in erster Linie seiner Karriere, seiner Partei und denen, die ihn bezahlen, gilt und ganz zum Schluß vielleicht auch seinem Gewissen. Die viel bedeutendere Zweitstimme, die letztendlich bestimmend dafür ist, welche Partei die Wahl gewinnt, wird oft als nicht so wichtig wahrgenommen. Sollten nämlich Mandate über die Zweitstimme gewonnen werden, erfolgt deren Vergabe über die sogenannten Listenplätze der Parteien, auf die der Wähler nur Einfluß hat, wenn er zum Kungelstadl (sprich Vorstand plus Parteiengroßsprecher) gehört. Man gibt also seine Stimme an jemanden ab, den man im besten Fall als Namen von der Parteiliste und aus Presseberichten kennt. Und dann wirken wieder die drei schon oben genannten Faktoren. Dennoch sind Wahlen, wie schon gesagt, als Stimmungsbarometer nicht unbedeutend. Man muß die Ergebnisse nur zu deuten wissen. Und was Kommunalwahlen betrifft, muß man wissen, daß die Bundesländer außer den Fragen, welche die Schulen betreffen, gar nichts zu entscheiden haben. Die gewählten Länderparlamente sind lediglich Organe, die den Verwaltungen Richtlinien geben, wie die aus den Kommunen ans Land und die vom Bund dem Land zugeteilten Gelder zu verwalten sind. Eine Revolution läßt sich so auf Länderebene nicht anzetteln, doch über die Gewichtung kann man entweder Gutes tun oder auch Unheil anrichten. Das alte römische Prinzip „divide et impera“ gilt in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, denn alle Organisationen und Einrichtungen, die an sogenannten Fördertöpfen hängen, wissen wohl ein Lied davon zu singen. Denn wenn ich mich (sprich die zu fördernde Organisation) wohlgefällig gegenüber den zukünftig im Land regierenden Parteien verhalte, sollte meiner Förderung nichts im Wege stehen. Andersherum könnte es schwierig werden. Und in Zeiten, in denen hunderte Milliarden Euro für fremde Kriege und die Stärkung der eigenen Rüstungsindustrie ausgegeben werden, ist es leicht, eine Begründung für Kanonen statt Butter zu finden. Ein Ergebnis der seit Jahren andauernden medialen Kriegstrommelei ist immerhin, daß sich mehr als 60 Prozent der Einwohner dieses Landes bedroht fühlen, wenn man diversen Umfragen Glauben schenken darf. Tag für Tag wird in den Medien, von der Bundespressekonferenz bis zu tik tok oder youTube vor den „Russen“ gewarnt, wird somit Angst und Schrecken verbreitet. Dabei sind die Kämpfe um „unsere“ Freiheit näher herangerückt, vom Hindukusch an den Dnjepr, wo gegenwärtig zehntausende ukrainischer Helden, unter ihnen nicht wenige faschistische Bataillone, dank eines nichtversiegenden Stroms an Nachschub aus den NATO-Ländern, betreut von hohen NATO-Offizieren aus den USA, Großbritannien, Frankreich und weiteren NATO Staaten, versehen mit den Zielkoordinaten von US-Satelliten, gegen den Erzfeind Rußland kämpfen. Da darf man weder zimperlich noch knauserig sein. Da sind doch wohl ein paar hundert Milliarden Euro gut investiertes Geld, da müssen der Kampf gegen den Klimawandel, gegen den Welthunger, gegen die Folgen von menschengemachten und Naturkatastrophen, der Kampf um sauberes Trinkwasser oder gar Krankheiten und Bildung wohl zu Recht hintenanstehen und warten – oder wollen Sie, daß ab 2029 Russisch wieder Pflichtfach wird in unseren Schulen?

Zurück zu den Landtagswahlen. Beginnen wir mit Sachsen-Anhalt. Das Ergebnis selbst war keine Überraschung. Zu klar hatten Umfragen die ersten vier Plätze vorausgesagt. Die AfD gewann mit 43,8 Prozent die meisten Stimmen der 77,8 Prozent aller Wähler, die zur Wahl gegangen sind. Der Zuwachs zur letzten Wahl beträgt satte 23 Prozent. Der große Wahlverlierer war die CDU, auch wenn sie mit 17, 2 Prozent mehr Stimmenanteile holen konnte, als die SPD (9,3 Prozent), denn die CDU hat mit fast 20 Prozent Verlusten den größten Einbruch erlitten. Hinter den Dreien kamen die Grünen (8,9 Prozent), die Linke (8,6 Prozent) und das BSW (5,3 Prozent) in den Landtag. Spannend waren eigentlich nur die Zahlen für das BSW, das sich erst spät sicher sein konnte, ins Länderparlament einziehen zu können. Die Wahlberichterstattung der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten war jedenfalls gigantisch. Sie begannen schon 20 Minuten vor Wahlende und zogen das Ganze bis nach 23 Uhr. Natürlich war die Aufregung groß, denn es war klar, daß die fremden- und arbeiterfeindliche, mit Faschisten durchsetzte AfD zum zweiten Mal stärkste Kraft werden würde, nach Thüringen. Darüber wurde dann auch viel geredet, ein starker Kandidat, ein guter Wahlkampf, das Ohr bei den Leuten usw. und dazu viel Geschwafel, sowohl von den „Spezialisten“ der Wahlberichterstattung als auch von den interviewten Politikern aller Couleur. Mit so viel warmer blauer Luft hätte man Magdeburg wochenlang beheizen können. Nichts konkretes, nur schwabbeliges Politikersprech. Es war irgendwie wie bei einer



Russisch-Lehrbuch in der DDR

Sportsendung im TV, wo Reporter den armen Athleten schon drei Sekunden nach Zielüberquerung Statements abverlangen. Die tatsächlichen Ursachen für das Wahlergebnis, die desaströse Regierungspolitik in Berlin mit einem völlig überforderten BlackRock-Kanzler an der Spitze, wurden fein säuberlich weggelassen.

Auch die Ergebnisse der anderen Bundesländer waren von der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der gegenwärtigen Bundespolitik geprägt. Nicht überraschend also der AfD-Sieg in MeckPom (38,2 Prozent). Daß die Nationalisten vom ganz rechten Rand trotzdem keine Chance auf eine Regierungsbildung haben, ist nicht, wie fälschlicherweise behauptet wird, der SPD im Norden zu verdanken, sondern nur einer SPD-Genossin, der amtierenden Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Ich denke, der entscheidende Punkt war nicht, daß sie sich persönlich als letzte Brandmauer gegenüber der AfD darstellte, sondern daß sie den Mut hatte, gegen die politischen Ziele der Bundes-SPD zu argumentieren. Das betraf so wichtige Politikfelder wie Ablehnung der Rentenreform und die Aufforderung, mehr für den Frieden als für den Krieg zu tun und diplomatische Kanäle nach Rußland nicht zu kappen. Und sowohl die Mecklenburger als auch die Vorpommern haben durchaus bemerkt, daß ihre Manuela in den letzten Jahren öfter auf ihrer Seite der Barrikaden zu finden war und sich gegen den Bundestrend gestellt hat, man denke nur an Nordstream 2 und den hinhaltenden Widerstand gegen die Frackinggas-Terminals. So bekam die SPD 35,5 Prozent und die Linke und die Grünen, mit denen sie eine Regierung anstrebt, haben den Sprung (wenn auch knapp) ins Parlament geschafft. Die eigentliche Sensation ist das Herausfallen der CDU, die nicht über die von ihr einmal wesentlich mitinitiierte Fünf-Prozent-Hürde kam. Mehr Ohrfeige für Berlin geht nicht. In Berlin, wo alles ein bißchen anders ist, waren es auch die Wahlergebnisse. Berlin ist groß, bunt, laut und voller Beamter und unbezahlbarer Wohnungen. Seit den 80er Jahren haben die Parteien in den jeweiligen Senaten Hunderttausende Wohnungen an private Wohnungsspekulanten verkauft, um die ständig klammen Kassen zu füllen. Selbst die Linke hat vor 21 Jahren dem Verkauf von mehr als 66 000 kommunalen Wohnungen an private Investoren zugestimmt. Nun hat sie mit dem Slogan „Miethaie enteignen!“ die Wahl in Berlin gewonnen. Die Bundespolitik drückt die Berliner zwar auch, aber die Mieten offenbar noch mehr. So erreichten die Wähler der Partei Die Linke, unter ihnen viele junge, immerhin mit 25,7 Prozent den höchsten Stimmanteil. Es folgten die Konservativen und die Rechten (wobei es sicher Schnittmengen gibt) mit 18,8 CDU und 16,3 AfD. Danach kamen die Grünen mit 4,3 und die Sozialdemokraten mit 12,1 Prozent. Es sieht so aus, als wenn die beiden sozialdemokratischen Parteien mit den Olivgrünen wohl Berlin regieren könnten.

Allerding ist es noch nicht fix, denn die Rache der Besiegten ließ nicht lange auf sich warten. Zuerst mäkelten Vertreter der Bundesgrünen, daß die Hellroten nicht genügend Einsatz zeigten beim Kampf um die Freiheit und zu zögerlich wären bei der Kriegsunterstützung der Kiewer Demokratiehelden. Von CDU bis zur SPD wurde die riesige Antisemitismuskeule ausgepackt. Die Partei sei voller Antisemiten, denn sie lasse einen Rapper auf einer Parteiveranstaltung Freiheit für Palästina fordern. Sie läßt zu, daß Teile der Partei Israel für dessen völkermörderisches Handeln in Gaza und auf der Westbank kritisieren und dann auch noch „Clancefs“ auf der Wahlparty. Dazu kommt Haß auf die Polizei, nur weil ihre Mitglieder ständig auf den falschen Demos verhauen werden. Und schließlich: eine Frau mit türkischen Wurzeln an der Spitze. Mehr Teuflisches geht kaum – na, vielleicht noch Sozialismus – aber von dem ist die Führungsspitze der Linken, wie wir wissen, mehr als tausend Kilometer entfernt. Wir sehen also, der Spaß ist noch nicht vorbei, selbst wenn alle die Stimme abgegeben haben.

Uli Jeschke

Enteignungen

Nach ihrem Wahlsieg wurde Die Linke in Berlin von einem regelrechten Shitstorm überrollt. Unter anderem sei sie, was lächerlich genug ist, „linksextremistisch“. Was hat der Linken diesen außerordentlich heftigen Angriff eingebracht, bei dem aus allen Rohren auf sie gefeuert wurde? Es ist die Idee, einen vor Jahren erfolgten Volksentscheid ernstzunehmen und den großen Miethaien einen Teil von Wohnungsbeständen wieder abzukaufen, den die Berliner Linke an diese regelrecht verschleuderte, angeblich um den Schuldenstand der Stadt zu reduzieren. Die Folgen dieses Fehlers waren absehbar: Die Schulden sind trotzdem weiter gewachsen. Und zusätzlich hat die Stadt fast ihren kompletten Einfluß auf den Wohnungsmarkt verloren. Inzwischen bilden die explosionsartig gestiegenen Mieten sogar ein echtes Hindernis für die ökonomische Stabilität und Entwicklung der Stadt. Es ist kein Wunder, daß die Absicht der Rekommunalisierung größerer Wohnungsbestände Sympathien nicht nur unter linken Teilen der Bevölkerung findet.

Damit hatte die Bürgerinitiative „Deutsche Wohnen enteignen“ mit „Enteignung“ auch ein Wort aufgegriffen, das in bürgerlichen Kreisen sofort Schnappatmung auslösen mußte. In jenen Kreisen also, in denen Eigentum heilig ist und noch weit vor Gottgefälligkeit rangiert. Dabei geht es in Berlin gar nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen. Man will den großen Immobilienkonzernen lediglich mit viel Geld wieder etwas abkaufen, was man ihnen vor Jahren zu lächerlichen Preisen fast nachgeworfen hat. Doch Enteignungswünsche lassen in den Kreisen des Kapitals die Alarmglocken läuten. Da könnte ja jeder kommen mit dem Enteignen. Und es dann auch nicht als Kaufgeschäft verstehen, sondern als kostenlose Rückgabe an eine Gesellschaft, die einst für das Entstehen von Eigentum geschuftet hat und es inzwischen fleißig mehrte.

Es muß daran erinnert werden, daß wahre Enteignungen schon immer ein Kerngeschäft des Kapitals waren. Damit der Kapitalismus überhaupt entstehen konnte, mußten im Prozeß der ursprünglichen Akkumulation die Bauernmassen von ihren Feldern vertrieben, also enteignet werden. Die Ausplünderung der Kolonien war Enteignung pur. Die Faschisten enteigneten nicht nur die Juden im Land. Sie plünderten ganz Europa aus, bis dort die Menschen vor Hunger starben. Nach dem 2. Weltkrieg wurde im Westen zwar nicht flächendeckend enteignet, das System der staatlichen Zwangsverwaltung gerade von Wohnungsbeständen aber gezielt dazu genutzt, dem breiten Volk Mittel dafür abzupressen, das gefallene Kapital wieder aufzupäppeln. Ein besonderes Kapitel der Enteignung liegt noch gar nicht so weit zurück. Es nannte sich allerdings nicht Enteignung, sondern viel vornehmer Restitution oder Treuhandwirtschaft. Faktisch das komplette Volkseigentum der DDR wurde damals enteignet und für einen Appel und ein Ei an neue Eigentümer verschleudert. Übrigens auch ein großer Teil jenes Wohnungsbestandes, um den es heute geht. Ein Billionenvermögen wechselte damals den Besitzer, eine komplette Volkswirtschaft wurde zerschlagen. Es ist nicht erstaunlich, daß dieselben Kreise, die dieses offensichtliche Verbrechen damals verübten, heute gegen Enteignungen wettern.

Auch wenn es der Berliner Linken nur darum geht, den Räubern das Ergaunerte lediglich abzukaufen, sitzt das Wort „Enteignung“ bei den Miethaien zu tief, als daß sie sich durch diese beruhigende Tatsache wirklich verdrängen ließe.

A.S.

Was ist „rechts“?

Michael ist weit über 60 und ein waschechter Antifaschist. Warum ist er nicht zu den vielen großen AfD-Gegendemonstrationen gegangen, die in diesen Wochen in ganz Deutschland stattfanden und über die auf allen Kanälen so umfassend berichtet worden ist?
Micha erklärt, er sei gegen alles Rechtsextreme, schon immer, und verweist darauf, daß es von Beginn an in deutschen Bundesregierungen und Ämtern lupenreine Faschisten in Größenordnungen gegeben hat. Er meint, daß in den ersten 20 bis 30 Jahren der BRD mehr Nazis im Auswärtigen Amt untergekommen seien, als solche vor 1945 dort gearbeitet hätten, natürlich auch im ersten bundesdeutschen Geheimdienst und den anderen Ministerien. Darunter seien nicht nur naive ehemalige Mitläufer, sondern auch viele staatstragende Parteigänger mit oder ohne NS-Parteibuch gewesen. Er nennt Namen wie

- **Heinrich Lübke,** zweiter Bundespräsident der BRD, früher Baumeister deutscher KZ und während des 2. Weltkrieges ein Verantwortlicher in Peenemünde für den Einsatz von KZ-Häftlingen.
- **Hans Globke** konnte unter dem ersten bundesdeutschen CDU-Kanzler Konrad Adenauer bis zu dessen Abdankung Staatssekretär sein, nachdem er einige Jahre vorher die Kommentare zu Hitlers Rassegesetzen mitverfaßt hatte.
- **Reinhard Gehlen,** seit 1942 Leiter „Fremde Heere Ost“ im Generalstab des deutschen Heeres, Generalmajor in demselben, bevor es Bundeswehr genannt werden sollte. Als Rußland-Experte 1945 zum amerikanischen Geheimdienst übergetreten, dann Chef der Organisation Gehlen, dem späteren Geheimdienst der BND. Dort parkte er viele ehemalige Nazi-Geheimdienstler zwischen, bevor sie dann in anderen Einrichtungen des neuen deutschen Staates eingegliedert wurden. 1968 verabschiedete man ihn mit „Großem Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband“. 1979 konnte er in allen Ehren in den endgültigen Ruhestand treten.
- **Kurt Georg Kiesinger,** stellvertretender Abteilungsleiter der Rundfunkabteilung des Reichsaußenministeriums. Ab 1966 Bundeskanzler.
- **Hans Filbinger,** Marinerichter der Wehrmacht. In dieser Funktion sprach er Todesurteile und beantragte ein solches sogar noch nach Beendigung des Krieges. Sein späterer Satz, „Was damals Recht war, kann heute kein Unrecht sein“, ist bezeichnend für die gesamte Bundesrepublik, die noch über 60 Jahre nach dem 2. Weltkrieg Deserteure der faschistischen Armee als Verbrecher registriert hatte. Und dieser Mann konnte 1978 Ministerpräsident Baden-Württembergs werden, bevor ihn auf dessen Beerdigung sein Ministerpräsidenten-Nachfolger Oettinger zu einem Antifaschisten umzudeuten versuchte.
- **Hans Speidel, Herman Höcherl, Carl Diem, Gerhard Heusinger, Theodor Oberländer** und … ich mußte Micha bremsen. Der hat aber auch ein Langzeitgedächtnis! Alle Genannten sind in dieser christlichen Partei mit den drei Großbuchstaben gewesen oder gelandet, die heute so vehement gegen rechts kämpft …
- Diese und viele andere Namen kann man im „Braunbuch der DDR“ oder im „Personenlexikon zum Dritten Reich“ von Ernst Klee, 2. Auflage 2016, nachlesen.

Die BRD tat alles, um Nazis zu entlasten. In der Zeit von 1949 bis1954 gab es Straffreiheitsgesetze, die NS-Belasteten entgegenkamen – mit Zustimmung der oppositionellen SPD.
Nicht nur der faschistische Massenmörder Eichmann wurde, bis ihn Israel 1960 gefangennahm, durch deutsche Institutionen über zehn Jahre gedeckt. Der SS-Mörder Heinrich Boere, bereits 1949 in den Niederlanden zum Tode verurteilt, wurde zwar kurzzeitig in Deutschland inhaftiert, aber nicht ausgeliefert, sondern freigelassen – „aus rechtstaatlichen Gründen“.
Ebenso „rechtsstaatlich“ wurde fast zeitgleich mit den Straffreiheitsgesetzen, entgegen der im Grundgesetz festgeschriebenen Unabhängigkeit der Justiz, die KPD verboten und schließlich die Berufsverbotspraxis eingeführt. Schließlich ist auch ein Grundgesetz nur ein Stück Papier.
„Rechtsstaatlich“ wurde auch 1951 die Grenze zur DDR dichtgemacht, als junge Westdeutsche die Weltfestspiele in der Hauptstadt der DDR besuchen wollten. Trotz grundgesetzlich garantierter Reisefreiheit. Nicht von der DDR! Nicht vom „SED-Regime“! Stummpolizisten kontrollierten die Straßen schon kilometerweit in der Tiefe der Sektorengrenze nach „ausreisewilligen“ Jugendlichen. In Großbetrieben wurde – staatlich verordnet – Urlaubsverbot ausgesprochen, und selbst das Bahnpersonal wurde angehalten, zweckdienliche Spitzeldienste zu leisten …
Das ist alles sehr lange her. Warum spielt es für Dich noch heute eine Rolle bei Deiner Entscheidung, nicht zu diesen Demonstrationen gegen rechts zu gehen?, frage ich Micha.
Ich glaube, antwortet er mir, daß die schlimmsten faschistoiden Kräfte in diesem Lande, die ich als rechts bezeichne, mit diesen Demos nicht angesprochen sind und auch nicht getroffen werden. Was, bzw. wer ist rechts? Rechts bedeutet für Micha aber gerade Aufrüstung, Kriegstreiberei, Völkerhetze, Ausgrenzung Andersdenkender. Diese Merkmale werden besonders brisant, wenn deren Verursacher selbst an den Hebeln der Macht sitzen und damit das „Recht“ haben, Gesetze nach eigenem Gutdünken für die Durchsetzung ihrer und der Ziele ihrer Auftraggeber zu machen, zu ändern oder auslegen zu können. Und das sind heute wie damals die etablierten Altparteien, voran die CDU, die sich nicht scheut, tausende, sicher gutmeinende Bürger im Namen „ihrer“ Demokratie auf eine vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ bezeichnete Truppe/Partei zu hetzen, um von sich selbst abzulenken, um die Wut der Bürger auf die aktuelle politische und ihre persönliche wirtschaftliche Situation und die dafür seit vielen Jahren Verantwortlichen, von sich weg zu kanalisieren und sich hinter der AfD, man könnte auch sagen, der faktisch längst gestorbenen Brandmauer, zu verstecken.
Wenn schon das rechteste Gesocks gegen rechts demonstriert, was soll ich dann noch da? Phrasen und leeres Gerede können Politiker so ziemlich aller Parteien von sich geben. Aber die praktische Gelegenheit, das Grundgesetz zu fleddern (wie oft ist es schon allein für die Umgehung der Schuldenbremse geändert worden?), die Wirtschaft an die Wand zu fahren, das Volksvermögen für Kriege, wo auch immer, zu vergeuden und den Weltfrieden zu gefährden, das war bisher nur das Vorrecht der etablierten Parteien. Und die haben es weidlich genutzt!
In dieser Grundeinstellung bestärkt mich die auffallend einseitige Kommentierung besagter Hofberichterstatter, die nach oben schleimen und mit Vorliebe nach links geifern. Das muß doch einen Grund haben, daß diese Leute auf einmal für die Einheit aller „Demokraten“ sind. Sollten etwa die Schuldigen an dem jetzigen Dilemma (CDU, SPD, GRÜNE und FDP) in Vergessenheit geraten und die jüngsten Wahlergebnisse im besetzten Osten Deutschlands gleich mit?
Ich will nicht verhehlen, daß mich letztlich auch die Frage umtreibt, wer wohl über die materiellen, logistischen und finanziellen Ressourcen verfügt, eine solche deutschlandweite und scheinbar Ideologien übergreifende Aktion zu Wege zu bringen.
Er, so meint Micha, werde diesen Rattenfängern nicht hinterherlaufen.
Ich übrigens auch nicht.

Wolfgang Klages
Berlin

Zu viel Eskalation und kaum echte Friedensbemühungen

Die aktuellen Konflikte weiten sich zu immer menschheitsbedrohlicheren Kriegen aus. Ihrem Inhalt nach werden sie um die Frage der künftigen Weltordnung – einer unipolaren oder multipolaren Ordnung – geführt. Der aggressive Westen kämpft mit Stellvertretern um die Ausdehnung oder zumindest Erhaltung seines Macht- und Einflußbereiches weltweit, während sich neue globale Kräfte wie die BRICS- oder SOZ-Staaten um die Idee einer multipolaren Welt gruppieren. Iran, Israel und die Ukraine kämpfen gegenwärtig um ihre Existenz. Rußland macht deutlich, daß es in dem gegenwärtig gegen ihn gerichteten NATO-/Ukraine-Krieg nicht nur nicht besiegt werden kann, sondern daß auch ein ab 2030 geplanter direkter militärischer Schlagabtausch, dessen Vorbereitung insbesondere von Deutschland und GB forciert wird, keine Chance auf Erfolg haben wird.

Dennoch ist unübersehbar, daß immer mehr Staaten in die in Europa und dem Nahen Osten tobenden Kämpfe hineingezogen werden, so daß die Gefahr eines großen Krieges in Europa oder gar eines Weltbrandes mit jedem Tag zunimmt. Bemühungen zur Eindämmung oder Beendigung dieser Konflikte sind, wenn überhaupt, nur in Ansätzen sichtbar. Die exorbitanten menschlichen und materiellen Verluste, die Veränderungen des militär-strategischen Kräfteverhältnisses und die Resultate des Kampfes um die technologische Überlegenheit zwischen den Seiten machen die Beendigung dieser verheerenden Kriege durch ernsthafte diplomatische Aktivitäten und wirksamer druckausübender Aktivitäten aller Friedenskräfte weltweit zwingender denn je.

Worin zeigen sich die neuen Eskalationen der Konfliktseiten?
(Stand: 12.–15. Oktober 2026)

Im Ukraine-/NATO-RF-Konflikt:

- Die Ukraine hat mit 500 Drohnen Objekte der energetischen Infrastruktur im Raum Moskau, eine Ölraffinerie im Belgoroder Gebiet sowie Kraftwerke in Rußland angegriffen.
- Die EU liefert neue Drohnen und Raketen (höchstwahrscheinlich auch Taurus).
- Die RF antwortete mit der Zerstörung der letzten Kraftwerke in Kiew und an weiteren Orten.
- Die Ukraine und Rußland haben Angriffe auf Atomkraftwerke mit geringen Wirkungen durchgeführt.
- Die USA haben ihre geheimdienstlichen und Starling-Daten-Hilfe stark abgeschwächt und dadurch die militärischen Fähigkeiten der Ukraine zunächst kurzzeitig bedeutend verringert.
- Die RF bereitet nach Westangaben einen Großangriff auf die gesamte Ukraine vor.

Im Nahost-Krieg:

- Forcierte Vorbereitung eines Vernichtungsschlages durch die USA und Israel auf Iran und dessen Verbündete noch vor den Wahlen in ihren Ländern.
- Iran und die Huthis bereiten einen vorbeugenden Militärschlag auf Israels militärische Infrastruktur und auf US-Truppenansammlungen vor.
- Zerstörung der Zentrale des Öl-Großkonzerns „Saudi-Aranko“ durch die Huthis
- Iran erhöht die Raketen- und Drohnenproduktion und erhält Hilfe aus Rußland und China.

Zur allgemeinen Lage auf dem Gefechtsfeld

- Der Vormarsch der russischen Streitkräfte (RF-SK) hat sich beschleunigt. ASOW-Gruppierungen und andere ukrainische Streitkräfte konnten an drei Schwerpunkten eingekesselt und bereits teilweise aufgelöst werden, so im Charkower und Limaner Gebiet. 2026 wurden dort 5300 qkm befreit, allein im September waren es 627. Bei der Auflösung des Charkower Kessels Mitte Oktober sollen noch 470qkm dazugekommen sein. Es formiert sich dort tatsächlich die von der RF angestrebte Pufferzone.
- Dobropillja wurde befreit und in Orechow fanden und finden weiterhin intensive Kämpfe statt, deren erfolgreicher Abschluß den Weg der RF-SK nach Westen eröffnet. Harte Kämpfe gab es auch im Saporischschijer Gebiet und an Frontabschnitten des Donbass, an denen die Ukraine umfangreiche Gegenangriffe führte, nun aber in einen großen verlustreichen Kessel fallen kann.
- Vom 19. bis 21.9. fand ein ukrainischer Großangriff mit über 1600 Drohnen und weitreichenden Raketen auf Westrußland und auf die Ränder Moskaus statt, der die Durchführung von Wahlen in der RF unmöglich machen sollte. Diese Zielstellung, die den Ukrainern beweisen sollte, daß man im Krieg keine Wahlen abhalten kann, mißlang vollständig, weil die Luftverteidigung (LV) der RF 99 % der ukrainischen Flugkörper abschoß, wodurch zwar nur ein geringer Sachschaden, aber ein großer politischer entstand. Die Partei „Einheitliches Rußland“ erreichte trotz des ukrainischen Angriffs eine Zweidrittelmehrheit und Putin eine über 80-prozentige Zustimmung.
- Rußland hat die Drohnenschlacht gegen die Ukraine und die NATO gewonnen und wird den erreichten technologischen Vorsprung wohl nicht mehr hergeben, eher ausbauen.
- Die darauffolgenden Antwortschläge der RF führten bis Mitte Oktober zu einer weitgehenden Isolierung der Ukraine, da deren Aus- und Eingänge – Schwarzmeerhäfen, Grenzübergänge nach Rumänien und Polen sowie der Slowakei, Moldau, aber auch ihr Luftraum militärisch blockiert wurden. Auch die Energieversorgung wurde intensiv bekämpft und dabei auch eine neue Drohne, die Strommasten zusammenfalten kann, eingesetzt.

Wie antwortet Rußland auf den Drohnenterror der Ukraine?

Das neuerdings von der RF eingesetzte neue Angriffsmodell für Luftoperationen umfaßt die Phasen: Aufklärung vor Ort, Sättigung, Schwächung der Handlungsfähigkeit der ukrainischen LV durch den Massenanflug von Geranien-Aufklärungs- und Geran-2-Drohnen, danach Düsendrohnen Geran 4 und 5 mit größeren Gefechtsteilen, dann verschiedene Versionen von Iskander-Raketen, nord-koreanischen Raketen KN-23 und zuletzt mit Über- oder Hyperschall-Raketen vom Typ Onyx und Zirkon sowie andere zur gezielten Vernichtung der vorgesehenen Ziele. Für besondere Ziele können auch die mittels Su-34 luftgestützten FAB-250-5000 u.a. Bomben eingesetzt werden.

Ab September wurden speziell angepaßte Luft-Angriffsgruppierungen, zu denen auch strategische Bomber (Tu-22) gehörten, gegen Flugplätze, verbunkerte Militärobjekte, Stellungen der LV, Militär- und Energieobjekte, Industrieanlagen, Lagerhäuser, Tankstellen, Infrastruktur- und Transportobjekte, sowie gegen Schiffe eingesetzt.

In der 1. Oktober-Dekade wurden militärisch bedeutende Brücken über den Dnepr in Kiew und Saparoschschija unter Führung des zurückgekehrten General Surowikin, wie westliche Medien meldeten, funktionsunfähig gemacht.

Besonders hervorzuheben ist, daß die Luftschläge der RF bewußt nach ökonomischen Kriterien stattfanden.

Die durch die von der NATO geführte Ukraine setzte bei ihren Fernzielangriffen in der RF auf die Geheimdienstinformationen über die LV und die Raketenstarts der RF und auf Echtzeitdaten des Starlinksystems. Dabei haben die kurzzeitigen

Leistungseinschränkungen der USA aufgezeigt, daß die Ukraine ohne diese nicht durch die EU ersetzbaren US-Systeme ihre Kampffähigkeit und somit den Krieg verlieren würde.

Was sagte Putin im Waldai-Klub zu den Bedrohungen der RF und zum Ukraine-NATO-RF-Konflikt?

Der Westen hat in der Ukraine einen aggressiven Nationalismus und die Russophobie gefördert, um das Land zu einem Werkzeug für den Kampf gegen Rußland zu machen. Die NATO habe die russischen historischen Gebiete zu ihrer Interessenzone und zu einem Teil ihres militärischen Raums gemacht. Auch hat der Westen in der Ukraine radikale Kräfte zu einem Regierungsputsch angestiftet und diese mit Waffen vollgepumpt. Es wurden Pläne für den Aufbau von Konzentrationslagern für Gegner des neonazistischen Ukraine-Regimes auf der Krim und im Donbass begonnen umzusetzen.

Unbewaffnete Bürger hätten nicht von Panzern überrollt, mit Raketen beschossen, aus der Luft bombardiert und lebendig verbrannt werden dürfen, nur weil sie Russen sind, erklärte Putin. „Der Westen hat uns absichtlich an diesen Abgrund gedrängt, er brauchte diesen Krieg, um die Möglichkeit zu bekommen, Rußland mittels der Ukraine eine strategische Niederlage beizubringen, was ihm aber nicht gelang und weiterhin nicht gelingen wird."

Die derzeitig stattfindenden forcierten Aufrüstungs- und Drohszenarien des kollektiven Westens und der Ukraine (Ausbau der Weltraumwaffen, Entwicklung, Produktion und Einsatz moderner Angriffs- und Verteidigungswaffen), die Vorbereitung der Blockade von Kaliningrad sowie der Abtrennung der Krim und von Angriffen auf militärisch und ökonomisch relevante Ziele der Russischen Föderation, Manöver und Provokationen an den Grenzen der RF, das Fehlen aller Kriegsreglungsmechanismen und besonders die terroristischen Angriffe der Ukraine auf die Erdöl- und Gasindustrie sowie auf zivile Ziele (darunter Kinder und Jugendliche) Rußlands haben in letzter Zeit solche Wirkungen entfaltet, daß sich dadurch der Ukraine-/NATO-Rußland-Konflikt zu einem europäischen Krieg und zu mehr ausufern kann. „Realistisch betrachtet führen uns die vielen tagtäglich stattfindenden hybriden Operationen zu der Erkenntnis, daß der vom Westen angestrebte europäische Krieg bereits seinen Anfang genommen hat." Die „Eroberungsbemühungen" der NATO-Staaten sind für Kaliningrad so bedrohlich, dass Putin an diese die ernstzunehmende Warnung schickte, dass die RF im Angriffsfall alle verfügbaren militärischen Mittel (Hyperschallwaffen und Kernwaffen eingeschlossen) zur Verteidigung Kaliningrads einsetzen würde. Diese verdeckten und offenen militärischen Handlungen des kollektiven Westens beweisen, daß er es ist, der einen Krieg gegen Rußland, der zu einem großen Krieg in Europa ausufern kann, vorbereitet und nicht umgekehrt, wie es westliche Führer tagtäglich lauthals proklamieren.

Wodurch wurden die ernsthaften Widersprüche zwischen den USA und der Ukraine nebst deren EU-Partnern ausgelöst?

Trump benötigt vor den für ihn wichtigen Zwischenwahlen in der Ukraine Erfolge. Dazu hat er wieder einmal seine Haltung zu Selenskyj so geändert, daß er diesen nun sogar von der Macht entfernen und gegen einen US-freundlichen und dennoch weiterhin Rußland feindlichen Präsidenten austauschen will. Mit Rußland machte Trump einen Dieseldeal, angeblich zur Entlastung der weltweiten Energiekrise, der aber tatsächlich die Energiepreise für die Industrie und die Wähler in den USA merklich senken sollte und in Rußland, bei Aufhebung der Sanktionen, viele Millionen US-Dollar in die dortige Kriegskasse spülen würde.

Er behauptete, nicht der Nahost-Krieg, sondern die Ukraine sei mit ihren Angriffen auf die russischen Raffinerien für die hohen Energiepreise in den USA verantwortlich. Das führte zu solch großen Diskrepanzen zwischen Trump und Selenskyj, daß letzterer nicht nur Trumps Forderung, den Beschuß der russischen Raffinerien einzustellen, brüsk ablehnte, sondern mit seinen Koalitionären der EU sogar die Aufbringung der russischen Dieselschiffe in Richtung USA ins Auge faßte.

Ob diese „Verstimmungen", die die Weitergabe von für den Krieg notwendigen Geheimdienstinformationen und von Starlink-Daten nur kurzzeitig oder dauerhaft durch die USA eingeschränkt werden, hat für die Ukraine eine existentielle und für den Konflikt eine kriegsentscheidende Bedeutung. Eine Entscheidung darüber werden die USA höchstwahrscheinlich erst nach den US-Zwischenwahlen treffen.

Die EU will nur deshalb einen Waffenstillstand, um die Ukraine wieder aufzurüsten und diese dann weiter für ihre Interessen in den Krieg gegen Rußland zu schicken.

Die RF ist bei Anerkennung der Realitäten auf dem Gefechtsfeld und sicheren Garantien zu ernsthaften Verhandlungen über die nachhaltige Beendigung des Konfliktes bereit, was wegen der Ablehnung des Westens zur Beendigung des Krieges eine offene Frage bleibt.

Zur aktuellen Entwicklung des Nahostkrieges

Auch die letzte und bereits vierte Kriegsrunde brachte den Seiten nicht die alleinige Kontrolle über die umkämpften Meerengen, und Israel konnte seine Städte und sogar sein Atomzentrum wegen Mangel an Abwehrfähigkeiten und Abwehrraketen nicht vor den iranischen ballistischen und Hyperschall-Raketen schützen.

Dieser Krieg konnte nicht nur nicht beendet werden, sondern er erfuhr sogar eine Erweiterung durch den Einstieg von Saudi-Arabien und die Huthi-Miliz, wobei es der Miliz gelang, die Meerenge von Bab al-Mandab, durch die das saudische Öl verschifft wird, fast vollkommen zu schließen. Hier entstand ein neuer Krieg zwischen Saudi-Arabien in Verbindung mit Pakistan und der Türkei gegen die Huthi-Miliz, um die Meerenge von Bab al-Mandab wieder für den saudischen Öltransport frei zu bekommen und dem Jemen gegen die Huthis zu helfen. Am 12.10.26 soll es im Roten Meer zum Beschuß von sechs Tankern durch die Huthis gekommen sein, was selbst die Mekka-NATO (Pakistan, Saudi-Arabien und Jemen) nicht verhindern konnten. Der angeführte neue Militärblock, an welchen sich auch die Türkei anlehnt, beabsichtigt, sich in den Irankrieg gegen die Huthis einzubringen.

Die USA und Israel geben aber ihren Kampf gegen den Iran nicht auf, und so bereitet Israel weitere Luftoperationen gegen den Iran vor. Die USA wollen in Verbindung mit der Heranführung einer dritten Flugzeugträgergruppe 10 000 Mann zur totalen Zerstörung des Irans in den Nahen Osten verlegen. Gemeinsam mit Israel verlautbarten sie, daß es zu einem neuerlichen Großangriff noch vor den Wahlen in ihren Ländern kommen soll. Das Ganze passiert, obwohl es parallel dazu auch unergiebige Verhandlungen zwischen dem Iran und den USA gibt. Israel eskaliert neuerdings, entgegen den Vereinbarungen mit den USA, wieder in Gaza und eignet sich gewaltsam Territorien im Westjordanland an. Diese Aktivitäten dienen eindeutig der Vertreibung der Palästinenser aus deren angestammten Territorien, um doch noch zu einem Großisrael zu kommen.

Das starke Einschränken beider Öl-Transportrouten, das Abwenden mehrerer Golfstaaten von den USA, die Treibstoffkrise in den USA und die enormen Zerstörungen in Israel zeigen an, daß es den Angreifern bisher nicht gelungen ist, ihre Ziele gegenüber dem Iran durchzusetzen. Es ist auch dank der Hilfen für den Iran seitens Rußlands und Chinas unwahrscheinlich, daß den Aggressoren beim nächsten Mal ein totaler Sieg gelingen wird.

In der jetzigen Situation stehen die Beendigung des Nahostkrieges und des Ukraine-/NATO-RF-Konflikts in den Sternen.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Zur Rolle der „radikalen Nationalisten“ in der Ukraine

Der nicht gewählte ukrainische Präsident, der Usurpator Wolodymyr Selenskyj (dessen Amtszeit endete vor zwei Jahren und drei Monaten), hat sein Regime schrittweise von einer nationalen Koalition, der auch die „integralen Nationalisten“ angehörten, zu einer von ihnen dominierten Diktatur umgestaltet.

Die „integralen Nationalisten“ sind eine Denkrichtung, die sich entschieden antisowjetisch und antisemitisch in bezug auf das jüdisch-chasarische Reich, das sich im Mittelalter zwischen dem Schwarzen Meer und dem Kaspischen Meer entwickelte, ist. Der Begriff „integraler Nationalist“ stammt vom französischen Faschisten Charles Maurras.

Diese Bewegung wurde während des Ersten Weltkriegs von Dmytro Dontsov, einem Agenten des Zweiten Deutschen Reiches, ins Leben gerufen. Sie entwickelte sich im Gefolge des italienischen Faschismus und der rumänischen Eisernen Garde und später, während der Kollaboration mit den Nazis, um Dontsovs Handlanger Stepan Bandera herum.



Museum der Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim

In der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkriegs war Dontsov selbst Verwaltungsleiter des Reinhard-Heydrich-Instituts. In dieser Funktion war er einer der Mitgestalter der „Endlösung der slawischen, jüdischen und Roma-Frage“.

Am 11. August 2026 wurden die sterblichen Überreste von Oberst Jewhen Konowalets auf dem Friedhof Crooswijk in Rotterdam von der ukrainisch-griechisch-katholischen Kirche in Anwesenheit der ukrainischen Botschafterin exhumiert und am 18. August auf dem Nationalen Militärfriedhof in Anwesenheit zahlreicher Regierungsmitglieder und Wolodymyr Selenskyjs vorübergehend wieder beigesetzt. Die endgültige Beisetzung wird im Nationalen Pantheon stattfinden.

Oberst Jewhen Konowalets (1891–1938) war einer der Gründer und ersten Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). Er war verantwortlich für das Massaker an den Bolschewiken in Kiew. Als persönlicher Freund Adolf Hitlers seit 1922 floh er 1936 nach Rom unter den Schutz des Duce Benito Mussolini. Während einer Reise wurde er im Mai 1938 in Rotterdam vom sowjetischen NKWD ermordet.

Die Ehrenwache wurde von der Präsidentengarde geleistet – derselben, die der französische Präsident Emmanuel Macron am 14. Juli eingeladen hatte, auf den Champs-Élysées zu marschieren. Konowalets ist für zahlreiche Massaker verantwortlich. Er ist ein Verbrecher gegen die Menschlichkeit.

Die Botschaft Selenskyjs ist klar: Die Ukraine wird nicht nur keine Entnazifizierung vornehmen, wie es die Russen fordern, sondern sie ist erneut „radikal nationalistisch“.

Am 24. August feierte die Ukraine den 35. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit von der Sowjetunion in Anwesenheit der Staats- und Regierungschefs der nordisch-baltischen Staaten (NB8) und des Vereinigten Königreichs. Alle bekräftigten, daß Rußland die Ukraine überfallen und annektieren wolle. Sie betonten erneut, daß die Krim, der Donbass und Novorossija zur Ukraine gehörten. Keiner erwähnte, daß die Krim am 15. Februar 1991, also mehr als sechs Monate vor der Ukraine, ihre Autonomie von der Ukrainischen Sowjetrepublik ausgerufen hatte. Diese Republik wurde von der Ukraine am 19. Juni 1991 anerkannt, also zwei Monate bevor sie ihre Unabhängigkeit ausrief. Am 5. Mai 1992 erklärte die Krim ihre Unabhängigkeit. Kiew stellte die Zahlungen der Renten und der Gehälter der Krim-Beamten ein. Diese Kosten wurden in der zweiten Jahreshälfte 1992 und während des gesamten Jahres 1993 von Moskau übernommen, bis der russische Präsident Boris Jelzin diese Zahlungen einstellte.

Zwei Tage später, am 26. August, nachdem die offiziellen Gäste abgereist waren, zeichnete der Usurpator Selenskyj Kämpfer an der Front von Oleksandrivska (Donbass) aus, darunter insbesondere Brigadegeneral Andriy Biletskyi, Kommandeur des 3. Armeekorps.

Er überreichte ihm den Goldenen Stern, die höchste ukrainische Auszeichnung, die an die „Helden der Ukraine“ verliehen wird.

Der Historiker Andriy Biletskyi ist Autor einer Dissertation über die Ukrainische Nationalarmee (UPA), in der er den Völkermord an rund 100 000 Polen in Wolhynien und das Massaker an mehreren Zehntausend Juden in Babi Jar verherrlicht. Er gründete den „Rechten Sektor“ und war einer der Hauptakteure des Staatsstreichs (der von der atlantistischen Propaganda als „Euromaidan“ oder „Revolution der Würde“ bezeichnet wurde), der im Februar 2014 den demokratisch gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch stürzte. Anschließend gründete er das Asow-Bataillon und führte das Massaker an den russischsprachigen Bewohnern im Donbass sowie die Kämpfe in Mariupol und Bachmut an.

Wie alle „integralen Nationalisten“ behauptet Biletsky, daß die wahren Ukrainer keine Slawen, sondern Waräger (d. h. finnische Wikinger) seien. Ihrer Ansicht nach müssen die Waräger den „endgültigen Kampf“ gegen die Slawen führen. Im Jahr 2010 erklärte er: „Die historische Mission unserer Nation in dieser kritischen Zeit besteht darin, die weißen Rassen der Welt in einen letzten Kreuzzug um ihr Überleben zu führen. Einen Kreuzzug gegen die von den Semiten angeführten Untermenschen.“

Thierry Meyssan

Redaktionell gekürzt

Entnommen dem Beitrag des Autors „Die historischen Faschisten bereiten sich darauf vor, ihre Rache zu nehmen“, voltairenet.org, 7.9.2026

Thierry Meyssan ist ein französischer Politologe und Journalist.



„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF als Printausgabe genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

„Vorposten des Westens“

Israels Rechtsaußenregierung baut ihre Kooperation mit extrem rechten Parteien in Europa aus, um stärkere Rückendeckung für ihre Gewaltpolitik zu erhalten. Zugleich attackiert sie deren Gegner. Berlin unterstützt dies aus Eigeninteresse.

Geostrategische Ziele

Die israelische Rechtsaußenregierung baut ihre Kooperation mit der extremen Rechten in Europa systematisch aus, während sie in Nah- und Mittelost die Machtposition ihres Landes mit Krieg und Vertreibung bis hin zum Genozid zu stärken sucht. Die Bundesregierung unterstützt sie mit einer Ausweitung der Militär- und Rüstungskooperation: In den aktuellen Umbrüchen im Nahen und Mittleren Osten, dessen Länder sich zunehmend dem einst dominanten westlichen Einfluß zu entziehen suchen, gilt Israel als der sicherste Verbündete; als „Vorposten des Westens“ in der arabisch-islamischen Welt, den es um jeden Preis zu stützen gilt. Die extreme Rechte in Europa, die ihren Rassismus seit längerer Zeit bevorzugt unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Islam auslebt, wird dabei von der israelischen Rechtsaußenregierung als Kooperationspartnerin eingestuft.

Bestrebungen, eine enge Kooperation zwischen extrem rechten Kräften in Europa und in Israel anzustoßen, gab es erstmals vor mehr als zwei Jahrzehnten – und zwar in Belgien. Im Jahr 2002 bot Filip Dewinter, Chefideologe des extrem rechten Vlaams Blok (VB, heute: Vlaams Belang), der jüdischen Community in Antwerpen, die sich einer Welle schwerer antisemitischer Gewalt ausgesetzt sah, ein gemeinsames Vorgehen gegen gewalttätige Islamisten an. Ziel war es, den VB als nicht mehr antisemitisch darzustellen, um ihm als etwaigem Koalitionspartner konservativer Parteien Akzeptanz zu verschaffen. Der Plan ging nicht auf. 2005 ging Dewinter dazu über, sich anstelle der jüdischen Gemeinde an den Staat Israel zu wenden: Er sei „daran interessiert, Israel zu besuchen“, teilte er nun mit. Das Vorhaben hatte neben dem Ziel, den – zutreffenden – Vorwurf des Antisemitismus gegenüber dem VB abzuschütteln, auch eine strategische Komponente: „Der Staat Israel“ sei „eine Art Vorposten unserer westlichen Gesellschaft“, äußerte er 2005 – und zwar ein Vorposten gegen die „größte Bedrohung für den Westen“, „den radikalen fundamentalistischen Islam“.

Der Likud und die Patriots

Die Beziehungen der extremen Rechten in Europa nach Israel florieren, seit dort Ende 2022 eine ultrarechte Regierungskoalition unter Einschluß des Likud sowie der extrem rechten Parteien Otzma Jehudit (Jüdische Stärke) um Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir und Mafdal HaTzionut HaDatit (Der religiöse Zionismus) um Finanz- und Siedlungsminister Bezalel Smotrich ins Amt gelangte. Diasporaminister Amichai Chikli (Likud) trat im April 2024 auf der Rechtsaußenkonferenz CPAC Hungary, im Mai 2024 auf der Konferenz Europa Viva der extrem rechten spanischen Partei Vox auf. Im Juni 2024 warb er dann vor der Parlamentswahl in Frankreich für den ebenfalls extrem rechten Rassemblement National (RN). Im Februar 2025 erhielt der Likud Beobachterstatus im Parteienbündnis Patriots for Europe (PfE) um den RN, Vox, den Vlaams Belang sowie die FPÖ. Im Mai 2025 trat mit Jair Netanjahu einer der beiden Söhne von Premierminister Benjamin Netanjahu auf der CPAC Hungary auf – ganz wie Politiker von Vox, der FPÖ und der AfD, die mit ihrer Bundesvorsitzenden Alice Weidel vertreten war. Ende 2025 schließlich wies der israelische Außenminister Gideon Sa’ar die Diplomaten seines Landes in Frankreich, Spanien sowie Schweden an, direkten Kontakt zu den großen Parteien der extremen Rechten aufzunehmen: zum RN, zu Vox und zu den Schwedendemokraten.



Vorposten des Westens: Zerstörung in Gaza 2024

„Combating Antisemitism“

Zu diesem Zeitpunkt hatte die israelische Rechtsaußenregierung bereits begonnen, Parteien der extremen Rechten aus Europa auch offiziell nach Israel einzuladen – zu Veranstaltungen, die seither jedes Jahr unter dem Titel International Conference on Combating Antisemitism abgehalten werden. Initiator ist bisher jeweils das Ministerium für Diasporaangelegenheiten unter Chikli. Auf einer der ersten dieser Konferenzen im März 2025 traten als Redner neben Premierminister Netanjahu sowie Außenminister Sa’ar unter anderem Jordan Bardella (RN) und der Vox-Funktionär Hermann Tertsch auf. Zur zweiten Konferenz waren unter anderem die Vorsitzenden der Schwedendemokraten, Jimmie Åkesson, sowie von Vox, Santiago Abascal, geladen. Vor Beginn der Konferenz hatte Netanjahu persönlich eine Delegation der Patriots for Europe (PfE) empfangen – neben Politikern aus Frankreich (RN), Spanien (Vox) und Ungarn (Fidesz) auch den FPÖ-Europaabgeordneten Harald Vilimsky.

Vilimsky teilte noch am selben Tag mit, mit ihm sei erstmals in der Geschichte der FPÖ einer ihrer Politiker „von der israelischen Regierung“ empfangen worden. Die FPÖ steht – wie andere PfE-Parteien – in historischer Tradition zur NS-Kollaboration.

Zuletzt schlug eine Rede Wellen, die der FPÖ-Vorsitzende Herbert Kickl am 16. September auf einer Konferenz der PfE-Fraktion im Europaparlament zum Thema „Islamismus und Antisemitismus“ hielt. An der Konferenz nahmen einige Vertreter des Likud teil. Kickl behauptete dort: „Wir sind die neuen Schutzherren für jüdische Interessenlagen“ und äußerte sich positiv über die De-facto-Annexion des Westjordanlandes. Seine Rede stieß bei israelischen Regierungsmitgliedern auf Zustimmung. Während Außenminister Sa’ar die Rede begrüßte, zitierte der FPÖ-Europaabgeordnete Vilimsky Israels Diasporaminister Chikli mit der Äußerung, sie sei ein „historischer Wendepunkt im Verhältnis zwischen der FPÖ, dem Staat Israel und der jüdischen Bevölkerung“.

Enthemmte Kampagne

Israels Rechtsaußenregierung und die Regierungen Europas erhöhen den Druck auf Kräfte, die sich gegen die israelische Gewaltpolitik positionieren und damit Europas zur Zeit fast bedingungslosen Pakt mit Israel in Frage stellen. Bei diesen handelt es sich zumeist um linke oder linksliberale Kräfte, die deutliche Kritik zum Beispiel am Gazakrieg und an der De-facto-Annexion des Westjordanlandes äußern. Jüngst behauptete etwa Israels Botschafter in der Bundesrepublik, Ron Prosor, der Wahlsieg der Partei Die Linke in Berlin bringe eine „unmittelbare Existenzgefahr“ für die jüdische Community in der Hauptstadt mit sich; er müsse jede Person stark beunruhigen, der „das Fortbestehen jüdischen Lebens in dieser Stadt am Herzen liegt“. In der Partei Die Linke habe sich „völlig enthemmte[r] Antisemitismus … Bahn gebrochen“.

Ähnlich enthemmte Behauptungen sind auch von deutschen Politikern und Kommentatoren zu hören.

german-foreign-policy.com, 29.9.2026

Die BRICS-Staaten: Eine Gruppe von Erbauern, nicht von Zerstörern

Gemeinsame Ziele und starker Zusammenhalt – trotz großer Unterschiede

Als die BRIC-Gruppe (wie sie damals hieß) zum ersten Mal in Erscheinung trat, wurde sie mit Belustigung aufgenommen: eine weitere exotische Variante einer Buchstabensuppe im Zeitalter der Globalisierung. Als sie sich zu einer festeren Größe entwickelte, galt sie als „Arme-Leute-Version" eines globalen Clubs, als bescheidene Antwort auf die G7. In jüngerer Zeit wird sie – nicht zuletzt von US-Präsident Donald Trump – als potentielle Bedrohung für die Dominanz des US-Dollars gefürchtet. Im Vorfeld des BRICS-Gipfels am 12./13. September 2026 in Neu-Delhi verlagerte sich der Fokus der westlichen Medien auf die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gruppe, wobei im wesentlichen versucht wurde, sie als weniger darzustellen als die Summe ihrer Teile. All diese Fehlinterpretationen verkennen die tatsächliche Bedeutung der BRICS als frühes Modell der sich abzeichnenden multipolaren Weltordnung.

In den vergangenen rund fünf Jahrhunderten – grob gesagt, der Zeitraum der globalen Hegemonie des Westens – basierte die Weltordnung ausnahmslos auf der Vorherrschaft einer einzigen Macht (Spanien, Frankreich, Großbritannien oder Amerika) oder einer Kombination von Mächten (das Europäische Konzert, die bipolare Ordnung zwischen den USA und der Sowjetunion). Heute ist die Hegemonie einer Einzelmacht im Westen nach wie vor sehr lebendig, sei es in der NATO, bei AUKUS, in den internationalen Finanzinstitutionen oder in zahlreichen von Washington geführten Bündnissen in Asien und anderswo. Zwar entspricht die Europäische Union nicht ganz diesem Bild, doch hat sie die NATO als Fundament, und ihre Mitglieder pflegen enge – wenn auch ungleiche – Beziehungen zu den USA. Was sie zusammenhält, sind nicht nur Geopolitik und Geoökonomie. Sie teilen weitgehend eine ähnliche Weltanschauung, auch wenn liberale und konservative Ausprägungen dieser Weltanschauung gelegentlich ziemlich heftig aufeinanderprallen mögen. In ihrer Gesamtheit repräsentieren sie jedoch die westliche Zivilisation – zusammen mit einer Handvoll Verbündeter.

Die BRICS-Staaten sind ein ganz anderes Konstrukt. Ihre zehn Mitglieder sind nicht nur Länder von sehr unterschiedlichem Kaliber, was Bevölkerungsgröße, territoriale Ausdehnung, BIP-Volumen, militärische, technologische und wissenschaftliche Macht und dergleichen angeht. Ihre Geschichten sind nicht so eng miteinander verflochten wie die Europas und Nordamerikas. Ihre politischen Systeme sind äußerst vielfältig; ihre Politik – innen- und außenpolitisch – zielt in unterschiedliche Richtungen. Vor allem aber repräsentieren sie mehrere große Zivilisationen: die chinesisch-konfuzianische, die indisch-hinduistische, die islamisch-persisch-arabische, die lateinamerikanische, die afrikanische und die russische. In dieser Hinsicht sind sie alles andere als gleichgesinnt, spiegeln aber das Wesen der Menschheit wider.

Was den BRICS offensichtlich fehlt, ist ein Anführer. China, mit seinen 1,5 Milliarden Einwohnern die weltweit größte Volkswirtschaft (gemessen an der Kaufkraftparität) und weltweit führend in der Spitzentechnologie, ist nicht der Chef der Gruppe. Es ist sicherlich auch nicht Rußland, die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt (ebenfalls gemessen an der Kaufkraftparität) und neben den Vereinigten Staaten eine Atommacht. Trotz der Tatsache, daß die NATO in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen Rußland führt, versucht Moskau nicht, die BRICS in einen antiwestlichen Block zu verwandeln. Was Indien betrifft, die drittgrößte Wirtschaftsmacht, die zudem gerade China als bevölkerungsreichstes Land der Erde abgelöst hat, so unterhält es enge Beziehungen zu Amerika und Europa, während es gleichzeitig seine historischen Verbindungen zu Rußland pflegt und ausbaut und China gegenüber mißtrauisch bleibt. Der Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate stehen sich in dem andauernden Krieg, den Amerika und Israel entfesselt haben, als Gegner gegenüber.

Dennoch zerfällt die Gruppe nicht. Chinas Präsident Xi Jinping ist zum Gipfel gereist – sein erster Besuch in Indien seit sieben Jahren. Peking will Washington offensichtlich keine Gelegenheit geben, die bestehenden Probleme in den chinesisch-indischen Beziehungen zu nutzen, um Spannungen zwischen den beiden asiatischen Großmächten zu schüren. Auch wenn der Iran gegen US-Stützpunkte in der Region wettert, bemüht er sich um den Dialog mit seinen arabischen Nachbarn, um ein regionales Sicherheitskonzept für den Persischen Golf zu erörtern. Was die derzeitigen russisch-chinesischen Beziehungen seit ihrer Normalisierung im Jahr 1989 beständig und widerstandsfähig gemacht hat, ist nicht nur die Übereinstimmung einiger grundlegender Interessen, sondern ebenso die Fähigkeit Pekings und Moskaus, die Differenzen beider Länder in verschiedenen konkreten Fragen umsichtig zu handhaben.

Zwar unterscheiden sich die politischen Philosophien der BRICS-Staaten stark voneinander, doch halten sie an einer Reihe von Schlüsselprinzipien fest, die ihre Zusammenarbeit möglich und produktiv machen. Ganz oben auf der Liste steht die Souveränität. Rußland, China, Indien, der Iran und andere predigen Souveränität nicht nur, sondern verteidigen und fördern sie auch tatsächlich. Eng mit der Souveränität verbunden ist die Gleichberechtigung. Rußlands westliche Gegner versuchen seit langem, Moskau zu demütigen, indem sie es als Vasallen Pekings darstellen – so, als sei Europas Unterwürfigkeit gegenüber Amerika und Trump bloße Höflichkeit. In Wirklichkeit werden die chinesisch-russischen politischen Beziehungen jedoch auf Augenhöhe geführt. Dasselbe gilt für Rußlands Beziehungen zu allen anderen BRICS-Partnern, von Brasilien über Indonesien bis hin zu Ägypten. Souveräne Gleichberechtigung bedeutet Nichteinmischung in die Innenpolitik anderer Nationen. Dies fällt Ländern leichter, die sich nicht als Vorbilder und alleinige Hüter universeller Werte positionieren. Andere so zu akzeptieren, wie sie sind, und das Recht anderer Völker auf eigene Institutionen zu respektieren, ist eine zentrale Voraussetzung für zivilisationsübergreifende Beziehungen.

Es besteht kein Grund, die BRICS-Staaten als etwas darzustellen, was sie nicht sind. Sie sind weder ein Block noch ein Bündnis noch eine antiwestliche Koalition. Wenn überhaupt, dann bieten ihre eigenen Erfahrungen einen Einblick in eine andere Art von Weltordnung. Das ist natürlich keineswegs ein Paradies, aber es ist eine Weltordnung, in der Vielfalt gedeiht, Souveränität unantastbar ist, Unterschiede bewältigt werden können und Konsens statt Diktat herrscht. Zugegebenermaßen ist die Entscheidungsfindung dort schwierig, und Konflikte, auch gewalttätige, sind keineswegs ausgeschlossen, aber es ist eine weitaus gerechtere Ordnung als eine, in der eine Nation oder eine Gruppe anderen die Regeln für alle (außer für den Regelgeber selbst) festlegen und die Zuwiderhandelnden beurteilen und bestrafen kann.

Dmitri Trenin

Quelle: https://globalbridge.ch/, 19.9.2026

Der Autor ist Präsident des Russischen Rates für Internationale Angelegenheiten (RIAC).

Auf dem Weg zu einer Weltordnung, in der Vielfalt gedeiht, Souveränität unantastbar ist und Konsens statt Diktat herrscht

Beim jährlichen BRICS-Gipfel in Neu-Delhi einigten sich alle Vollmitglieder darauf, Sekundärsanktionen in der Erklärung von Neu-Delhi scharf zu verurteilen.

Rußland und Iran verbündeten sich auf drei Ebenen: Verurteilung des US-Krieges, Ablehnung des Sanktionsregimes als Ganzes und starker Widerstand gegen die Sekundärsanktionen.

Es oblag Präsident Putin, auf dem BRICS-Wirtschaftsforum den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Er stellte fest, Rußland sei „mehr als 30 000 Sanktionen ausgesetzt, doppelt so vielen wie alle anderen Länder der Welt zusammen“, sowie „der Drohung sogenannter Sekundärsanktionen gegen diejenigen, die nicht den Interessen anderer folgen wollen“. Er beschrieb „die Zerstörung von Pipelines, Versuche zur Blockade internationaler Schifffahrtsrouten und die Beschlagnahmung von Schiffen“.

Der iranische Präsident Pezeshkian erklärte seinerseits, daß „sie ihre Ziele nicht durch Krieg erreichen konnten und deshalb auf wirtschaftlichen Druck zurückgriffen“. Er ging sogar noch weiter als Rußland, indem er ein ständiges BRICS-Sekretariat forderte und sich mit Putin verbündete, indem er sich für einen breiteren Handel in nationalen Währungen aussprach.

Auf dem Wirtschaftsforum betonte Putin erneut, daß die BRICS-Staaten in den vergangenen fünf Jahren über 40 % der globalen Wirtschaftsleistung erwirtschaftet haben, verglichen mit 29 % für die G7. Die BRICS-Staaten – und BRICS+, einschließlich der Partnerländer – repräsentieren weit mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung.

Aus geoökonomischer Sicht rückt die Bedeutung von Zahlungen in Landeswährung wieder in den Vordergrund, da in Rupien, Rubel oder Yuan abgewickelte Geschäfte nicht von Washington blockiert werden können.

Aus geopolitischer Sicht erzielte die Erklärung des BRICS-Gipfels weitere Erfolge, indem sie die Hungersnot im Gazastreifen und die Vertreibung aus den besetzten palästinensischen Gebieten verurteilte sowie eine Reform des UN-Sicherheitsrats und des Bretton-Woods-Systems forderte (was wohl nie geschehen wird).

Aber es bleibt noch viel zu tun. Die Neue Entwicklungsbank (NDB) ist noch weit davon entfernt, das zu sein, was eine robuste, auf den Globalen Süden fokussierte Bank ausmachen sollte. Die NDB verfügt lediglich über genehmigte Projekte im Wert von rund 44 Milliarden US-Dollar, und lokale Währungen machen nur 29 % ihres aktiven Portfolios aus.

Das komplexe BRICS-Pay-Projekt ist – vorerst – noch nicht abgeschlossen. BRICS Pay wurde vor zwei Jahren auf dem wegweisenden Gipfeltreffen in Kasan vorgestellt. In Neu-Delhi unterzeichneten Rußland und Indien ein Abkommen zur Einführung des Zahlungsdienstes. Dieser ermöglicht Zahlungen zwischen Unternehmen (B2B) und zwischen Privatpersonen (C2B) direkt in den jeweiligen Landeswährungen (Rubel, Rupien, Yuan usw.) und umgeht so den US-Dollar.

Mit Blick auf die Zukunft soll BRICS Pay auch die anderen nationalen Zahlungssysteme der teilnehmenden Länder miteinander verbinden.

BRICS Pay ist eine naheliegende Antwort auf die Instrumentalisierung von SWIFT. Doch auch hier ist der Weg noch weit. Die Vorstellung, daß Touristen mit einer Karte ihrer Heimatbank in einem anderen BRICS-Land bezahlen können, ohne Gebühren über das Dollar-System zu entrichten – und damit das US-Finanzministerium zu umgehen – ist allerdings verlockend.

Und nächstes Jahr ist China Gastgeber der BRICS-Konferenz. Präsident Xi stellte unmißverständlich klar: China und Indien sind Partner, keine Rivalen. Und wieder einmal fiel die Aufgabe, die Ausgestaltung einer verantwortungsvollen multilateralen Regierungsführung zu definieren, Xi zu – vom Aufbau alternativer Finanzinfrastrukturen bis hin zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit. Fernab vom Wahnsinn des Krieges zeigt sich hier die wahre Stärke der BRICS-Staaten: als Gruppe von Erbauern, nicht von Zerstörern.

Schon in Neu-Delhi schlug Xi fünf konkrete Initiativen zur Vertiefung der BRICS-Kooperation vor. Diese reichen von Chinas Vorreiterrolle beim Aufbau einer Open-Source-KI-Community innerhalb der BRICS-Staaten bis hin zur Gründung eines BRICS-Verbandes von Sonderwirtschaftszonen. China wird im nächsten Jahr ein BRICS-Forum zum Dienstleistungshandel ausrichten.

Hinzu kommt die Zusammenarbeit im Bereich der Digitalwirtschaft: Peking möchte eine Cloud-Plattform für das digitale System der BRICS-Staaten errichten, die unter anderem Schulungen zu digitalen Kompetenzen, Technologieaustausch und die Harmonisierung der Industrie umfasst. Im Bereich der intelligenten Fertigung ist China bereit, andere BRICS-Mitglieder beim Aufbau intelligenter Fabriken sowie bei der Entwicklung von Standards und Vorschriften zu unterstützen. Im Bereich Wissenschaft und Technologie schlägt China die Gründung einer BRICS-Ingenieurausbildungsallianz vor, um Ingenieure gemeinsam auszubilden und Kompetenzstandards gegenseitig anzuerkennen. Ziel ist die Ausbildung einer großen Anzahl hochqualifizierter Fachkräfte.

Umgangssprachlich ausgedrückt: Am Ende eines turbulenten Tages hatte der „Große Panda“ einmal mehr die Oberhand.

Pepe Escobar

Quelle: geopoliticsprime.substack.com, 14.9.2026

Der Autor ist ein brasilianischer Journalist und Auslandskorrespondent.

Eine Alternative zum monopolaren System der internationalen Beziehungen

Die wichtigsten Ergebnisse dieses BRICS-Forums in Neu-Delhi sind:

Der BRICS-Block hat damit begonnen, eigene Zahlungsmechanismen und -infrastrukturen aufzubauen, insbesondere eine von SWIFT und dem US-Dollar unabhängige digitale Zentralbankwährung. Dieser Prozeß sollte als ein Element einer groß angelegten Transformation des globalen Finanzsystems betrachtet werden.

Zwischen Rußland, Indien und China entsteht ein langfristiger strategischer Rahmen für die Beziehungen; diese Beziehungen können den BRICS-Mitgliedstaaten als Vorbild dienen, wie gemeinsame Herausforderungen bewältigt und interne Unstimmigkeiten innerhalb der BRICS-Gruppe verhindert werden können.

Es ist möglich, daß Indien als wichtiger Vermittler bei der Beilegung von Differenzen zwischen anderen BRICS-Mitgliedern, insbesondere dem Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten, fungieren könnte.

Die BRICS prägen weiterhin die Konturen einer neuen, gerechten und demokratischen Weltordnung – eine Vision, die das explosive Wachstum des Blocks im Jahr 2024 vorangetrieben hat. Während die BRICS dazu beitragen, das unipolare globale Modell abzubauen, helfen sie der Welt gleichzeitig, die vom Westen ausgelöste Unruhe zu überstehen, indem sie

Handelsbeziehungen in den Vordergrund stellen, die in diesen turbulenten Zeiten als stabilisierender Faktor wirken.
Präsident Putin sagte auf dem Gipfel: „Der Schwerpunkt der Weltwirtschaft hat sich verlagert, und die Zahlen [...] spiegeln objektiv die Realität wider. [...] Derzeit finden grundlegende Veränderungen in der Geopolitik statt. [...] Das unipolare System der internationalen Beziehungen, das einer kleinen Gruppe von Ländern diente, gehört zunehmend der Vergangenheit an. Das Kräfteverhältnis verschiebt sich zugunsten neuer Wachstumszentren im globalen Süden und Osten. Immer mehr Staaten verkünden lautstark, daß sie ihre eigenen nationalen Interessen schützen werden. Und gleichzeitig sind sie bereit, sich an der Lösung globaler Probleme zu beteiligen."

Resümierend läßt sich sagen:

Die BRICS bilden eine neue, nachhaltige Plattform für globales Wachstum. Die BRICS sind bislang das einzige Format, das eine Alternative zu dem vom kollektiven Westen geförderten System der internationalen Beziehungen bieten kann.

Alexander Kouzminov

Quelle: globalbridge.ch, 21.9.2026

Der Autor ist ein in Neuseeland wohnender russischer Biowissenschaftler und Umweltexperte.

Zusammengefaßt und redaktionell gekürzt:
Klaus Kleinmann

Ein Besuch in Rußland

Die US-Analysten Larry Johnson und John Mearsheimer reisten im September mit der Absicht nach Rußland, um die Stimmung nach den Duma-Wahlen und den ukrainischen Angriffen auf Rußland und umgekehrt sowie die Beendigungsmöglichkeiten des eskalierenden Konflikts vor Ort auszuloten. Was erfuhren sie vor Ort?
Die Wirtschaft Rußlands (RF) und besonders die Arbeit des MIK (militärisch-industrieller Komplex) funktionieren stabil (1,5–2 % Wachstum). Es gibt kaum systemschwächende soziale Verwerfungen im Lande. Die Mehrheit der Bürger steht hinter der Partei Einheitliches Rußland (über 66 %) und Putin (über 80 %). Die reformierten Streitkräfte des Landes und die neuen Führungskräfte sowie die neu eingeführten Waffen führten zur Beschleunigung ihrer Offensiven sowie zur Befreiung größerer Territorien in der Ukraine. Die russische Armee demonstrierte auch, daß sie viel schneller und massenhafter militär-technologische Neuheiten in die Truppe einführen kann, als es der kollektive Westen in der Ukraine vermag. So erreichte die RF mit den Düsendrohnen die Luftüberlegenheit und das zu einem Preis, der im Westen nicht annähernd erreicht wird.
Das trifft auch auf die Luftverteidigung der RF zu, die mit einem Einsatz von nur 200 neuesten Drohnen (Geschwindigkeit bis 800 km/h, höherer Reichweite, leistungsfähigeren Gefechtsköpfen) eine größere Wirkung auf die Ukraine als letztere mit ihren ca. 2000 Drohnen und Raketen auf ganz Westrußland hat und das mit viel effizienterer Ökonomie.
Nicht mehr zu übersehen ist, daß die ständig schwächer werdende und fast vollständig vom Westen abhängige Ukraine mit ihrer stark unterversorgten und leistungsverminderten Luftverteidigung viel schwerer unter den Vergeltungsangriffen Rußlands leidet, als umgekehrt und daß die ukrainische Großindustrie fast vollständig kollabiert ist. Der Landwirtschaft stehen kaum noch Exporttrassen zur Verfügung, was zwar auch für die RF zutrifft, diese aber nur in geringerem Maße tangiert.
Die meisten Schäden in den getroffenen Betrieben der RF werden relativ schnell repariert (1 bis 3 Monate). Im Gegensatz dazu lassen die von der Ukraine durchgelassenen Drohnen, Bomben und Raketen wenig von den meist genau getroffenen militärisch relevanten Zielen übrig.
Diese militärischen Erfolge der russischen Streitkräfte sind in bedeutendem Maße dank des hohen technologischen Entwicklungsstandes des MIK und des hohen Ausbildungsstandes der Soldaten erzielt worden.
Das Verbreiten dieser Erkenntnisse in Medien der USA könnte zu einer realistischeren Sicht der Bürger des Landes bei den anstehenden Wahlen beitragen.

Gerhard Giese



„SUNSET FOR EVER

Herbst 2026

**Wissenschaftler haben errechnet:
Noch fünf Milliarden
Jahre – dann wird unsere bisher lebenspendende Sonne
unser Erdballdasein für immer beendet haben.**

**Demnach nicht schon übermorgen.
Fort mit arg verfrühten Sorgen.
Dennoch ein Ergebnisbild.
Ist die Neugier dann gestillt?**

**Nobel eingerahmtes Schwarz.
Phantasie schenkt Duft nach Harz.
Zweifel macht sich quälend breit:
Zukunft webt am Totenkleid.**

Lutz Jahoda

25 Jahre Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit

Anläßlich des 25jährigen Jubiläums der Gründung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) kamen die Staatschefs der Mitgliedsstaaten zu einer Sitzung des Rates der Staatschefs zusammen, um ihr Bekenntnis zur Wahrung der Ziele und Grundsätze der SOZ-Charta, zur weiteren Stärkung der guten Nachbarschaft und Freundschaft sowie zur Umsetzung einer umfassenden und effizienten Zusammenarbeit zu bekräftigen. Sie verabschiedeten folgende Erklärung (Auszug):

Die Mitgliedsstaaten betonen,

- daß die SOZ eine nichtmilitärisch-politische Organisation ist, die sich nicht gegen ein bestimmtes Land oder eine internationale Organisation richtet und nach den Grundsätzen der Offenheit, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Respekts arbeitet;
- daß es für die SOZ zur Wahrung des Friedens, zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und zur Stärkung der kulturellen Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung ist, den Dialog mit den Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen zu intensivieren;
- daß die globale Geopolitik einen tiefgreifenden Wandel durchläuft, der mit tiefgreifenden Veränderungen in der wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Entwicklung einhergeht. Derzeit bleibt die internationale Lage komplex, geprägt von anhaltenden Konflikten, großen Herausforderungen in den Bereichen Energie- und Ernährungssicherheit, Schwankungen auf den globalen Märkten sowie zunehmend gravierenden Auswirkungen des Klimawandels;
- die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten anerkannten Grundsätze und Normen des Völkerrechts zu wahren und die Rolle der Vereinten Nationen bei der Wahrung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit, der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung sowie beim Aufbau einer repräsentativeren, demokratischeren und gerechteren multipolaren Welt zu stärken;
- die Zusammenarbeit im Rahmen der SOZ zu vertiefen, um die Grundlage für den Aufbau einer gleichberechtigten und unteilbaren Sicherheit in der eurasischen Region zu schaffen;
- daß die Förderung des Aufbaus einer neuen Art internationaler Beziehungen und einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit auf der Grundlage von gegenseitigem Respekt, Fairness, Gerechtigkeit und Win-win-Zusammenarbeit sowie die Führung eines Dialogs auf der Grundlage des Konzepts „Eine Erde, ein Zuhause, eine Zukunft“ von großer praktischer Bedeutung sind;
- daß eine einseitige und bedingungslose Stärkung des globalen Raketenabwehrsystems durch einzelne Länder oder Ländergruppen die internationale Sicherheit und Stabilität gefährdet und daß das Streben nach eigener Sicherheit auf Kosten anderer Länder inakzeptabel ist;
- ihre Besorgnis über die wachsenden Bedrohungen im Bereich der Informationssicherheit und sprachen sich entschieden gegen die Militarisierung der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie gegen Bedrohungen für die Sicherheit kritischer Informationsinfrastrukturen aus;
- die Notwendigkeit, sicherzustellen, daß KI-Technologie sicher und verantwortungsbewußt eingesetzt wird und daß der Mißbrauch von KI-Technologie weder dazu dienen darf, Menschenleben und Gesundheit vorsätzlich zu gefährden, noch die nationale Souveränität, Sicherheit oder territoriale Integrität zu beeinträchtigen;
- die Notwendigkeit der Einhaltung der Bestimmungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV, 1. Juli 1968). Sie fördern umfassend und ausgewogen die Umsetzung seiner Ziele und Grundsätze, treiben den globalen Prozeß der nuklearen Abrüstung voran, festigen das globale System der nuklearen Nichtverbreitung und erklären, daß die Erforschung, Erzeugung und Nutzung von Kernenergie zu friedlichen Zwecken ein unveräußerliches Recht aller Länder ist und daß eine gleichberechtigte und nachhaltige, für alle Seiten vorteilhafte internationale Zusammenarbeit ohne Diskriminierung stattfinden sollte;
- ihre tiefe Besorgnis über die Entwicklungen im Nahen Osten und rund um die Islamische Republik Iran und bekräftigten die Verurteilung der SOZ hinsichtlich der Militärschläge auf iranischem Territorium, die zu hohen zivilen Opfern und schwerwiegenden wirtschaftlichen Schäden geführt haben;
- daß Frieden und Stabilität im Nahen Osten nur durch eine umfassende und gerechte Lösung der Palästina-Frage erreicht werden können;
- daß die Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien vertieft, die regelmäßigen gemeinsamen Anti-Terror-Übungen im Rahmen der „Peace Mission“ fortgesetzt und weitere pragmatische Kooperationen im Verteidigungsbereich durchgeführt werden sollten, um Frieden und Sicherheit in der SOZ-Region zu festigen;
- daß die SOZ-Region eine führende Rolle in der Weltwirtschaft und bei der Gewährleistung einer globalen nachhaltigen Entwicklung spielt, sich für weitere Reformen und Verbesserungen des globalen Systems der Wirtschaftssteuerung einsetzt und ein offenes, transparentes, faires, inklusives und diskriminierungsfreies multilaterales Handelssystem auf der Grundlage international anerkannter Grundsätze und Regeln entschlossen verteidigen und stärken wird, um die weltweite wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, einen fairen Marktzugang zu gewährleisten und Entwicklungsländern eine besondere und differenzierte Behandlung zu gewähren;
- ihre Ablehnung einseitiger Zwangsmaßnahmen, die gegen die Charta der Vereinten Nationen, andere völkerrechtliche Normen sowie die Grundsätze und Regeln der WTO verstoßen. Solche Praktiken untergraben die internationale Sicherheit in Bereichen wie Ernährung, Energie und humanitären Angelegenheiten und wirken sich auf die Weltwirtschaft aus.

Die Republik Belarus, die Islamische Republik Iran, die Republik Kasachstan, die Kirgisische Republik, die Islamische Republik Pakistan, die Russische Föderation, die Republik Tadschikistan und die Republik Usbekistan bekräftigen ihre Unterstützung für die gemeinsame Umsetzung der „Belt and Road“-Initiative durch die Volksrepublik China und bekundeten ihr Bekenntnis zu den Bemühungen aller Parteien, die Initiative gemeinsam umzusetzen, einschließlich der Förderung der Abstimmung der „Belt and Road“-Initiative mit dem Aufbau der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Die Mitgliedsstaaten unterstützen die Reform internationaler Finanzinstitutionen, um die Vertretung und das Mitspracherecht der Entwicklungsländer in den Leitungsgremien internationaler Finanzinstitutionen wie der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und des Internationalen Währungsfonds zu stärken.

Sie werden den pragmatischen Dialog über die Stärkung der finanziellen Zusammenarbeit im Rahmen des SOZ-Interbankenkonsortiums fortsetzen. Die Mitgliedsstaaten setzen sich für eine rasche Lösung der Frage des Beitritts zugelassener iranischer Banken zum SOZ-Interbankenkonsortium ein.

Die Mitgliedsstaaten bekräftigen die Universalität, Unteilbarkeit, gegenseitige Abhängigkeit und Verflechtung der Menschenrechte, achten die Menschenrechte und Grundfreiheiten, lehnen Doppelstandards in Menschenrechtsfragen ab und wenden sich gegen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder unter dem Vorwand des Schutzes der Menschenrechte.

Aus: Zeit-Fragen, Nr. 19, 15.9.2026

Was die extreme Rechte in Lateinamerika so stark macht

In Brasilien fanden am 4. Oktober Präsidentschaftswahlen statt, in deren Ergebnis der bisherige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva rund 45 % erhielt und sein Konkurrent Flávio Bolsonaro etwa 47 %, womit beide Kandidaten die 50-%-Marke verfehlten. Die Wahl geht damit in die zweite Runde, die am 25. Oktober 2026 stattfinden wird.
Vor dem Hintergrund eines möglichen Wahlsieges von Flávio Bolsonaro geht die Bedeutung dieser Wahl über Brasilien, die größte Volkswirtschaft der Region, hinaus. Innenpolitisch könnte die Rückkehr der ultrarechten politischen Kräfte an die Regierung das Land um Jahrzehnte zurückwerfen.
(Die Red. – 15.10.2026)

Ein Beitrag von ***Álvaro García Linera***

Auf dem lateinamerikanischen Kontinent schreitet die reaktionäre Welle weiter voran. So haben z.B. Argentinien, Chile, Kolumbien, Bolivien, Peru, Ecuador, Paraguay, El Salvador, Honduras, Panama usw. bereits autoritäre rechtsextreme Regierungen gewählt, auch wenn teilweise in Stichwahlen und mit knapper Mehrheit. Dabei handelt es sich um Regierungen, die eine Bevölkerungsstimmung der Feindseligkeit und der politischen Aggressivität zum Ausdruck bringen.

Es ist nicht dieselbe traditionelle liberale oder „republikanische“ Rechte, die den triumphierenden Neoliberalismus der 80er Jahre prägte. Damals prophezeite die Rechte eine universelle und endgültige Bestimmung der Menschheit, die auf dem freien Markt, der Globalisierung, dem Multikulturalismus und dem schlanken Staat beruhte.

Die extreme Rechte von heute verspricht keine Zukunft auf der Grundlage der Märkte, sondern eine apokalyptische Säuberung von den Gottlosen, die sich den „natürlichen“ Hierarchien widersetzen: Besitzende gegen Besitzlose, Mann über der Frau, „weiße“ Hautfarbe über alle anderen people of colour und der Reiche über den Armen. Sie propagiert einen „heiligen Krieg“ gegen den Kommunismus, gegen Migranten, gegen Menschenrechte und gegen das Gemeinwohl. Für die extreme Rechte gibt es kein Paradies, das es zu erreichen gilt, sondern die Glut eines Armageddons. Während die knappen Güter an Raum, Wasser, Brennstoff und Natur auf einige wenige „Gewinner“ verteilt werden, wird der Rest der Verlierer ins Höllenfeuer geworfen.

Im Gegensatz zu früheren Phasen des Aufstiegs der extremen Rechten in Lateinamerika, die jeweils 30 Jahre andauerten, stützen sich die aktuellen Kräfte jedoch auf ein kurzsichtiges Gesellschaftsprojekt, das wirtschaftlich gesehen den weltweiten Trends zuwiderläuft.

Die rechtsextremen Regierungen Lateinamerikas klammern sich anachronistisch an die Vorstellung nach einem längst untergegangenen Globalismus des freien Marktes. Sie verhängen brutale Sparmaßnahmen in der Hoffnung auf ausländische Direktinvestitionen, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln sollen.

Doch die Welt im Jahr 2026 ist nicht mehr die von 1995, als die ausländischen Direktinvestitionen weltweit anstiegen und die Entwicklungsländer dank der Privatisierung staatlicher Unternehmen und ihrer geschützten Märkte hohe Gewinnmargen boten. Heute gibt es keine großen Unternehmen mehr, die privatisiert werden könnten, und die Auslandsdirektinvestitionen haben an Bedeutung verloren. Dies zeigt ihr schrumpfender Anteil am weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den letzten Jahrzehnten. Zwar gibt es nach wie vor ausländische Investoren, aber sie gehen selektiver vor. Sie investieren in große Märkte (Brasilien, Mexiko), während sie aus den übrigen Ländern hauptsächlich Rohstoffe und Energie beziehen.

Dieses düstere Szenario zeigt sich auch bei den öffentlichen und privaten Investitionen in den Ländern, die von der extremen Rechten regiert werden. Die Senkungen der öffentlichen Ausgaben und Steuern für Reiche sowie die Privatisierung der noch verbliebenen staatlichen Betriebe stellen keinerlei frische Kapitalzufuhr für die Wirtschaft dar. Es handelt sich lediglich um Formen eines räuberischen Ausbeutungsmodells öffentlicher Ressourcen, um diese in private Hände zu überführen. Das Ergebnis ist eine strukturell stagnierende Wirtschaft mit hoher Prekarität, die keine Ausweitung des allgemeinen Wohlstands in Gang setzt und daher dazu neigt, immer wieder intensive Zyklen sozialer Unruhen hervorzubringen.

Doch wenn diese extreme Rechte kein hoffnungsvolles Wirtschaftsprogramm vorlegen kann, wieso verfügt sie dann trotzdem über eine beträchtliche Wählerschaft?

Eine Ursache ist sicherlich die Enttäuschung über die progressiven Kräfte, die die Wirtschaftskrise (Inflation, Versorgungsengpässe, Rezession) nicht überwinden konnten. Doch diese Erklärung allein reicht nicht aus. Die radikale Rechte zieht mit zwei Schwertern ins Feld, die ihre hohen Zustimmungswerte erklären: Zum einen ist es das Versprechen, einige der wichtigsten Gründe der Wirtschaftskrise zu bekämpfen, und zum anderen das Versprechen, den von der Krise Geschädigten moralische Wiedergutmachung widerfahren zu lassen.

Das erste Schwert zerfällt rasch und unwiderruflich; das zweite jedoch wird mit feuriger Geschicklichkeit geschwungen. Der rachsüchtige Haß der neuen Staatsräson gegen Menschenrechte, Migranten, Linke, Kommunisten, die Kirchneristen, Indigene, Feministinnen oder jeden Anflug von sozialer Gleichheit spielt die Rolle einer kollektiven Buße, die vom gescheiterten Wohlstandsversprechen ablenkt. Wenn es schon keine glückliche Zukunft gibt, dann soll es wenigstens das Vergnügen an der Grausamkeit geben. Opfer sind diejenigen, die sich als unversöhnlich anders betrachten. Diese moralische Perversion der Hoffnung zerreißt das soziale Gefüge. Und auch wenn sie nur von kurzer Dauer ist, werden ihre Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt lange anhalten. Man kann ihr nicht allein mit umgekehrter Wut begegnen. Auch wenn in Krisenzeiten eine Personifizierung der Schuldigen für soziale Mißstände notwendig ist – nur daß sie sich in diesem Fall auf eine winzige Minderheit der Mächtigen konzentriert –, ist vor allem eine mutige Wiederherstellung einer glaubwürdigen Hoffnung auf ein produktivistisches und auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtetes Projekt erforderlich. Dieses Projekt muß in der Lage sein, die Fundamente der verkommenen wirtschaftlichen und mentalen Strukturen zu erschüttern. Denn damit die Linke wieder eine historische Chance erhält, darf sie nicht einfach nur versuchen, die Bedingungen der Stagnation und des Desasters zu verwalten.

Redaktionell gekürzt

Quelle: https://amerika21.de

Álvaro García Linera ist ein bolivianischer Soziologe, Mathematiker und linker Politiker, der von 2006 bis 2019 als Vizepräsident unter der Regierung des Movimiento al Socialismo (MAS) mit Präsident Evo Morales amtierte. Er gilt als einer der wichtigsten Intellektuellen und Theoretiker des modernen lateinamerikanischen Sozialismus sowie der indigenen-sozialen Bewegungen.

„Remigration“

Von denen mit den blauen Fahnen wird immer heftiger die Forderung durchs Land getragen, Fremdes dorthin zurückzuschicken, wo es herkam. Hinzuzufügen wäre noch, daß diese Forderung bereits von solchen mit schwarzen, grünen oder roten Fahnen aufgebracht worden war, als ihnen der Ruf nach der Unteilbarkeit der Menschenrechte zu abgenutzt erschienen war. Schließlich waren ja diejenigen von der Bildfläche verschwunden, denen man mit dem Ruf nach den unveräußerlichen Rechten der Menschen (die man selbst nur sehr eingeschränkt gewährte), ordentlich in der Nase bohren konnte.

An Fakten orientiert sich der Ruf nach der Remigration wenig. Leidenschaften wollen bedient sein, und die Akteure tun das mit größter Leidenschaft. Das verfängt in einer Welt der „alternativen Fakten“ bei nicht wenigen. Daß der Ruf nach der Rückführung von Migranten die Basis der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zerstören könnte, scheint den meisten gar nicht bewußt. In der jW vom 29. 9. 2026 schreibt Mirko Knoche „Wer Essen kocht, Fliesen legt oder Gerüststangen hievt, um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen, hat mehrheitlich eine Migrationsgeschichte ... Im Durchschnitt aller Erwerbstätigen haben mit 27 Prozent mehr als ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Deutschland eine Einwanderungsgeschichte.“

Unter Bus- und Straßenbahnfahrern sowie Kellnern machen Migranten 47 Prozent der Beschäftigten aus. In der Kunststoff- und Kautschukindustrie sind es 44 Prozent, bei LKW-Fahrern 41 Prozent und im Hotelservice 40 Prozent. Jede dritte Pflegekraft ist hierzulande migrantisch.

Den Remigrierern ist absolut unklar, wie heftig sie mit ihren populistischen Forderungen das normale Funktionieren des Landes unter Beschuß nehmen. Den Anhängern alternativer Wahrheiten ist auch völlig egal, wie die Situation bei der Integration von Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt wirklich ist. Fleißig stricken sie an der Mär von denen, die nur deshalb ins Land kommen, um sich in die hier angeblich existierende soziale Hängematte zu fläzen. Daten des Statistischen Bundesamtes belegen, daß von männlichen europäischen Migranten, die in den letzten fünf Jahren nach Deutschland kamen, 89 Prozent indes eine Arbeit aufgenommen haben. Bei den Frauen sind es 73 Prozent. Afrikanische Männer arbeiten zu 79 Prozent innerhalb der ersten fünf Jahre nach ihrer Ankunft im Lande, afrikanische Frauen zu 47 Prozent. Bei Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten liegen diese Werte niedriger. Leben sie dagegen bereits zwischen 20 und 25 Jahren hier, sind die Männer zu 87 Prozent und die Frauen zu 79 Prozent berufstätig.

Die Wahrheit ist: Harte Arbeit wird hierzulande immer häufiger von Einwanderern verrichtet. Wer daran zweifelt, darf sich ruhig einmal auf den Baustellen im Lande und an vielen anderen Orten umsehen, wo schweißtreibend gearbeitet werden muß.

Zudem sind Migranten zunehmend auch als Fachkräfte gefragt. Nicht zuletzt deshalb wurde in den letzten Jahren immer wieder darauf verwiesen, welchen Aderlaß das deutsche Gesundheitswesen erleiden würde, würden beispielsweise die hochqualifizierten syrischen Ärzte unser Land verlassen und in ihre Heimat zurückkehren. Gerade noch beherrschten die Meldungen über den Fachkräftemangel die Nachrichten, da machen sich die Remigrierer daran, genau diesen Mangel zu verstärken. Daß sie auch willige Kräfte aus Engpaßberufen verunsichern, in die diese gerade erst mühevoll hereingeholt wurden, scheint völlig egal zu sein. Vielleicht ist es eine bemerkenswerte Tatsache, daß sich nicht unerhebliche wirtschaftliche Akteure in ihrem Streben nach Profit durch die Blauen deutlich eingeengt fühlen könnten. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten schaffen folglich Raum für Allianzen, die wir lange nicht für möglich gehalten haben: Den Remigrierern kräftig Sand ins Getriebe zu streuen, kann man auch gemeinsam mit Teilen des einheimischen Kapitals. Wir sollten uns die Chance nicht entgehen lassen, darüber intensiv weiter nachzudenken, daß deren wirtschaftliche und politische Kraft unseren Kampf für die Behandlung der Menschen als Menschen verstärken kann. Denn in diesem Kampf zählen nicht nur Argumente und Menschlichkeit, in ihm zählen auch wirtschaftliche Interessen, Einfluß und Macht.

Achim Seider

Nach: jW, 29.9.2026, S. 5 „Migranten als Fachkräfte gefragt“

Staatsräson in Gesetzesform

Existenzrecht Israels

Die hessische Landesregierung macht weiter Druck, um die Leugnung des Existenzrechts Israels unter Strafe zu stellen. Am 6. Oktober präsentierte sie in Berlin ein Rechtsgutachten, das verfassungsrechtliche Bedenken der Bundesregierung ausräumen soll. Im Sommer hatte der Bundesrat auf Initiative Hessens einen Gesetzentwurf zur Erweiterung des Volksverhetzungsparagraphen auf den Weg gebracht. Demnach soll mit Haft bis zu fünf Jahren bestraft werden, wer öffentlich oder in einer Versammlung das Existenzrecht Israels leugnet oder zur Beseitigung des Staates aufruft. Die Einschränkung, „wenn es in einer Weise geschieht, die die Bereitschaft zu antisemitischen Gewalt- oder Willkürmaßnahmen fordert“, öffnet dabei behördlicher Willkür Tür und Tor. Ziel sei es, den Behörden eine Handhabe zu geben, um entsprechende Versammlungen zu verbieten oder mit Auflagen zu versehen, machte Hessens Justizminister Christian Heinz am 5.10. deutlich, daß es um die Einschränkung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit geht. Der Vorstoß richtet sich gegen die Solidaritätsbewegung mit Palästina sowie in der Konsequenz gegen alle, die die deutsche Waffenhilfe beim Genozid in Gaza anprangern. Hessens Ministerpräsident Boris Rhein preist den Gesetzentwurf als ein „Signal an alle Jüdinnen und Juden in unserem Land: Der Staat schaut nicht weg. Wir stehen an eurer Seite.“ Die damit vorgenommene Identifikation von Juden in Deutschland mit dem Staat Israel reproduziert selbst antisemitische Stereotype. Ignoriert wird zudem die Vielfalt jüdischen Lebens, die der hessischen Landesregierung offenbar ein Dorn im Auge ist. So fordert deren christlicher Beauftragter für jüdisches Leben, Uwe Becker, ein Verbot der antizionistischen Vereinigung „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. Ganz grundsätzlich: So etwas wie ein Existenzrecht von Staaten kennt das internationale Recht gar nicht. Die hessische Initiative erscheint damit als Versuch, die deutsche Staatsräson in Gesetzesform zu gießen. Mit der Staatsräson verhält es sich freilich wie mit dem Existenzrecht im Völkerrecht. Es handelt sich um einen politischen Begriff, nicht um eine eigenständige verfassungsrechtliche Kategorie. Politischer Wille kann aus einer solchen Chimäre dennoch sehr wohl staatliche Praxis machen – zu Lasten von demokratischen Rechten und Freiheiten.

Nick Brauns

Aus: Junge Welt, 6.10.2026

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor aus Wrocław, Mitglied unseres Autorenkreises, meldet sich zu Wort

Die sehr interessanten Beiträge im „RotFuchs“ sind nicht nur für Marxisten, Linke und die Friedenskräfte in Deutschland von Bedeutung. Auch für uns in Polen sind sie wichtig. Ich propagiere ständig Eure Zeitschrift unter fortschrittlichen Menschen in unserem Land. Eure zahlreichen Artikel zu politisch-ideologischen Fragen unserer Zeit und die Beiträge zu theoretischen Grundpositionen unserer marxistisch-leninistischen Theorie finden hier großen Anklang. Besten Dank dafür.

In Polen vertieft sich seit dem Sieg der Konterrevolution Ende 1989 mit dem Einzug des Kapitalismus die wirtschaftliche, soziale und politische Krise, was sich in der totalen Zerstörung der polnischen Industrie, der Vernichtung von fünf Millionen Arbeitsplätzen, der Massenarbeitslosigkeit und Emigration, des Handelsmarktes u.a. zeigt. Die polnische Ökonomie befindet sich in den Händen des großen EU- und USA-Kapitals. Aktuell entbrennt gerade ein Kampf um die polnische Landwirtschaft.

Die Arbeiterklasse wurde durch die reaktionäre „Solidarność“-Gewerkschaft zur Verhandlungsmasse des internationalen Kapitals. Eine wichtige Rolle spielten hierbei lange Jahre nicht nur Walesa und andere reaktionäre Anführer der „Solidarnośc“, aber auch opportunistische Teile der früheren Leitung der PVAP und ihre reformistischen konterrevolutionären Anführer, die späteren „Neuen Sozialdemokraten“. Natürlich saß in diesem Orchester auch die katholische Kirche, und zwar in der ersten Reihe, wie das seinerzeitige Agieren des polnischen Papstes Johannes Paulus II. und vieler anderer zeigt.

Die historische Entwicklung Volkspolens wurde und wird systematisch verfälscht, was dazu beiträgt, daß sich die Arbeiterklasse und die gesamte Bevölkerung, die sich unter religiösem Einfluß der katholischen Kirche befindet, in einer großen politisch-ideologischen Krise befindet. Ihre wirtschaftliche, soziale und gesundheitsmedizinische Lage muß als dramatisch bezeichnet werden. In der wachsenden Gruppe der Arbeitslosen nimmt die Unzufriedenheit zu. Immer mehr versuchen in der Emigration in den „Westen“, also praktisch in die West-EU-Länder, ihr „Glück“.

Die Gewerkschaften sind nach wie vor zersplittert und deswegen schwach und unfähig zu neuen Klassenkämpfen. Die polnischen Kommunisten (KPP) bleiben bis heute ohne Recht (delegalisiert vom polnischen Verfassungsgerichtshof).

Die Medien gehören Fremden, insbesondere dem US-Kapital.

Seit Jahrzenten regieren in Polen zwei Gruppen des großen Kapitals. Die einen gruppieren sich um die Liberalen unter Leitung von Donald Tusk und die anderen, reaktionären „patriotischen“ Kräfte (Recht und Gerechtigkeit) um Jaroslav Kaczynski als Anführer. Die katholische Kirche unterstützt offiziell keine Partei, aber de facto steht sie Kaczyński und Konsorten nahe.

International befindet sich Polen unter der Herrschaft der EU, der USA und der NATO und spielt eine reaktionäre und teilweise Vorreiterrolle im Krieg in der Ukraine.

Es erstarken die militärischen Kräfte (von außen unterstützt durch die NATO), die Polen direkt zum Krieg gegen Rußland treiben wollen, was eine kriminelle und gefährliche Situation für die Souveränität und sogar für die Unabhängigkeit Polens darstellt.

Die Bevölkerung wird Tag für Tag auf Krieg eingestimmt, der angeblich aus dem Osten (Moskau) nach Polen kommen soll. Dieses Argument wird für immer höhere Rüstungausgaben (mehr als 5 % des BSP) mißbraucht. Das staatliche Defizit wächst immer weiter, was die Gefahr eines Staatsbankrotts heraufbeschwört. Es zeichnet sich eine schwarze Perspektive nicht nur für den Staat, sondern für die ganze Nation ab.

Das Wachsen der rechts-nationalistischen Kräfte in Deutschland unter Leitung der AfD wird von fortschrittlichen Kräften in Polen mit Besorgnis registriert.

Die Verlierer des Zweiten Weltkriegs fordern ihre Revanche

Für die „Militaristen“ hat Japan den Krieg nie verloren

Die japanische Ministerpräsidentin Sanae Takaichi ist eine treue Anhängerin des Kaisers. Jeden 15. August, dem Jahrestag der Kapitulation, besucht sie den Yasukuni-Schrein. Dort werden all jene geehrt, die während des „Fünfzehnjährigen Krieges“, also der Invasion des Fernen Ostens und des Zweiten Weltkriegs, ihr Leben für den Kaiser gegeben haben. Sie pflegt, an den Gräbern von Verbrechern gegen die Menschlichkeit in Andacht zu verharren, was ihr seit ihrem Amtsantritt als Ministerpräsidentin gesetzlich untersagt ist.

Da sie dieses Jahr nicht kommen konnte, hat sie daher Gaben geschickt. Vier ihrer Minister und etwa 150 Abgeordnete haben sich dorthin begeben.

Für sie haben die Verbrechen der kaiserlichen Armee nie stattgefunden. Es handelt sich lediglich um Desinformationskampagnen der Feinde Japans. Doch die Koreaner und Chinesen haben andere Erinnerungen: Die kaiserliche Armee behandelte alle, die die Göttlichkeit des Kaisers nicht anerkannten, wie Untermenschen. Die japanischen Wehrpflichtigen lernten, diese Menschen zu massakrieren und zu foltern, und wer die Teilnahme an den Massakern verweigerte, wurde schwer geschlagen. In Nanking wurden 100 000 Frauen und Kinder vergewaltigt und zur Befriedigung der Soldaten des Kaisers versklavt; anschließend wurden 300 000 Menschen massakriert. In Korea führte die Einheit 731 Vivisektionen an Gefangenen ohne Betäubung durch – Verbrechen, die Dr. Mengele in Auschwitz inspirierten.

Die gleichen Verbrechen wiederholten sich in Singapur, Malaysia, Indochina und Thailand, auch wenn die Bevölkerung daran keine so prägenden Erinnerungen hat wie in Korea und China.

Die japanischen Militaristen versuchen nicht, ihre Verbrechen zu wiederholen. Sie wissen sehr wohl, daß sie in der heutigen Zeit keine Verehrung für einen Kaiser einfordern können, der anerkannt hat, kein Gott mehr zu sein. Aber sie rüsten ihr Land wieder auf. Anläßlich des Gedenkens an die Massaker von Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August unterließ es Frau Takaichi, daran zu erinnern, daß diese von den Vereinigten Staaten unter Präsident Harry Truman verübt worden waren. Ebenso zeigte sie – im Gegensatz zu ihren Vorgängern – weder Reue noch entschuldigte sie sich in irgendeiner Weise für die Verantwortung Japans im Zweiten Weltkrieg.

Japan hat seine Niederlage von 1945 erst mit der Erklärung des sozialistischen Premierministers Tomiichi Murayama anläßlich des 50. Jahrestags des Ereignisses am 15. August 1995 anerkannt. Diese Erklärung wurde vom liberal-demokratischen Premierminister Shinzō Abe anläßlich der Ernennung der Ministerin für die Selbstverteidigungskräfte am 3. August 2016 in Frage gestellt. Dies ist nun die offizielle Position Japans, die von Shinzō Abes Protegé Sanae Takaichi vertreten wird.

Thierry Meyssan

Redaktionell gekürzt

Entnommen dem Beitrag des Autors „Die historischen Faschisten bereiten sich darauf vor, ihre Rache zu nehmen“, voltairenet.org, 7.9.2026

„Israel: Genozid in Gaza“

Ein neues Buch von Daniele Ganser

Durch seine Bücher, Vorträge und YouTube Sendungen ist der Schweizer Friedensforscher Daniele Ganser (*1972) in der Öffentlichkeit bekannt. Auf YouTube analysierte er z. B. die Hintergründe des israelischen Angriffes auf den Iran am 13. Juni 2025, wozu es über 3000 Postings gibt. (...)

Daniele Ganser hat die Ergebnisse seiner durch globale Informationsmöglichkeiten unterstützten Recherchen, die für sein Dissertationsthema notwendig waren, ohne vorauseilenden Gehorsam und aufrichtig interpretiert niedergeschrieben. Mit seiner Wahrheitsliebe mußte der Jungakademiker bald spüren, daß in den gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichen an den Universitäten und an den mit diesen verknüpften Institutionen der Blick hinter die ideologischen Schleier nicht erwünscht ist. Was die weit überwiegende Mehrheit der renommierten Historiker im Interesse der politisch-ideologischen Herrschaft und ihrer Karriere als Wirklichkeit anbieten, gibt nicht die Wirklichkeit, sondern eine Scheinwelt wieder, die die ungeheure Kluft von Arm und Reich ausblendet.

Die Sentenz von Immanuel Kant (1724–1804) „Habe den Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen“ gilt für Daniele Ganser, der auf dem mit seiner Doktorarbeit begonnenen Weg weiter fortgeschritten ist. Er gründete 2011 das „Swiss Institute for Peace and Energy Research“ (SIPER) und veröffentlichte im Orell Füssli Verlag die Bücher „Europa im Erdölrausch. Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit“ (2012) und „Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien“ (2016), welche Grundwahrheiten über die zum Krieg hinführenden verbrecherischen Interessen des kapitalistischen Imperialismus deutlich machen. Die Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 über die Verpflichtung der Staaten, in ihren internationalen Beziehungen auf Androhung oder Anwendung von Gewalt zu verzichten, war nicht mehr als Papier.

Weil Daniele Ganser in seinen Texten die NATO nicht als ein vom US-Imperialismus inspiriertes bewaffnetes Verteidigungsbündnis von am Frieden orientierten Staaten des Westens, sondern als imperialistisches Aggressionsbündnis demaskiert, wird er von der Mehrheit der den Machthabern unterworfenen Institutionen und der von den Unternehmensinteressen korrumpierten Medien als „Verschwörungstheoretiker“ diskriminiert. Das bürgerliche Kampforgan „Neue Zürcher Zeitung“ hetzt gegen Daniele Ganser wie einst gegen den Dissidenten der Schweizer Bourgeoisie Konrad Farner (1903–1974), der in Basel studiert hat. Beider Landsmann Max Frisch (1911–1991) hat die in der Öffentlichkeit ausgestreuten Lügen ebenso nicht hingenommen, worüber das Buch „Wie Sie mir auf den Leib rücken!“ Auskunft gibt. In Wien hat sich das als Entscheidungsinstanz für „Rechtsextremismus gerierende „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ gegen Daniele Ganser aus Anlaß von dessen geplanter Vorlesungstournee in Österreich ein Inquisitionsverfahren eröffnet und Anfang 2023 diesen als „Schweizer Ein-Personen-Unternehmer“, „Verschwörungsideologen“ mit einer „Argumentationsstruktur“, „wie im konspirationistischen Gewerbe üblich“ verleumdet. Der für den 23. Jänner 2023 im Innsbrucker Kongreßhaus vorgesehene Vortrag von Daniele Ganser wurde im Auftrag des von den „Grünen“ gestellten Innsbrucker Bürgermeisters abgesagt. Die Innsbrucker Universität hat mit ihrem Stillschweigen zugestimmt, daß ein Schweizer Historiker, der sich gegen das herrschende Narrativ stellt, in ihrer Universitätsstadt mit dem Stern als „unerwünschte Person“ gebrandmarkt wird. Die renommierte und viel aufgeschlagene Website der US-Enzyklopädie Wikipedia gibt mit ihrem Eintrag über Daniele Ganser als „Verschwörungstheoretiker“ die Richtlinie. User, die versuchten, eine wissenschaftliche Textierung durchzusetzen, wurden gesperrt.

Im Frühherbst d. J. hat Daniele Ganser das kompakte und logisch strukturierte Buch „Kampf der Giganten. Warum China und Rußland die globale Vorherrschaft der USA ablehnen“ veröffentlicht. Mit der Ausrufung der Volksrepublik China durch Mao Zedong am 1. Oktober 1949 endet das Jahrhundert der Schande“ und es beginnt der Aufstieg Chinas zum „Giganten“ der Gegenwart, den Daniele Ganser analysiert, wobei er nicht vergißt, herauszustellen, daß hunderte Millionen von Chinesen aus der extremen Armut durch die führende kommunistische Partei befreit wurden. Zu seinen Annotationen über den Koreakrieg, in dem die USA gegen China mit ihren Mordtruppen kämpfte, benützt er als Referenz die für eine gerechte Menschheit kämpfende Eva Priester (1910–1982), die Augenzeugin in Korea war. Weshalb das riesige Rußland nach all seinen Erfahrungen dem Westen mißtraut, erzählt Daniele Ganser zur Vorgeschichte des Ukraine-Krieges, der zu verhindern gewesen wäre. Die Ukraine 2013/2014 mit dem finanziellen, medialen und personalen Einfluß aus den USA und der EU, insbesondere aus Deutschland, zu zwingen, sich für den Westen mit seiner NATO zu entscheiden, bedeutete im Ergebnis eine „Ukraine: Gefangen im Stellvertreterkrieg“. Im Vorwort bedankte Referenz ist ihm dabei vor allem das gelungen dokumentierte Buch „Wie der Westen den Krieg in die Ukraine brachte. Die Rolle der USA und der NATO im Ukraine-Konflikt“ des Amerikaners Benjamin Abelow.

Von „Verletzungen des Völkerrechts“ und „Kriegsverbrechen“ in Gaza hat am Rande der UNO-Generalkonferenz in New York der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen (*1944) gesprochen (23. September 2026). Bis dahin haben die Vertreter der politischen Kaste mit ihren Presseleuten wie Rainer Nowak (*1972) die Neutralität der Republik Österreich degradiert und in freundschaftlicher Geschäftsbeziehung zu Israel und in Konkordanz mit den USA bei Abstimmungen in der UNO sich nicht am Völkerrecht orientiert, wenn sie die auch von Rußland und China befürwortete Aufnahme von Palästina als Vollmitglied der UNO und die Zwei-Staaten Lösung entsprechend den Vorgaben der USA blockieren. Daniele Ganser geht wie in allen seinen Texten auf die Vorgeschichte der heutigen Situation in Israel und Palästina ein, wenn er über „Israel: Genozid in Gaza“ schreibt und das Schweigen des Westens dazu als „moralischen Abgrund“ anklagt. Es habe ihn der mit Grausamkeit verknüpfte Ausbruch der Hamas am 7. Oktober 2023 betroffen gemacht, aber: „Die Armee von Israel griff den Gazastreifen an, tötete sowohl Hamas-Kämpfer wie auch Zivilisten und hinterließ eine Trümmerlandschaft. Im Fernsehen, auf dem Laptop und dem Smartphone waren Palästinenser und Palästinenserinnen zu sehen, die durch eine Ruinenlandschaft wanderten und traumatisiert die Tötung ihrer Kinder, Brüder und Schwestern beklagten. (...) Persönlich bin ich tief davon überzeugt, daß alle Menschen aus Israel und Palästina zur Menschheitsfamilie gehören und Konflikte unter Achtung des Völkerrechts gelöst werden sollten, weil Gewalt stets neue Gewalt erzeugt“.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt

Medizin unterm Hakenkreuz

Die Militarisierung der gesamten Gesellschaftsstrukturen ist auch im Gesundheitswesen immer stärker spürbar. Sie stellt einen massiven Angriff auf die bisherige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung dar. Man geht im Kriegsfall von etwa eintausend verwundeten Militärangehörigen täglich aus, die zu versorgen wären. Das sind etwa 350 000 bis 370 000 pro Jahr. Schon jetzt gibt es unzählige Beispiele, wo älteren Menschen lebensverlängernde Medikationen verwehrt werden, notwendige Operationen verschoben werden oder gar nicht durchgeführt werden etc. Erinnert sei an Herrn Jens Spahn, der vom „sozialverträglichen Frühableben“ und von der „Rentnerschwemme“ fabulierte. Der Mann wurde später Gesundheitsminister.

Der deutsche Imperialismus neigte schon immer zu besonders schweren Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie es durch die Vernichtung „unwerten Lebens“ im 2. Weltkrieg geschah. In den Jahren 1939/1940 begann man mit dem „Ausräumen“ von Alten- und Pflegeheimen, um Lazarettplätze vorzuhalten und Kapazitäten für die Versorgung Verwundeter zu schaffen. Dem vorausgegangen waren Propagandamaßnahmen hinsichtlich der Kosten, die Alte und Kranke der „Volksgemeinschaft“ verursachen würden. Ein Plakat des Rassenhygienischen Amtes der NSDAP um 1936 zeigte pflegebedürftige Menschen mit dem Slogan „60 000 RM kostet dieser Erbkranke die Volksgemeinschaft auf Lebenszeit. Volksgenosse, das ist auch Dein Geld“. Sogar in Schulen beschäftigten sich Mathematikaufgaben mit Aufrechnungen von Pflegekosten.

Doch, von vorn. Es war das Jahr 1939, Ende Februar, in Leipzig. Die Eheleute Knauer, die Eltern eines wenige Wochen alten behinderten Säuglings, konsultierten den Kinderarzt Prof. Dr. Werner Catel an der Universitätsklinik Leipzig. Dort befand sich das Kind nach dessen Geburt noch. Dieser Dr. Catel übernahm die Stelle des zuvor aus rassischen Gründen aus dem Amt entfernten Vorgängers, Prof. Dr. Siegfried Shimon Rosenbaum. Dieser sogenannte Kinderarzt riet den Eltern, „das beste wäre der Tod … für das Kind und die Eltern“. Die Eltern widersprachen diesem „ärztlichen“ Rat eigenartiger Weise nicht. Er könne das Kind jedoch nicht töten. Er riet den Eltern, ein Gnadengesuch direkt an den „Führer“ zu richten. Die Führerkanzlei, Amt II b, brachte die Bitte der Knauers, das eigene Kind töten lassen zu dürfen, recht schnell zur Vorlage bei Hitler. Das ging so zügig, man könnte fast ein abgekartetes Spiel annehmen. Jedenfalls beauftragte Hitler seinen Leibarzt, Dr. Karl Brand, die Sache persönlich in Leipzig zu prüfen und „das weitere“ zu veranlassen. Am 25. Juli 1939 wurde das Kind getötet. Es wurde gerade mal fünf Monate alt. Kurz vor Eintreffen der Alliierten Truppen 1945 gelang es ihm, ihn belastende Beweise zu vernichten, und so praktizierte dieser Kindermörder noch bis 1946 in Leipzig. Er zog es dann aber doch vor, sich lieber nach Marburg abzusetzen.

Am 28. Juli 1939 fand in der Reichskanzlei des „Führers“ (KdF) unter Philipp Bouhler eine Beratung zur Umsetzung der Mordaufträge statt. Sie scheuten die Öffentlichkeit. Es kam zur Gründung des sogenannten „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagenbedingten schweren Leiden“. Dieser Ausschuß war nichts weiter als ein Werkzeug zur Erfassung und Selektierung der für die Tötung vorgesehenen Kinder.

So sei an den Vorgang am 16. Februar 1940 erinnert, als hohe NS-Funktionäre, Wehrmachtsoffiziere und SS-Offiziere einen Lehrgang zur Rassenhygiene und im Rahmen eines Vortrages des ärztlichen Direktors der Anstalt für Geisteskranke und Geistesschwache in Eglfing-Haar (Bayern), Dr. Hermann Pfannmüller, besuchten. Es drängten sich etwa vierzig Uniformierte um eines von fünfzehn Krankenbetten, um den Ausführungen des Direktors zu lauschen. „Wir haben hier Kinder im Lebensalter von ungefähr ein bis fünf Jahren“, doziert dieser „Arzt“. Bei all diesen Kindern handele es sich um „Ballastexistenzen“. Mit diesen Worten nahm er ein wimmerndes, bis auf die Knochen abgemagertes Kind aus seinem Bettchen und zeigte es wie Beute eines Jägers in der Runde herum, ehe er es wieder in sein Bettchen fallenließ. Man entziehe den Kindern schrittweise die Nahrung und bei diesem würde es noch zwei bis drei Tage dauern.

Die Kinderkliniken sowie Heil- und Pflegeanstalten hatten an den Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagenbedingten schweren Leiden sämtliche in Frage kommenden Kinder zu melden. Die Opfer wurden dann in andere Einrichtungen verlegt. Den Angehörigen suggerierte man, die Kinder wegen verbesserter Behandlungsmöglichkeiten in eine dafür bestimmte Spezialklinik verlegen zu wollen. Die Angehörigen wußten ja nicht, daß diese „Spezialkliniken“ nichts weiter als Tötungsstätten waren. Viele glaubten ihnen, immerhin waren es Ärzte die die Angehörigen benachrichtigten. Diejenigen Angehörigen die einer Verlegung nicht zustimmen wollten, hat man erpreßt und bedroht.

Dem Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagenbedingten schweren Leiden waren Kinder mit Idiotie sowie Morbus Down, Mikrocephalie, Hydrocephalie, Mißbildungen und Lähmungen jeder Art zu melden. Tatsächlich war der Ausschuß Tarnung der Abteilung II der KdF als Träger der Aktion der Kindertötung. Über Leben und Tod entschieden dann die Ärzte, Prof. Dr. Catel, Prof. Hintze und Dr. Wentzler.

Die Kindertötung war der Vorläufer des T4 Programms.

Für die Umsetzung der „Aktion“ erfolgte eine räumliche Trennung von der KdF. Zunächst hatten sie einige Arbeitszimmer im Columbushaus (Berlin) belegt, ehe man im Frühjahr 1940 die Stadtvilla Tiergartenstraße 4 bezog. Das war nun die Zentraldienststelle des Mordprogramms. Am 9. Oktober 1939 gingen per Runderlaß des Reichsministeriums des Innern Meldebögen an alle Pflege- und Heilanstalten. Im Meldebogen 1 waren die Kranken anzugeben, die an Schizophrenie, Epilepsie, senilen Erkrankungen, Paralyse, Schwachsinn jeder Ursache, Encephalitis, Huntington litten und kriminelle Geisteskranke, die sich seit mindestens fünf Jahren in der Anstalt befanden. Der Meldebogen 2 bezog sich auf die Kapazität der Anstalt. Die Meldungen hatten bis zum 1. November vollständig zu erfolgen. Man rechnete statistisch mit etwa 65 000 bis 70 000 Fällen. Genau mit dem Tage des Versands des Runderlasses des RMdI fand eine Beratung unter der Leitung Bracks zur Frage der Ausführung der Morde statt.

Erörtert wurden solche Fragen nach dem „wie“ getötet wird, wer und wo. Sie kamen zum Schluß, Injektionen seien bei dieser Anzahl zu tötender Menschen unmöglich, Medikamente kämen ebenso nicht in Frage, also einigten sie sich auf Kohlenoxyd. Dafür waren „Tötungsanstalten“ zu schaffen. Die Frage „wer“ war auf Grund der Führervollmacht geklärt, nur Ärzte, die noch zu bestimmen waren. Das „Schloß Grafeneck“ hatte man als Versuchsobjekt auserkoren und für den Zweck hergerichtet, einschließlich Gaskammer, einschließlich eines Raumes, in dem der Arzt den Mechanismus für das Kohlenoxyd bedienen und dessen Wirksamkeit beobachten konnte, einschließlich des Krematoriums. Der Testlauf in Grafeneck verlief so: Nach einer kurzen ärztlichen Begutachtung, der sich die völlig entkleideten Opfer zu stellen hatten, wurden sie in die als Duschraum

getarnte Gaskammer geführt. Die Begutachtung erfolgte nur deswegen, um eine spätere falsche Todesursache für die Totenscheine und Trostschreiben an die Angehörigen festlegen zu können. Als die Opfer in der Gaskammer waren, wurde diese verschlossen. Der Arzt ließ das Kohlenoxyd einströmen und beobachtete durch ein kleines Fenster die Vorgänge.
Im April 1940 wurden die Anstalt Pirna Sonnenstein, später Hadamar, Hartheim, Bernburg zu Tötungsanstalten umfunktioniert. Schumann war der erste Tötungsarzt in Grafeneck. Weitere Ärzte folgten, insgesamt waren es siebenundzwanzig, allesamt Akademiker, einige unter ihnen sogar mit Lehrauftrag. Von Anfang an unter ihnen Prof. Dr. Nitsche (später sogar Obergutachter) oder Prof. Dr. Villinger (später Gründer des Vereins Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind 1958) und andere.
Die Selektierungen erfolgten auf der Grundlage der Auswertungen der Meldebögen in der Tiergartenstraße. Ein mit Rotschrift in das dafür vorgesehene schwarzumrandete Kästchen eingetragenes + war das Todesurteil. Zum Beispiel prüfte und begutachtete Pfannmüller etwa täglich 137 Fragebögen, ohne die Patienten je gesehen zu haben. Bei der Aussortierung der zu tötenden Patienten spielten sachliche Überlegungen keinerlei Rolle.
Für den Transport in die Zwischen- und Tötungsanstalten war die extra für deren Zwecke gegründete „Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft m.b.H (GeKraT) zuständig.
Die Transporte erfolgten mittels als Reichspost getarnter Busse. Die Fenster waren verhangen.
Auf Grund der Mordaktionen wurden 18 Heil- und Pflegeanstalten aufgelöst, welche alsdann der SS übergeben wurden oder als Militärlazarette dienen sollten.
Für die Verschleierung und Vertuschung der Morde durften die Familien der Betroffenen über deren Abtransport nicht unterrichtet werden. Den Angehörigen der Opfer hat man gefälschte Sterbeurkunden mit falschen Angaben zur Todesursache, ja sogar frei erfundene Sterbedaten, übermittelt. Selbst die Namen der Ärzte, welche die Totenscheine ausstellten, waren frei erfunden. Dafür waren eigens zu diesem Zweck geschaffene Scheinstandesämter zuständig.
Zum offiziellen Ende dieser Verbrechen Anfang September 1941 trugen nicht nur die zunehmende Unruhe unter der Bevölkerung und Anzeigen wegen Mordes, sondern auch sich formierender anderweitiger Widerstand der Kirchen und von einigen Ärzten bei.
Doch ab 10. Dezember 1941 wurde die Mordaktion an Häftlingen der Konzentrationslager unter der Bezeichnung „14 f 13“ aufgenommen und ausgeweitet.
Schon am 26. September 1939 hatte man bei einer Referentenbesprechung im Geheimen Staatspolizeiamt die Beseitigung von Menschen ohne justizförmiges Verfahren unter der Bezeichnung „Sonderbehandlung“ festgelegt. „14 f“ war beim Inspektor der Konzentrationslager das Aktenzeichen für Todesfälle in Konzentrationslagern und „13“ war die Todesart. Die „Ausmusterung“ der Häftlinge führten Ärztekommissionen durch. Zum Beispiel war im KZ Groß-Rosen für den 10. Januar 1942 der Obersturmbannführer Dr. med. Mennecke avisiert. Bereits im April 1941 berichtete dieser Mennecke von seiner „außerordentlich interessanten“ Tätigkeit im KZ Sachsenhausen. Die Akten der auszusondernden Häftlinge wurden noch vor Eintreffen der Ärzte von den politischen Abteilungen der KZ vorbereitet. Die so selektierten Häftlinge wurden wiederum über die berüchtigten Meldebögen der T4-Zentrale zugeleitet und von der GEKRAT dann abtransportiert. Es wird geschätzt, daß mindestens 10 000 Häftlinge aus unterschiedlichen KZ so ums Leben kamen.
Die „Endlösung der Judenfrage“ bestand in der totalen Vernichtung der jüdischen Menschen. Man hat sie wie Vieh in die eigenst dafür errichteten Vernichtungslager Treblinka, Belzec und Sobibor transportiert. Die Tötungsart: vergasen, nun aber mit den billigeren Abgasen von Verbrennungsmotoren, später mit Zyklon B.
Allein in einem Jahr, von 1940 bis 1941, wurden 70 273 Kranke ermordet. Die Nazis nannten das zynisch „desinfiziert“. Hinzu kommen noch etwa fünftausend ermordete Kinder und mehr als zehntausend KZ-Häftlinge.
Über die „dezentralen“ Tötungen nach dem offiziellen Stopp im September 1941 liegen keine Zahlen vor. Ganz sicher waren weit über 100 000 Opfer zu beklagen. Darin sind die Opfer medizinischer Experimente und Tötungen von Kriegsgefangen noch gar nicht berücksichtigt.
Das darf sich niemals wiederholen!

Reiner Hesse
Dresden

Einladung

Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. beruft die
12. Gesamtmitgliederversammlung zum Sonnabend, dem 28. November 2026, ein.

Ort: Münzenberg-Saal des Bürogebäudes Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude), 10243 Berlin-Friedrichshain
Musikalischer Auftakt mit der „RotFuchs“-Singegruppe

Beginn: 10 Uhr
Abschluß: 14 Uhr

Tagesordnung:
Berichte des Vorstandes, der Schatzmeisterin und der Revisionskommission
Aussprache / Gedankenaustausch zu Erfahrungen und weiteren Arbeitsfähigkeit des Vereins
Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstandes und der Revisionskommission

Mittagspause: Versorgung wird gewährleistet.

Bitte die Teilnahme bis zum 15. November bei Wolfgang Dockhorn anmelden
Tel.: 030-2 41 26 73 , E-Mail: wdockhorn@t-online.de

Ernst Kircher, der „Zirkus Konzentrazani“ und die deutsche Revolution 1848

„Ihr dürft nicht vergessen, daß im Kampf gegen den Hitlerfaschismus die Kommunisten die ersten Opfer waren und die größten Teile jener, die am Widerstandskampf beteiligt waren, gestellt haben. Und wir dürfen nicht vergessen, daß dann in der ersten antikommunistischen Phase der Bundesrepublik sehr häufig die gleichen, die vorher ein Jahrzehnt oder noch mehr im KZ gesessen haben, abermals in den Gefängnissen der Bundesrepublik verschwunden sind.“ ***Wolfgang Abendroth***

Ernst Kircher wurde am 3. Februar 1909 in Oberhausen geboren. Er war Mitglied der KPD und bis 1933 Stadtverordneter. Nach der Machtübertragung an Adolf Hitler lebte er illegal in Oberhausen und Umgebung, doch er konnte nicht entkommen. Am 6. Mai 1933 wurde er mit vielen anderen Antifaschisten in sogenannte Schutzhaft in den Polizeigefängnissen von Oberhausen und Anrath genommen. Im Sommer 1933 überführte man ihn ins Emslandlager Börgermoor bei Papenburg. Hier mußten die Inhaftierten Sklavenarbeit leisten, um die unfruchtbaren Moore urbar zu machen und Torf abzubauen.

In Börgermoor trafen sich viele Antifaschisten aus dem Ruhrgebiet wieder, nahmen Kontakte unter den erschwerten Bedingungen auf und organisierten den Widerstand. Es galt, das Überleben zu sichern, aber auch die kulturelle Identität zu bewahren. So wurden Bildungs- und Gesangsabende durchgeführt, der Maler Hanns Kralik hielt viele Situationen im Lager in Bildern fest, die Jahre später Zeugnisse der Gewalt der faschistischen Machthaber wurden. Ernst Kircher schloß sich einer Gruppe um den Regisseur Wolfgang Langhoff aus Düsseldorf an, die unter dem Namen „Zirkus Konzentrazani“ eine Revue vor zahlreichen SA-Wächtern und ca. 600 Gefangenen aufführte, die mit Akribie vorbereitet und geprobt wurde. Am 27. August 1933 wurde das dreistündige Stück mit Ernst als „Direktor Konzentrazani“ uraufgeführt, der mit subversivem Witz und spielerischer Eleganz die Sketche miteinander in Verbindung setzte. Die Zirkusaufführung selbst schilderte in Form einer intelligenten Persiflage die Sorgen und Nöte der Häftlinge in humorvoller, bisweilen frecher Manier. Das Programm bestand aus einer bunten, viele Interessen ansprechenden Mischung von sportlich artistischen und humoristischen Darbietungen, kabarettistischen Einlagen, kleinen Szenen und musikalischen Vorführungen. In ironischer Form kritisierte der „Zirkus Konzentrazani“ die Verhältnisse im Lager und verspottete indirekt die Primitivität der anwesenden Bewacher. Nach der Entlassung am 23. Dezember 1933 berichtete Ernst Kircher voller Stolz seinem Genossen Hans Müller in Oberhausen von den unmenschlichen Haftbedingungen im Lager Börgermoor, aber auch vom kreativen Widerstand selbst unter diesen Bedingungen. Hans Müller schreibt darüber: „Ernst hatte den Zirkusdirektor gespielt mit einem aus Karton gebastelten Zylinder und langer Peitsche. In Anspielung auf die Behandlungspraktiken der Bewachung führte er eine Raubtierdressur vor, wobei bräunlich angetönte Raubtiere ihren Opfern nachjagten und Panik erzeugten. Ein Clown lief ständig mit einem meterlangen Fernrohr durch die Manege und suchte nach dem verschwundenen Teil der immer kleiner werdenden Verpflegungsportionen.“ Als Schlußnummer kündigte Ernst den Gefangenenchor an, der zum ersten Mal das eindrucksvolle „Moorsoldatenlied“ vortrug: Welturaufführung des Liedes, das Sinnbild für Widerstand und Solidarität bis zum heutigen Tag geblieben ist. Schnell suchte er wieder den Kontakt zu seinen Genossen im Widerstand in Alt Oberhausen/Styrum und beteiligte sich an antifaschistischen Aktionen. Ernst Kircher war Mitglied der Widerstandsgruppe junger Kommunisten um Hans Müller und Robert Rentmeister, die im Keller des Josefs-Hospitals antifaschistische Flugschriften herstellten und im Stadtgebiet unter Lebensgefahr verteilten. In vielen Schriften und Referaten hat Hans Müller über diese politische Arbeit gegen die braune Diktatur berichtet. Nach der Verhaftung in Oberhausen wurde er am 20.4.1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom OLG Hamm zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und von dort ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Am 23.4.1944 wurde er aus dem Konzentrationslager Flossenbürg nach Oberhausen entlassen. Nach der Befreiung gehörte er als Abgeordneter der KPD dem ersten Stadtparlament der Stadt Oberhausen an. Dort und in seiner Partei übernahm er zahlreiche Aufgaben im Bereich der kulturellen Bildung und der Geschichte der Arbeiterbewegung. Gemeinsam mit dem ebenfalls im Widerstand aktiven Sozialdemokraten Heinrich Jochem aus OB-Lirich war er Sprecher eines Ausschusses zur Wiedererrichtung des Denkmals für die Gefallenen der Märzrevolution 1920. Das Denkmal war nach 1933 von den Faschisten zerstört worden, blieb aber als Gedenkort und Treffpunkt für viele Oberhausener im Bewußtsein lebendig. Am 26. Mai 1946 wurde das neue Denkmal der Öffentlichkeit unter großer Beteiligung der Oberhausener Bevölkerung wieder feierlich übergeben. Ernst Kircher hielt dabei die beeindruckende Festrede. Dabei verwies er auf die deutsche Geschichte und forderte, Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen: „Heute gilt es zu vollenden, was 1848 nur schwach begonnen wurde. Es gilt, den Weg freizumachen für die demokratische Gestaltung unseres gesamten Lebens. Nach einer Zeit furchtbarster Reaktion unter Hitler kann es nun an den Gräbern der Freiheitskämpfer nur ein Bekenntnis geben: den Zusammenschluß aller fortschrittlichen demokratischen Kräfte und eine geschlossene Arbeiterklasse, damit das deutsche Volk niemals wieder diesen Weg geht“. Ernst Kircher schlug einen historischen Bogen von der bürgerlichen Revolution von 1848 mit dem Kampf gegen die feudalen Strukturen in Preußen über die Forderungen der Märzrevolutionäre von 1920 bis zur Situation in Deutschland nach der militärischen Niederlage des Hitlerfaschismus 1945. Er bezog sich dabei auf das „Sieben-Punkte-Aktionsprogramm“ der Widerstandsgruppe „Die Friedenskämpfer“ um Wilhelm Knöchel und Willi Seng vom März 1942: „Zerschlagung der Monopole und Banken, Enteignung der Großgrundbesitzer und eine Volksdemokratie unter Beteiligung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte.“ Die KPD griff in ihrem Programm vom 11. Juni 1945 diese Forderungen auf und organisierte Volksabstimmungen über die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien. Trotz großer Mehrheiten in der Bevölkerung schoben die Westalliierten in ihren Besatzungszonen die Realisierung auf die lange Bank. Später, in den 50er Jahren, war im Kalten Krieg und dem Antikommunismus als herrschender Ideologie kein Raum für sozialistische Positionen.

Heute sind diese Forderungen fast vergessen, aber z.B. in der Stahlindustrie unter völlig anderen Verhältnissen wieder hochaktuell.

Der Kommunist Ernst Kircher führte sein Leben nach dem Motto von Peter Weiss: „Die Phantasie lebt, solange der Mensch lebt, der sich zur Wehr setzt.“

Als er sich nicht mehr zur Wehr setzen konnte, beendete er sein Leben am 28. Juli 1958 im Alter von 49 Jahren in Oberhausen.

Klaus Oberschewen, Oberhausen

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Inszenierungen in russischen Theatern

Die besten künstlerischen Leiter und Regisseure der Moskauer Theater, wie Kedrow, Sawadskij, Berssenjew, Simonow, Sachawa, Bierman, Popow und andere, sind direkt oder indirekt Schüler Stanislawskijs. Ihre Arbeit basiert auf Stanislawskijs System, das sie aber nicht als starres Dogma betrachten, sondern variieren und weiterentwickeln. Jedes Theater hat sein künstlerisches Gesicht, seine Fülle von künstlerischen Individualitäten.

Wie für die Literatur und Literaturkritik ist auch für das Sowjettheater der sozialistische Realismus die grundlegende Schaffensmethode. Der diese Methode beherrschende Künstler erfährt eine solche Erweiterung seiner Schaffensmöglichkeiten, wie sie der „individualistische“, die Verbindung mit dem Leben mißachtende, nur sich als Maß aller Dinge sehende Künstler niemals haben kann.

Zum besseren Verständnis wollen wir hier einige Worte Andrej Shdanows aus seiner auf dem ersten Sowjetschriftstellerkongreß 1934 gehaltenen Rede zitieren, in der er den Begriff des sozialistischen Realismus, im Gegensatz zum alten, „kritischen“ Realismus, formulierte. Er sprach von der Notwendigkeit für die Sowjetkünstler, das Leben zu kennen und es wahrheitsgetreu im Kunstwerk zu gestalten, nicht scholastisch, nicht tot, nicht als objektive Realität, sondern um die Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung zu gestalten. Dabei müssen sich die Wahrheitstreue und Konkretheit der künstlerischen Gestaltung mit der Aufgabe der ideologischen Umformung und Erziehung der Werktätigen im Geist des Sozialismus vereinigen. Diese Methode der künstlerischen Literatur und Literaturkritik ist das, was wir sozialistischen Realismus nennen.

Typisch für den Begriff der Kunst in der Sowjetunion ist also nicht die „objektive“, statische, fotografisch-naturalistische Wiedergabe eines augenblicklichen Zustandes, auch Abstraktionen sind es nicht, sondern nur diese eine, auf historischer Wahrheitstreue fußende, die Ereignisse und Menschen in ihrer revolutionären Entwicklung darstellende Kunstmethode, mit dem Ziel der Erziehung der Leser und Zuschauer im Geist des Sozialismus ist es.

Die Sowjetkunst zeichnet ihre Helden nicht nur, wie sie heute sind, sondern gestaltet – ebenso wie sie die Überreste alter, überlebter Anschauungen im Menschen aufdeckt – auch die großen, in ihm nach Ausdruck ringenden Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung.

Jeder, der die Sowjetliteratur kennengelernt hat, wird die Züge heroischer Romantik entdeckt haben, die ihr Schönheit und Schwung geben. In der schon von uns zitierten Rede Shdanows wandte er sich gegen „die Romantik alten Typs, die ein nicht existierendes Leben und nicht existierende Helden gestaltet, die den Leser (oder Zuschauer) von den Widersprüchen und dem Druck des Lebens hinweg in eine Welt des Unerfüllbaren, in eine Welt der Utopien führt. Unserer Literatur, die mit beiden Beinen auf fester materialistischer Grundlage steht, kann Romantik nicht fremd sein, aber sie pflegt eine Romantik neuen Typs, eine revolutionäre Romantik. Wir sagen, daß der sozialistische Realismus die grundlegende Methode der Sowjetliteratur und Literaturkritik ist, aber das bedingt, daß die revolutionäre Romantik ein Bestandteil des literarischen Schaffens werden muß, weil das ganze Leben unserer Partei, das ganze Leben der Arbeiterklasse und ihr Kampf aus der Verbindung der härtesten, der nüchternsten praktischen Arbeit mit dem größten Heroismus bestehen.“

Der sozialistische Realismus und die revolutionäre Romantik beschränken den Künstler weder in der Wahl des Genres noch des Stils oder der Form seines Kunstwerkes.

Wir haben absichtlich so ausführlich zitiert, weil das Vertrautsein mit den oben formulierten Begriffen eine Voraussetzung zum Verständnis der Arbeit auch der sowjetischen Regisseure und Schauspieler ist.

Jeder Regisseur, jeder Schauspieler in der Sowjetunion ist von dem Bewußtsein erfüllt, daß das Sowjettheater eine Pflanzstätte der Kultur ist. Es bildet das Bewußtsein der Zuschauermassen durch aktive Propagierung der Politik des Sowjetstaates mit den Mitteln der Kunst.

Oberflächliche oder reaktionäre Beurteiler bemäkeln gern, daß die Sowjetkunst tendenzerfüllt ist. Hierzu sagte Shdanow in seiner von uns zitierten, vor vierzehn Jahren gehaltenen Rede: „Unsere Sowjetliteratur (und das bezieht sich auf die ganze Sowjetkunst) hat keine Furcht vor der Beschuldigung, tendenziös zu sein. Ja, die Sowjetliteratur ist tendenziös, weil es in der Epoche des Klassenkampfes keine Literatur geben kann, die nicht klassenmäßig bestimmt, nicht tendenziös, sondern apolitisch ist.“

Die ganze Entwicklung der Sowjetkunst zeigt, daß sie von dem Streben nach hoher künstlerischer Qualität und tiefem ideologischem Gehalt getragen ist. Beim Theater kommt es manchmal vor, daß sein künstlerischer Stab mit dem Autor eine oft langdauernde gemeinschaftliche künstlerische Arbeit leistet, um ein angenommenes Stück zu vertiefen und auszufeilen. Manchmal ereignet es sich auch, daß schon nach der ersten Aufführung als Folge der von den Zeitungen und von den Zuschauern geübten Kritik Änderungen am Stück



Abb. aus „Die junge Garde“, Regie: Sergej Gerassimow, 1948

oder am Stil der Aufführung vorgenommen werden.

Romane sowjetischer Autoren erlangen manchmal eine solche Popularität, daß allgemein die Forderung nach einer Dramatisierung des Stoffs erhoben wird. So war es auch mit dem Roman „Die junge Garde“ von Alexander Fadejew. Mehrere Moskauer Theater spielten die Dramatisierung dieses Romans.

Da jedes Theater sein eigenes, unverwechselbares künstlerisches Gesicht hat, war eine „Uniformierung“ der Aufführungen ausgeschlossen. Ich hatte 1947 in Moskau Gelegenheit, an der Inszenierung dieses Stückes an zwei verschiedenen Theatern mitzuarbeiten und dabei die Entstehung des Regiebuches und die Arbeit des Regisseurs und der Schauspieler genau zu beobachten.

Die Ausarbeitung des Regiebuches und die richtige Besetzung erfordert, daß der Regisseur nicht nur die historische Wahrhaftigkeit der gestalteten Vorgänge, die Umwelt der handelnden Personen erkennt, er muß den philosophischen, politischen, sozialen Gehalt jeder Figur, ihre geographische und kulturelle Herkunft, ihre wesentlichen Züge analysieren, er muß den Lebensausschnitt, das Stück Entwicklung studieren, welches das Stück ihm bietet, er muß sich in die künstlerische Form, die Musikalität der Sprache vertiefen, er muß die Widerspiegelung jedes einzelnen Handlungsablaufs theoretisch rechtfertigen und das spezifische Gewicht jeder Figur sorgfältig abwägen, um von der Analyse aller Einzelelemente zur Synthese des ganzen Kunstwerks zu kommen. Es ist klar, daß ein nur gefühlsmäßig arbeitender Regisseur, wenn er auch noch so begabt wäre, dabei Schiffbruch erleiden müßte. Das Sowjettheater setzt beim Regisseur besonders hohe Allgemeinbildung, große Belesenheit, genaue Kenntnis der künstlerischen Stilarten wie der schauspielerischen Ausdrucksmöglichkeiten voraus, nicht damit er dem Zuschauer eigene formalistische, „theatralische“ Tricks und Effekte auf Kosten der schauspielerischen Leistungen aufdrängen kann, sondern weil er ein sicherer Ausdeuter des Stücks und ein taktvoller Helfer der Schauspieler sein und das Ensemble auf das allgemeine Niveau führen soll, das der sozialistische Realismus verlangt. So versteht man, daß es in der Sowjetunion weder den Starregisseur noch den Starschauspieler gibt. Selbstverständlich ist es, daß Regisseur und Schauspieler mit den täglichen großen Aufgaben des Sowjetstaats und mit den verheißungsvollen Perspektiven der nahen Entwicklung aufs engste verbunden sind.

Am „Theater der Filmschauspieler“ machte die theatralische Fassung der „Jungen Garde“ die Metamorphose vom Roman über das Filmdrehbuch zur Dramatisierung für die Schaubühne durch. Gerassimow war gleichzeitig der Regisseur der Theateraufführung und des Films. Da die Helden des Stückes Jungkommunisten sind, wählte Gerassimow einen großen Teil seiner Schauspieler unter den begabtesten Absolventen der Schauspielerfakultät des Staatlichen Filminstituts aus.

Hier ist einzufügen, daß die werdenden Schauspieler der Sowjetunion nach Absolvierung der Zehnklassenschule und bestandener Talentprüfung vier Jahre in einem Theaterinstitut lernen müssen, um die Theaterreife zu erlangen. Der Unterricht umfaßt außer dem gründlichen Sprech- und Rollenstudium (meist nach Stanislawskijs System) Theaterliteratur und allgemeine Kunstgeschichte, Tanzen, Fechten und Singen sowie dialektischen Materialismus, allgemein-politische Lehrfächer und Fremdsprachen. Bei sorgfältigster Entwicklung der Begabung des einzelnen wird größter Wert auf die Vertiefung des Allgemeinwissens und auf die Schulung der Erkenntnisfähigkeit gesellschaftlicher Vorgänge gelegt.

Am „Theater der Filmschauspieler“ unternahm der Regisseur Gerassimow, der nebenher Professor an der Regisseurfakultät des Staatlichen Filminstituts ist, bei der Inszenierung der „Jungen Garde“ ein sehr interessantes und völlig geglücktes Experiment. Er suchte sich die fünf besten Absolventen der Fakultät (ein Mädchen und vier junge Männer von völlig unterschiedlichem künstlerischem Temperament) aus, die eben erst ihre mündliche Abschlußprüfung mit „ausgezeichnet“ bestanden hatten, und übergab ihnen einzelne Szenen des Stücks zur selbständigen Einstudierung. Vorher arbeitete er das Regiebuch in allen Einzelheiten mit ihnen durch. Die ganze Aufführung legte er natürlich selbst an, und die kompliziertesten Szenen studierte er selber ein. Im übrigen korrigierte er nur die Arbeit seiner jungen Mitregisseure und faßte erst kurz vor der Aufführung das ganze Stück mit eigener Hand zusammen. Dabei blieben ihm seine Schüler für ihre Regieobjekte verantwortlich, die dann von der Prüfungskommission als praktische Diplomarbeiten gewertet wurden. Es gab keinen Stilbruch. Die hinreißend temperamentvolle Aufführung war für die Zuschauer begeisternd einheitlich, und nur diejenigen, die den ganzen Probenprozeß miterlebt hatten, wußten von der Mosaikarbeit, aus der die Aufführung entstanden war.

Anders verlief die Inszenierung der „Jungen Garde“ im Wachtangow-Theater. Hier war der Regisseur Sachawa von Anfang bis Ende „pater familias“. Wie eine große Familie war das Ensemble von der ersten Leseprobe bis zur Aufführung zusammengeschweißt. Die strengste Probendisziplin war eine Selbstverständlichkeit, über ein halbes Jahr wurde an der Aufführung gefeilt. Die revolutionäre Romantik der Aufführung spürte man im gesamten Arbeitsverlauf, in der Hingabe der Schauspieler, am verantwortungsvollen Ernst, mit dem der Regisseur das Stück ausdeutete. Nicht darum ging es, daß dieser oder jener Schauspieler eine besonders überragende Leistung schuf, sondern darum, daß das ganze Kollektiv keine schwache Stelle zeigte. Weder die dekorativen Elemente noch die musikalische Begleitung, noch überraschende Lichteffekte waren typisch für diese Aufführung. Die Gemeinsamkeit in der Beherrschung der schauspielerischen Mittel, in der geistigen Haltung und in dem Bewußtsein, dem eigenen Volk mit dieser Aufführung zu dienen, war der treibende Motor der „Jungen Garde“-Inszenierung im Wachtangow-Theater.

Interessant war, daß bald nach der Aufführung des Stückes in den Moskauer Theatern in der „Prawda“ und in der Zeitung „Kultur und Leben“ Artikel erschienen, die das Fehlen bestimmter historischer und politischer Bindeglieder im dramatisierten Roman kritisierten. Dieser Kritik wurde (bei gleichzeitigem Lob der ausgezeichneten Aufführungen) von allen Zuschauern zugestimmt. Die Verfasser der Dramatisierung nahmen die Vorschläge der Kritik an, arbeiteten das Stück um und fügten völlig neue Figuren, die auch im Roman gar nicht oder nur andeutungsweise enthalten waren, ein. Die Theater setzten neue Proben an, und die Zuschauer sahen nun die „Junge Garde“ in einer vollendeteren Form, die den heroischen Taten der illegalen Parteiführung und der illegalen Jungkommunisten während des Großen Vaterländischen Krieges noch größere historische Treue in der Wiedergabe verlieh.

Die Liebe aller Schichten des Sowjetvolkes zum Theater und seine durch Theaterbesuch erworbenen Erfahrungen, die Förderung der Theater durch Partei und Regierung, die hohe Kultur, das Können, das politische Bewußtsein aller künstlerischen Mitarbeiter am Sowjettheater sowie der lebhafte Kontakt der Theater mit den Autoren bannen die Gefahr des Stillstands und sind eine Garantie für die ständige Entwicklung der sowjetischen Schauspielkunst im Geiste des sozialistischen Realismus.

Hans Rodenberg (1895–1978)

Aus: „Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 9/1948 (2. Jahrgang)

„RotFuchs“-Veranstaltungen im November

■ Regionalgruppe **Magdeburg**

Am Dienstag, dem 3. November, um 16.30 Uhr spricht Rechtsanwalt Ralph Dobrawa zum Thema: **Politik und Recht. Wieviel Meinungsfreiheit verträgt der Rechtsstaat?**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, (Straßenbahnlinie 9 Haltestelle Fermersleber Weg) 39120 Magdeburg

■ „RotFuchs“-Gruppe **Plauen**

Am Dienstag, dem 3. November, um 15 Uhr spricht Uwe Trostel (1992 bis 2004 Berater in Rußland und der Ukraine) zum Thema: **Die russische Gefahr – Realität oder Mythos?**

Ort: Begegnungszentrum der Volkssolidarität Karlstraße 14, 08523 Plauen

■ Regionalgruppe **Rostock**

Am Sonnabend, dem 7. November, um 10 Uhr: Film **„NAZA“ – Israelische Militärs und Geheimdienstler berichten über die israelische Kriegsführung im Gazastreifen.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reutershagen

■ Regionalgruppe **Bernau**

Am Sonnabend, dem 7. November, um 15 Uhr: Vortrag und Diskussion von und mit dem Politikwissenschaftler Chris Hüppmeier zum Thema: **Militarisierung des Staates und der Gesellschaft! Siehe Berlin und Brandenburg!**

Ort: Treff 23, Breitscheidstraße 43 B, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe **Dresden**

Am Dienstag, dem 17. November, um 17 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Krise, Krieg und Faschisten auf dem Marsch zur Macht. Welche Gegenkräfte gibt es?**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe **Halle**

Am Dienstag, dem 17. November, um 15 Uhr spricht der Rechtsanwalt Ralph Dobrawa **zum Stand der Umsetzung des Einigungsvertrages (31.8.1990) und des Zwei-plus-Vier Vertrages (15.3.1991)**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe **Berlin Marzahn-Hellersdorf**

Am Dienstag, dem 17. November, um 18 Uhr: Buchvorstellung und Lesung mit der Herausgeberin Katrin Rohnstock zu dem Buch **„Der große Schock – Ostdeutsche erzählen von den Folgen der Treuhandpolitik“**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ RotFuchs-Gruppe **Brandenburg an der Havel**

Am Mittwoch, dem 18. November, um 18 Uhr: Vortrags- & Diskussionsabend mit Uwe Klett / Geschichtswerkstatt „Rotes Nowawes“ Thema: **Antifaschistische Geschichte – Kann man aus Geschichte lernen? Wenn ja, wie? Welche lokalen Bezüge, Gedenkorte im Alltag? Welche Interessen heute?!**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität. August-Bebel-Straße 7, 14770 Brandenburg an der Havel (Tram-Haltestelle Fontanestraße)

■ Regionalgruppe **Strausberg**

Am Donnerstag, dem 19. November, um 17 Uhr spricht Achim Zappe zum Thema: **250 Jahre USA. Das politische System – ein historischer Abriß**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe **Harz**

Am Freitag, dem 20. November, um 14 Uhr: Thema: **Das BSW, eine neue politische Kraft im Landesparlament Sachsen-Anhalt**
Gast: Landtagsabgeordneter des BSW angefragt

Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe **Cottbus**

Am Sonnabend, dem 21. November, um 10 Uhr spricht Jürgen Förster (Dresden) zum Thema: **Der Faschismus in der Ukraine und seine Auswirkungen auf Europa und die Welt**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

Vor diesem Vortrag wird der Dokumentarfilm „Leben und Sterben im Donbass“ gezeigt.

■ Regionalgruppe **Königs Wusterhausen**

Am Sonnabend, dem 21. November, um 11 Uhr spricht der Vorsitzende des BSW -Kreisverbandes Dahme-Spreewald Andreas Eichner auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Freundeskreis „Ernst Thälmann“ zum Thema: **Die Zusammenarbeit progressiver Kräfte in der heutigen Spannungszeit, Deutschland als Konfliktpartei**

Ort: Restaurant „Jade Garden“, Bahnhofstraße 16, 15711 Königs Wusterhausen (gegenüber dem Bahnhofsgebäude)

■ Regionalgruppe **Potsdam**

Am Dienstag, dem 24. November, um 18 Uhr: Zum 80. Jubiläum der DEFA wird der Film **„Professor Mamlock“ gezeigt.**
Referentin Filmexpertin Katrin Chod

Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe **Mecklenburg/Vorpommern-Nord-West**

Am Mittwoch, dem 25. November, um 14 Uhr spricht Klaus Kleinmann (Lehrer und Buchautor) zum Thema: **Die Militarisierung unserer Gesellschaft**

Ort: Restaurant „Zur Linde“, Rudolf-Breitscheid-Straße 26, 23968 Wismar/ Wendorf

■ Regionalgruppe **Leipzig**

Am Mittwoch, dem 25. November, um 18.30 Uhr spricht Dr. Manfred Sohn, Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung, zum Thema: **Militärisch-reaktionärer Staats- und Gesellschaftsumbau unter Beachtung der jüngsten Wahlen**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

■ Regionalgruppe **Potsdam**

A**m Montag, dem 30. November, um 18 Uhr** spricht der China-Spezialist und Buchautor Dr. Uwe Behrens zum Thema: **DDR und VR China, chinesischer Sozialismus und die globale Einbindung**

Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren im November!

Zum 96. Geburtstag
Siegfried Lorenz (Berlin) am 26. November

Zum 94. Geburtstag
Adalbert Hermann (Königs Wusterhausen) am 24. November

Zum 93. Geburtstag
Rolf Reisener (Möckern) am 8. November

Zum 91. Geburtstag
Horst Jäkel (Potsdam) am 11. November
Harald Holtz (Rostock) am 25. November

Zum 90. Geburtstag
Christa Keßler (Cottbus) am 6. November
Harry Popow (Schöneiche) am 30. November

Zum 85. Geburtstag
Michael Beltz (Gießen) am 6. November
Manfred Dittrich (Weißenborn) am 16. November

Zum 80. Geburtstag
Peter Fröhlich (Güstrow) am 22. November

Zum 75. Geburtstag
Dr. Siegrid Böhme (Strausberg) am 19. November
Dr. Jutta Hoschek (Berlin) am 28. November

Zum 70. Geburtstag
Christa Krüger (Neuburg) am 9. November

Zum 65. Geburtstag
Stefan Clauberg (Rudolstadt) am 5. November
Thomas Gröpel (Berlin) am 11. November
Jürgen Laumann (Warendorf) am 23. November

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



LESERBRIEFE

„RotFuchs“ wird gebraucht

In einer Zeit, in der im neoliberalen Kapitalismus alle Bereiche unseres Lebens dem Marktprinzip von Ware/Geld unterworfen sind, ist es leider auch bei politischer und gesellschaftlicher Arbeit nicht selbstverständlich, sich diesen Mechanismen zu entziehen. Um so wichtiger finde ich unabhängigen Journalismus wie den „RotFuchs“, der nicht in erster Linie nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit fragt, sondern nach politischen, marxistisch-leninistischen Standpunkten, Frieden, Antifaschismus, sozialer Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Solidarität.

Ich lese den „RotFuchs“ nun schon seit 2016 mit großer Verbundenheit. Über das Lesen hinaus hatte ich durch die UZ-Friedenstage auch die Möglichkeit, Menschen hinter dem „RotFuchs“ persönlich kennenzulernen und den „RotFuchs“ sozusagen „zum Anfassen“ zu erleben. Diese Begegnungen haben meine Verbundenheit mit Eurer Arbeit noch einmal verstärkt.

Deshalb ist es mir ein echtes, von Herzen kommendes Bedürfnis, auch in diesem Jahr wieder etwas beizutragen. Meine Spende soll dabei helfen, daß der „RotFuchs“, sowohl als Printausgabe als auch mit seinem Internetauftritt, weiterbestehen bleibt und seine wichtige Aufklärung fortsetzen muß/kann. Gerade in einer Zeit, in der kritische Stimmen für den Frieden und Abrüstung in dieser Welt immer unabdingbarerer werden, möchte ich mit meiner Spende ein kleines Zeichen der Solidarität setzen.

Ich wünsche Euch weiterhin viel Kraft, Professionalität, Ausdauer und Mut für Eure Arbeit – und freue mich darauf, den „RotFuchs“ auch in Zukunft zu lesen.

Steffen Ernszt, Berlin

Die NATO übt den Einmarsch in die West-Ukraine

Frankreich, Polen, GB und die BRD sind dabei, in einer „Koalition der Willigen“ ein neuartiges Manöver in Polen abzuhalten und wollen dabei die Stationierung von NATO-Truppen in der Westukraine erst nach einem Waffenstillstand üben. Die Hartliner des Westens wollen so lange nicht warten und forcieren mit vorzeitigen Truppenverlegungen von mindestens 1500 Mann nach Polen und mit einer bereits stattfindenden massenhaften Anlieferung von modernen Waffen in die Waffenwarteräume an den ukrainischen Grenzen der Anliegerländer den Beginn des Manövers, womit Truppen und Waffen für die eher stattfindende „Friedensmission“ der Willigen bereits im Handlungsgebiet, wie es die NATO schon oft praktiziert hat, vorhanden wären. Damit wäre man auf eine Truppenverlegung in die Westukraine bereits in Kriegszeiten vorbereitet, wobei das Aufeinandertreffen der NATO-Truppen auf russische einen europäischen Großkrieg zur Folge haben könnte.

Felix Bendix, Strausberg

Wahlshow

Zu wünschen wäre, die Mehrheit der Wähler und Nichtwähler hätten annähernd eine Vorstellung davon, was die vielbeschworene Demokratie wirklich zum Inhalt hat und bedeutet. Davon können wir aber nicht ausgehen. Demokratie und Wahlen können nur sein, was bürgerliche Herrschaft zuläßt. Diese Frage wird zunehmend in dem Maße spannend, wie die bestehende Herrschaft des Kapitals mit dieser Demokratie aufrecht zu erhalten ist.

Darüber hören wir in den volks- und wählerverdummenden Wahlshows freilich nichts. Was ist das Auffällige an dem, was uns nach den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern von den Kommentatoren, Journalisten und Analysten, den Kaffeesatzlesern bis zu den Demagogen und Stimmungsmachern geboten wird? CDU und SPD haben weitere Verluste und Abkehr von ihren Wählern zu verzeichnen. AfD hat, wie bei allen zurückliegenden Wahlen, stetig Stimmenzuwachs in bedeutendem Umfang erzielt. Es ist ein Ergebnis, worüber sich an sich niemand zu wundern braucht, aber alle regierenden Parteien Antwort zu geben haben, warum mehr und mehr Wähler leider die demokratische Alternative bei AfD und Co. sehen. Ist die AfD so überzeugend oder sind die regierenden Parteien CDU, SPD und Partner so weit weg von dem, was Wähler von ihnen erwarten und ihnen seit Jahren versprochen wurde? Hören wir die Stimmungen aus den Reihen der großen Verlierer bei CDU und SPD, muß geradezu angenommen werden, diese Parteien hätten sich bereits darauf vorbereitet, die Macht an Rechte früher oder später ganz freiwillig zu übergeben. Wie anders soll es interpretiert werden, wenn eine Brandmauer beschworen wird, die nur erreicht, daß die AfD stark und stärker wird? Wie anders soll es verstanden werden, wenn die sogenannten Reformen ohne Wenn und Aber umgesetzt werden sollen, Reformen, die sich gegen die Mehrheit der Wähler richten, aber durchaus in die Konzepte der AfD passen? Es spricht zudem Bände, wenn Parteien mit unerwünscht guten Ergebnissen bei den Wahlen unter politischen Druck gesetzt werden, der mit Demokratie und Akzeptanz demokratischer Wahlen nichts zu tun hat. Was soll es, wenn ein Thema Antisemitismus politisch benutzt wird, um Koalitionen schon unmöglich zu machen? Diese Demokratie macht sich zunehmend überflüssig und es ist kaum eine Frage mehr, wer übernehmen soll und wird – mit demokratischer Mehrheit versteht sich.

Roland Winkler, Aue

Russophobes Akademiker-Erschrecken in Mecklenburg-Vorpommern

Am 9. September berichtete die Ostsee-Zeitung über eine von ihr in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage.

Die Umfrage zielte offenkundig darauf ab, daß das politisch wieder hochgehetzte Gruseln „vor dem Russen“ (personifiziert im „Machthaber“ Putin) nun auch durch eine statistisch belegte Resonanz in der Bevölkerung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern seine Bekräftigung findet. Für die Auftraggeber fiel das Umfrageergebnis allerdings wohl doch etwas unbefriedigend aus. Auf die Fragestellung nach der persönlich empfundenen militärischen Bedrohung durch Rußland (sehr groß, groß, weniger groß oder keine) äußerten sich lediglich 36 Prozent aller Befragten im Sinn des eigentlich erwarteten Negativurteils für Moskau. Nicht unerwartet sehen sich die Grünen als am höchsten bedroht, während CDU- und SPD-Mitglieder mit etwa 65 Prozent dem offiziellen Russengrusel ideologisch pflichtschuldigst Rechnung tragen. Mehrheitlich sehen sich Linke, BSW und AfD militärisch von Rußland nicht bedroht. Immerhin zeitigt auch in der Linkspartei bei etwa 40 Prozent der Befragten der massive gesellschaftliche Militarisierungsdruck erkennbar deutliche Wirkung. Bemerkenswert allerdings ist die Kommentierung dieser Umfrage durch die in der Regel maßgeblichen akademischen Repräsentanten für die Bereiche der Zeitgeschichte oder Politikwissenschaft in Mecklenburg-Vorpommern (MV). So bekundete Prof. Stefan Creuzberger von der Universität Rostock sein „Erschrecken“ darüber, „wie sehr sich große Teile der Öffentlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern der Realität versperren“ würden. Der in seinen Forschungen ansonsten durchaus solide und ernstzunehmende Zeitgeschichtler spricht sicherlich nicht ganz unberechtigt von den nachwirkenden Prägungen der DDR. Es sei „die Wirkungsmacht der Geschichte“, welche die Sichten auf das aktuelle Geschehen mit beeinflussen.

Auch der Politikwissenschaftler Wolfgang Muno (Universität Rostock) verweist auf die zu DDR-Zeiten „obligatorische“ Völkerfreundschaft mit der Sowjetunion.

Zugleich wertet er den Prozeß der provokativen geografisch-militärischen Einkreisung Rußlands durch die NATO als nicht viel mehr als eine Propagandamär Moskaus.

Kommen wir noch einmal zurück zu der wichtigen und richtigen Feststellung von Professor Creuzberger über die Wirkmächtigkeit

von Geschichte, die sich unverkennbar auch in der Persönlichkeitsentwicklung durch Herkunft und Sozialisation widerspiegelt. Die wissenschaftliche Sicht auf das jeweils konkrete politische Geschehen wird davon nicht unerheblich beeinflußt. Das gilt natürlich auch für die beiden oben erwähnten Professoren, die ihre akademische Karriere in den alten Bundesländern begannen und hier im Osten – in MV – nunmehr versuchen, das Meinungsbild im Sinn ihrer persönlichen Prägungen zu beeinflussen. Die unleugbare Sozialisation der Menschen in MV oder Ostdeutschland sollte jedoch weniger Anlaß für akademisches Erschrecken sein, sondern eher Impuls für die Einsicht in die Notwendigkeit, den Streit darüber tolerant und nicht einseitig zu führen, wie durch Verhandlungen die gewachsene Kriegsdrohung baldmöglichst reduziert werden kann.

Prof. Dr. Gregor Putensen, Greifswald

Raus auf die Straße gegen die Wehrpflicht!

Nun kippt schon die große Lüge der Freiwilligkeit, das mundgerechte Mantra, daß Krieg nur die betrifft, die so richtig Bock darauf haben. Die ersten Jugendlichen werden in die nagelneuen Karriere-Center zur Musterung geladen, obwohl sie doch geantwortet hatten, daß sie kein Interesse an einer Karriere in der Bundeswehr haben.

Die Beantwortung der Fragebögen war für Männer von Anfang an nicht freiwillig. Nur aus der Presse ergab sich, daß die Musterungen erst ab 2027 beginnen sollen; sie laufen aber bereits an und das Recht der Kriegsdienstverweigerung oder Befreiung vom Kriegsdienst funktionieren überhaupt nur im militärischen System, deshalb war auch vom Gesetz die Musterung nie ausgeschlossen. Den Fragebogen als Mann nicht zurückzuschicken, war und ist der erste Akt der Totalverweigerung - aus der kommt man dann aber nicht zurück in die Systematik von Kriegsdienstverweigerungs- oder Befreiungsgründen.

Wir wissen, daß es schwer ist, in Zeiten der Kriegshetze und Kriegsvorbereitung zivilen Ungehorsam zu leisten, aber je mehr wir sind, desto größer ist unsere gemeinsame Macht.

Wir können uns die Naivität nicht leisten anzunehmen, daß die Versprechungen einer friedlichen freiheitlichen Grundordnung, die schon in sogenannten „guten Zeiten" nicht viel wert sind, in Zeiten der Kriegsvorbereitung und des Krieges irgendwie helfen. Die Zerstörung der Zivilisation beginnt damit, daß der Staat für sich in Anspruch nimmt, junge Menschen an die Waffe zwingen zu können. Auch der Aufbau der Musterungs-Center, die Aktivierung der ehemaligen Militärflächen laufen völlig unabhängig von den allgemein geltenden Umwelt- und Baugesetzen. Wir müssen uns das klar machen!

Gleichzeitig kann man nicht die Augen davor verschließen, daß jederzeit ein Grund für den Notstands- und Verteidigungsfall „vom Himmel fallen" kann – dann sind auch die Rechte zur Kriegsdienstverweigerung außer Kraft. Es geht um die Herstellung von Gegenöffentlichkeit, um so den Durchmarsch des militärischen Komplexes sichtbar zu machen und zu stören. Wir können uns nur zeigen, damit die Interessierten uns sehen und uns dann – vermutlich erst bei eigener Betroffenheit – finden.

Also raus auf die Straße gegen die Wehrpflicht und rein in die Initiativen, die sich gegen die rasanten Kriegsvorbereitungen in diesem Land stellen!

Fordern wir die Milliarden für die Zivilgesellschaft zurück, der sie für das Töten und Brennen sinnlos und hoch gefährlich täglich spürbarer entzogen werden!

Kerstin Tottewitz,
Friedensbüro Königs Wusterhausen e.V.

Der kürzeste Witz des Jahres:

„Die NATO hat den Westfälischen Friedenspreis bekommen!"

Siegfried Duske, Biedenkopf

Satirisches zum 3. Oktober
Ich bin so dankbar

Auch wenn die Kriegsvorbereitungen schon wieder auf Touren laufen und die Räder längst unaufhörlich in Richtung „Osten" rollen, sollte auf Deutschlands Straßen am 3. Oktober nach einer vorgegebenen Choreografie fröhlich getanzt werden. Das verkündete das ZDF in der „heute"-Nachrichtensendung am Vorabend dieses denkwürdigen Tages. Und man wolle, besonders aus den großen Städten, live im TV übertragen. Ja, die Macher müssen mehr denn je kreativ sein, um die Leute bei Laune zu halten. Spielen, Tanzen, Luftballons, bunte Wimpel und Regenbogenflaggen, geselliges Zusammensein – so viel „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" mußte einfach gefeiert werden. Vereint am Bildschirm wurde uns von Experten mit akademischen Titeln wieder einmal erklärt, wie das Leben in der DDR wirklich war. Ich bin so dankbar. Jetzt weiß ich es endlich. Aber was fängt dieses größer gewordene Deutschland mit der „Einheit" an? Armut grassiert, Suppenküchen, Tafeln und Sozialkaufhäuser prägen den Alltag derer, die darauf angewiesen sind. Dankbar sind sicher auch die Arbeitslosen, dafür, daß sie am gesellschaftlichen Leben nur begrenzt oder gar nicht mehr teilnehmen müssen. An Bildung dürfen die Dankbaren noch partizipieren, inwieweit dieses Schulsystem aber den Kindern eine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung ermöglicht und jedes Kind gefördert wird, steht auf einem anderen Blatt.

„Gott Lob", daß der „Unrechtsstaat DDR" seinen „Todesstoß" erhielt und dort nun die westlichen Werte herrschen. So bleibt den Dankbaren, also auch mir, das Nachdenken über solche Wünsche wie z.B. einen Ski- oder Ostsee-Urlaub oder eine eigentlich fällige malermäßige Instandsetzung der Wohnung nach eigenen Vorstellungen erspart. Um das Bank-Konto müssen sich die Dankbaren auch nicht kümmern, denn die Regularien der Jobcenter sind diesbezüglich noch verläßlich.

Im krassen Widerspruch zur uneingeschränkten Freiheit steht jedoch die ausdrückliche Aufforderung zur Mitarbeit an Bewerbungen zur Aufnahme von unfreiwilliger Arbeit. Für den Staat ist es eine Sache von Gerechtigkeit, Arbeitslose bei „Unwilligkeit" mit Leistungskürzungen zu drohen. Dienstbefohlene Beamte in „Jobcentern" tun ja nur ihre Pflicht. Leider bleibt es nicht bei Drohungen. Mit tatsächlichen Kürzungen wird den Betroffenen so viel abgenommen, daß ihnen die Hängematte auf dem Balkon streitig gemacht wird.

Peter Dornbruch, Thailand

Es wird Zeit für Gerechtigkeit

Kanzler Merz meldet sich aus der Ukraine zu Wort. Mit Verweis auf die Gefahr eines russischen Angriffs auf Deutschland, ja auf ganz Europa begründet er die neue Bereitstellung von 1.3 Milliarden Euro für die Verteidigung und Energiesicherung der Ukraine. Durch Außerkraftsetzen der Schuldenbremse wurden die Voraussetzungen für u.a. erhöhte Verteidigungsausgaben geschaffen. Diese Mittel werden auch für Verteidigungsausgaben der Ukraine eingesetzt, dieses Jahr bereits mehr als 11,5 Milliarden Euro. Anstatt sich mehr und mehr als Kriegspartei zu etablieren, sollte sich gerade Deutschland massiv für Verhandlungen einsetzen! Demgegenüber steigt die Staatsverschuldung ins Unermeßliche und an allen Ecken fehlt das Geld. Besonders das Sozialsystem steht im Fokus der Einsparungen z.B., daß nichtarbeitende Ehepartner nicht mehr mitversichert sein sollen. Es ist für viele Familien schwerwiegend, daß Kindertagesstätten und teure Pflegeplätze oft nicht vorhanden oder kaum bezahlbar sind. Und nun kommen Ausgaben für eine Versicherung des Ehepartners hinzu.

Auch die abschlagfreie Rente mit 63 soll es nicht mehr geben. Diese Regierung sieht oder will andere Sparmöglichkeiten nicht sehen. Zur Finanzierung dieser und weiterer Ausgaben verlangt die schwarz-rote Regierung, daß das Volk bis 68 und später bis zu 70 Lebensjahre arbeitet. Das auch, um die reichlichen Pensionen der Regierungsmitglieder, der Beamten und verbeamteten Lehrer, die nicht in die Rentenkasse einzahlen, zu finanzieren. Ist das gerecht? Der Pensionsanspruch für Beamte besteht bereits ab 40 Arbeitsjahren.

Diese Regierung hat das Wirtschaftswachstum auf einen Tiefstand gebracht und läßt keine Kritik an den von ihr zu verantwortenden Fehlern zu. Wer etwas dagegen sagt, der wird in die rechte Ecke gestellt.

Axel Klatt, Bernau



Am 7. November 1917 siegte die Oktoberrevolution in Rußland (DDR-Plakat 1979)

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete *RotFuchs* ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:
„RotFuchs"-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:
Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:
Redaktion „RotFuchs"
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Evertz Berlin Papier GmbH

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.
ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt †
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:
Renate Aulfes
Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:
Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:
Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:
Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:
„RotFuchs"-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
Berliner Sparkasse

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.